

Bezugspreis:
Wöchentlich 10 Pfennig, monatlich 3.- Reichsmark vorwärts schickbar.

Der "Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage "Volk und Welt" mit "Stellung und Meinung" sowie der Beilage "Unterhaltung und Wissen" und Frauenbeilage "Frauenstimme" erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegraphische Adressen:
"Sozialdemokrat Berlin"

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:
Die einseitige Anzeigenzeile 10 Pfennig.
Reklametexte 4.- Reichsmark.
"Kleine Anzeigen" des fortgedruckten Wort 20 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer:
müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptpostamt, Berlin SW 68, Lindenstr. 3, abgegeben werden.
Geschlossen von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Redaktion: 2306-2307 Verlag: 2306-2307

Sonabend, den 18. April 1925

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebsbüro: Berlin 37536 - Verkaufsstelle: Direktion der Distanz-Vertriebsstelle, Lindenstraße 3

Massenaufmarsch für die Republik.

Riesenfundgebung für Marx im Sportpalast. - Für Freiheit und Einheit, für Demokratie und Großdeutschland.

Als Wilhelm Marx den Sportpalast betrat, begrüßte ihn brausender, enthusiastischer Jubel. Die versammelten Republikaner begrüßten nicht nur ihn, sie begrüßten die Republik, die Idee der Demokratie.

Diese Kundgebung war eine wichtige Antwort der Republikaner Berlins gegen die Kandidatur Hindenburg, eine stürmische, begeisterte, riesengroße Kundgebung. Es war nur ein Teil der Republikaner Berlins, der den Sportpalast füllte und in den Straßen wogte, und doch: wer diese Kundgebung gesehen hat, der weiß: Berlin ist republikanisch!

Ein stolzes Bekenntnis für die Republik, für die Ideale der deutschen Demokratie, für Großdeutschland.

Ueber den Massen der Republikaner wallten die schwarzrotgoldenen Fahnen, die Farben der deutschen Republik, die Farben, unter denen die deutsche Demokratie in der Geschichte für Freiheit und Einheit kämpfte.

Nicht ein Oberschicht von Interessenten, von Machtpolitikern, von Revenants des alten Systems - das Volk der Republik trägt die Kandidatur Marx.

Unendlicher Jubel umbrannte die Redner, im stürmischen Bekenntnis zur Republik schloß die Kundgebung. Die deutschen Republikaner, die deutsche Demokratie ist einzig und entschlossen, die Republik zu verteidigen gegen alle reaktionären Versuche. Diese Kundgebung hat die Republikaner mit stolzem Siegesbewußtsein erfüllt!

Der Verlauf der Kundgebung.

Der Riesensaal des Sportpalastes war schon um sieben Uhr überfüllt. Als Reichskanzler a. D. Marx den Saal betrat, begrüßte ihn eine stürmische Kundgebung der Versammelten.

Der Gauvorsitzende des Reichsbanners Fritz Koch begrüßte die Redner des Abends, die Reichstagsabgeordneten Hermann Müller und Erkelenz und den Präsidentschaftskandidaten Marx und dankte für ihr Erscheinen. Zu Marx gemandt, betonte Koch, daß sein Bestreben zur Schaffung einer großen, freien, deutschen Volksgemeinschaft im sozialen Sinne die tatkräftigste Unterstützung des Reichsbanners finden wird. Bis zum letzten Mann ist das Reichsbanner bereit, mit Marx gemeinsam ein freies Land zu schaffen. Er forderte die Versammlungsteilnehmer auf, die wenigen noch zur Verfügung stehenden Tage zur regsten Vorbereitung für die deutsche Republik zu benutzen.

Nach dem Einzug der Jahrentompagnie, die unter den Klängen des vom Sinfonieorchester gespielten Reichsbannermarsches ihre Plätze am Podium einnahm, ergriß das Wort

Reichskanzler a. D. Genosse Hermann Müller:

Es gilt, am 26. April das Erbe unseres unvergeßlichen Friedrich Ebert zu verteidigen. Dazu müssen alle Republikaner zusammenstehen. Wenn der Wahltag vorbei ist, soll kein ausländischer Nationalist mehr höhnen können, die deutsche Republik sei ohne Republikaner. Es war im Juli 1917, als sich die heutigen Verfassungskomitees zusammensanden, um einen Verfassungskompromiß zu erreichen. Preussische Generale zerschlugen diese Absicht. Es ist kein Zufall, daß die Rechtsparteien von damals heute Deutschland wieder eine Generalsaffade geben wollen. Sie haben nichts vergessen und nichts hinzugelern. Heute wissen wir, daß Deutschland nur als Republik bestehen kann. Dazu gehört, daß an die Spitze des Reichs ein Republikaner kommt. Wir lehnen es ab, an diese Stelle einen 78jährigen, völlig unpolitischen Greis gesetzt zu sehen. Derselben Parteien, die noch 1923 dafür eintraten, daß unser Ebert Reichspräsident bleiben sollte, haben jetzt nach langem Suchen Hindenburg aufgestellt. Von Marx wissen wir, daß er ein Republikaner ist, der es ehrlich, aufrichtig und gerecht mit der Republik meint; von Marx wissen wir Sozialdemokraten, daß er für den Völkervereintritt. Der Friedensschritt des Papstes Benedikt während des Krieges hat damals die gemeinsame Linie mit der Zentrumspartei in der Frage des Friedens finden lassen.

Was stellen die anderen Parteien unserem Kandidaten entgegen? Herrn Jarres haben die Rechtsparteien nicht nominiert; den haben wir am 20. März erledigt und Herr Loebell hat ihn wegschmeißeln lassen. Aber nun ging das Glend beim Rechtsblock erst los. Wo waren die großen Führer der Rechtsparteien, von denen immer gesprochen wurde? Ewiges Zeit dauerte es, bis - Hindenburg, der 78jährige, pensionierte General, gefunden war. Der Eindruck der Hindenburg-Kandidatur im Ausland ist einfach katastrophal. Der Nachbar dieser Generalskandidatur

ist Herr Loebell, derselbe wilhelminische Minister, der noch den Soldaten im Schützengraben das allgemeine Wahlrecht vorenthalten wollte. Wo wäre das Rheinland, wo wäre Köln, das Ruhrgebiet hingekommen, wenn gerade die großen Kreise der arbeitenden Bevölkerung nicht treu zur deutschen Republik gestanden hätten, wenn sie nicht im wahren Sinne national gewesen wären. Wir verbitten es uns, weniger national genannt zu werden, als die Maulhelden von rechts für sich in Anspruch nehmen. Wir Republikaner und wir Sozialdemokraten wollen, daß Deutschland frei werde, frei im Sinne der Demokratie, der Volkswohlfahrt. In diesem Sinne führen wir den Wahlkampf; unter diesem Zeichen treten wir ein für den gemeinsamen Kandidaten aller republikanischen Parteien.

für Wilhelm Marx.

Ein Beifall, wie ihn so begeisterungsvoll, so tief empfunden, so riesenstark und anhaltend wohl kein Redner im Wahlkampf gefunden hat, dankte Hermann Müller für seine Rede.

Nun folgte die Ansprache des demokratischen

Reichstagsabgeordneter Erkelenz:

Im gegenwärtigen Wahlkampf zeigt sich die bestaunenswerte Tatsache, daß es keine Monarchisten mehr gibt. Schon Jarres hat erklärt, daß alle Monarchisten treu zur Verfassung stehen und Hindenburg hat in seinem Osterauftritt versprochen, die Verfassung und die Republik zu schützen. Das darf uns aber nicht irreführen. Der beste Schutz für die Republik sind die Republikaner. Die Monarchisten haben ihren zahlenmäßigen Aufstieg nur der Gewaltpolitik der ausländischen Nationalisten zu danken. Diese Kreise waren die besten Helfer für die Kandidatur Hindenburg. Was ist der Sinn der Republik, wie wir sie uns denken? Seit der Gründung des Reiches war Deutschland ein Staat für die 24 000 Großgrundbesitzer und Junker. Das war nur möglich, weil die deutsche Demokratie schwach, unreinigt war. Um so mehr ist es zu begrüßen, daß sich jetzt die demokratischen Kreise zusammengefunden haben, um die Diktatur einiger weniger Rechtspolitiker abzuwehren. Wir lehnen die politische Bevormundung ab, wir wollen selbständig unsere Politik machen, die allerdings nicht die Politik der Krone und Schlotjunker sein wird; wir wollen republikanische Politik betreiben. Sozialpolitische Fortschritt, wie in den letzten Tagen zerschlagen worden ist, wäre nicht zerschlagen worden, und wenn Stresemann täglich mehrere Reden gehalten hätte. Stresemann, der Außenminister der Republik, hat bei der ermoeglichen Kandidatur Gehlert's erklärt, diese Kandidatur wäre außenpolitisch unerträglich; wie er es verantworten kann, heute Herrn Hindenburg zu empfehlen, ohne außenpolitische Schwierigkeiten zu befürchten, ist sein Geheimnis. Erkelenz betonte, daß er als Rheinländer sagen könne, daß seine Landsleute Hindenburg nicht wählen werden. Wer die Freiheit Deutschlands will, wer die Untertanengesinnung aus dem Volke gebracht haben will, der wählt Marx, den Kandidaten der Republikaner. (Stürmischer Beifall.)

Mit stürmischem, begeistertem Jubel begrüßt, tritt dann Marx die Rednertribüne.

Reichspräsidentschaftskandidat Dr. Marx:

Deutsche Männer und deutsche Frauen! Wenn ich den prächtigen schwarzrotgoldenen Flaggenschmuck sehe, in dem diese gewaltige Halle heute abend prangt, so zieht's den geistigen Blick mit Macht zurück in jene Tage, da das deutsche Volk um seine nationale Einheit rang. Ein einiges Groß-Deutschland war der Wunsch unserer Väter, es sollte einzig sein in seinen Stämmen, demokratisch und ein Hort des Friedens in Europa. Die ideale Lösung, die man damals suchte, ist leider nicht gefunden worden. Mit Blut und Eisen aber hat der Alt-Reichskanzler Bismarck das Deutsche Reich geschaffen. Es blieb ein Torso, aber eine gewaltige staatsmännische Leistung. Bismarck selbst wußte, daß der beste und haltfähigste Kitt seines geeinigten Reiches mehr als die Dynastien das Volk selbst war. Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für den Reichstag war der Ausstich dieser seiner Ueberzeugung. Es ist dann auch der Nährboden geworden, aus dem die notwendigerweise sich fortentwickelnde Demokratie unserer Staatslebens wertvolle Kräfte zog.

Die Einheit des Deutschen Reiches in dem von Bismarck geschaffenen noch beschränkten Rahmen ist das wertvollste Erbe, das uns aus der Vorkriegszeit überkommen ist. Als Folge des verlorenen Krieges sind dem Deutschen Reich selber sehr gewichtige Gebietssteile verloren gegangen. Das Bismarck'sche Kleindeutschland hatte damit an Gebietsumfang noch verloren, Millionen deutscher Brüder wurden

aus dem Kreis der nationalen Einigung ausgeschlossen. Aber auch der übrige Teil, das uns noch erhalten gebliebene Deutschland, war in seiner äußeren Einheit stark gefährdet. Unter unseren früheren Feinden blieben einflussreiche Kräfte am Werk, die in Verfolgung ihrer im Versailles Vertrag enttäuschten Wünsche das Deutsche Reich, ganz nach dem österreichisch-ungarischen Vorbild, am liebsten auseinandergerissen hätten. Hätten sie Erfolg gehabt, so wäre das deutsche Volk um die Früchte seiner idealen innerpolitischen Bestrebungen eines ganzen Jahrhunderts gebracht worden. Es wäre dieses politische Trümmerfeld aber dann auch eine unheilvolle Keimstätte von Zerstörungspitzen für ganz Europa geworden.

Seit mehr als sechs Jahren regiert sich nun das deutsche Volk in demokratischer Weise selbst. Und wenn wir uns heute die Frage vorlegen, wie es im Augenblick um die äußere Einheit des Deutschen Reiches bestellt ist, so darf man wohl mit Recht sagen, daß es gerade der demokratischen Regierungsweise, dem Umstande, daß es Männer des Volkes gewesen sind, die die hochpolitischen Entscheidungen der letzten schweren Jahre zu treffen hatten, zu verdanken gewesen ist, daß uns der Rest der äußeren Reichseinheit erhalten geblieben ist. Das Erbe, das uns unsere Väter hier überlassen haben, haben diese Beauftragten der deutschen Demokratie erfolgreich zu behüten vermocht, obwohl man es ihnen wahrhaft nicht leicht gemacht hat. Um der Erhaltung des Reiches willen mußte seit den Tagen von Versailles manche Unterjochung geleistet werden, die, wenn man ihre Tragweite unter Ausschluß jenes ausschlaggebenden Momentes der Erhaltung der Reichseinheit beurteilt hätte, wohl kaum wäre gegeben worden. Heute stehen wir an einem gewissen Abschluß dieser Sorgen um die Reichseinheit, wenn auch noch nicht alle Sicherheiten gewonnen sind. Schon heute kann man mit großem Recht sagen, daß die Männer gut beraten waren, die unter allen Umständen an dem Rechtsittel der unantastbaren Reichseinheit festhielten und um dieses Prinzip willen vor Opfern auf wirtschaftlichem und finanzpolitischen Gebiete nicht zurückschreckten.

Es ist der Geist der jungen deutschen Demokratie, der hier seinen politischen Bewährungsnachweis in überzeugender Form erbracht hat.

Er hat sich als willensstark genug erwiesen, an einem einmal als richtig erkannten Prinzip trotz aller Mißdeutungen und Befehdungen von innen und Demütigungen von außen zielbewußt festzuhalten. Wird dieses Leitmotiv auch den künftigen Kurs der deutschen Politik bestimmen, so zweifelte ich nicht daran, daß die deutsche Reichseinheit auch weiterhin gesichert werden kann. Größere Gefahren als sie in den letzten sechs Jahren zu bestehen gehabt hat, werden ihr nach vernünftigem Ermessen in absehbarer Zukunft wohl nicht mehr drohen. Dazu sind jetzt auch durch neue internationale Abmachungen festerer Klammern um sie gelegt worden. Die deutsche Staatseinheit, von dem deutschen Volke gewollt und durchgeführt hat ihre Feuerprobe bestanden, die politischen Kräfte der Demokratie haben sie gesichert. Von dieser soll uns niemand mehr scheitern lassen.

Wir alle wissen, daß des Reiches Einheit nicht nur von außen, sondern auch von innen her bedroht werden kann. Weniger von dem deutschen Volke selbst, das wahrlich zu einem drängt, so lange es nicht verheißt ist und nicht für bestimmte parteipolitische Interessen mißbraucht wird. Man sagt, daß innerer Haß und nationaler Zwiespalt der anscheinend unantastbare Erbschatz des deutschen Volkes seien. Seien wir vorsichtig, ehe wir so obfällig und ohne Vertrauen von unserem Volke sprechen. Gegen solchen Vorwurf spricht doch schon schlagend die Tatsache, daß gerade das deutsche Volk selbst es gewesen ist, das zur nationalen Einigung aller deutschen Kleinstaatlein hindrängte, und auch andere Geschehnisse ungewöhnlicher Art kennen wir, wo das deutsche Volk aus eigenem Entschluß, in einem tiefen Erleben der nationalen Aufgaben der Stunde, alle politischen und sozialen Unterschieden, alle besonderen Interessen beiseite schob und glänzende Zeugnisse seines einheitlichen Willens ablegte. Ward jemals von einem großen Volke solche Probe nationalen Zusammengehörigkeitsgefühls verlangt, wie von dem unsrigen während der leidenschaftlichen Zeit des Weltkrieges, und hat es nicht im Jahre 1923 wiederum in einmütiger Geschlossenheit einen Erschöpfungskampf auf sich genommen und durchgeführt bis zur Ohnmacht? Wohl bietet das deutsche Volk sehr oft ein Jammerbild des Habers und der Entzweiung, aber fragen müssen wir uns auch: Ist dieses Uebel aus der unglücklichen Veranlagung unseres Volkes selbst entsprungen, oder liegt nicht vielmehr seine Quelle in gewissen Regierungswesen der Vergangenheit, an denen das Volk selbst im weitesten Umfange zunächst unbeteiligt war? Wenn vor dem Krieg große Massen deutscher Staatsangehöriger fremder Sprachgebiete dem deutschen Staate nicht recht sich zu assimilieren verstanden,

wenn in ihnen ein Gefühl wachgerufen war, Staatsbürger „weiter Klasse“ zu sein, war daran das deutsche Volk schuld? Wenn es in der Vorkriegszeit mitunter so schwer war, die deutsche Politik nördlich und südlich des Rheins auf eine einheitliche Linie zu bringen, wenn das Wort von der „Mainlinie“ heute noch in dem Begriffsbereich der Diplomatie eine Rolle spielen kann, war daran das deutsche Volk selber schuld? Wenn die großen Konfessionen, Katholizismus und Protestantismus, in eine verhängnisvolle Gegenüberstellung auf politischem Gebiete geraten sind, war daran nicht in erster Linie eine Befehlsgewalt schuld, deren Urheberhaft nicht dem breiten Volke entstammte? Wenn sich schließlich in unserem Volke eine gewaltige Kraft sozialwirtschaftlicher Art ausstalt, wenn Millionen arbeitender deutscher Volksgenossen nicht in den alten Staat hineingewachsen sind, war das nicht vor allem darin begründet,

daß man sie unter ein Ausnahmerecht stellte!

Nach heute leiden wir unter diesen Regierungsfinden der damaligen Zeit schwer, wir leiden doppelt darunter, weil es naturgemäß nicht ausbleiben konnte, daß sich jener Geist der Volkzerfplitterung in der Regierungstrife ganz naturgemäß auch dem Volke in seinen breiteren Schichten mitteilen mußte. Darf man doch nicht übersehen, daß alle diejenigen, welche um des Ideals der inneren Volkseinheit willen in allen diesen Dingen Protest erhoben, nur zu oft als „national unzuverlässig“ gebrandmarkt worden sind.

Rein, jener Geist des Zwiespalts ist nicht der natürliche Geist des deutschen Volkes. Wie unser Volk denkt, wie gewaltig in ihm der Wille zur politischen Einheit und Einigkeit ist, das hat für jeden, der nicht mit Vorurteilen belastet ist, wieder das Weimarer Verfassungswerk bewiesen. In ihm weht ein selten lebendiger Hauch sozialer Gesinnung, umfassender Toleranz und deutscher Zusammengehörigkeitsbewußtseins. Rein, unser deutsches Volk ist hier wirklich besser als sein Ruf. Man soll es in Ruhe und in Freiheit, im Rahmen der in Weimar geschaffenen Staatsorganisation, die wirklich für keinen Staatsbürger und keinen staatlichen Organismus, keinen Volksstamm und keine Berufsschicht irgendwie die freien Entfaltungsmöglichkeiten zu positiven Kulturleistungen und politischer Betätigung beschneidet, sich auswirken lassen. Die letzten Jahrhunderte haben ihm kaum die Möglichkeit gewährt, die starken politischen Kräfte, die in ihm sind, zur Entfaltung kommen zu lassen. Wir müssen Vertrauen haben und ich habe Vertrauen zu dem deutschen Volke, ich glaube an das deutsche Volk.

Wohl mehr als die Erhaltung der äußeren Reichseinheit ist uns im Augenblick die Verlebendigung und Vertiefung der inneren Geschlossenheit ein dringendes Bedürfnis. Jene erste Aufgabe liegt ja in erster Linie auch den verantwortlichen führenden Politikern ob, die letztere aber ist vor das Gewissen eines jeden einzelnen von uns gerückt. Natürlich gibt es in jedem Volke Gegensätze und Reibungslinien. Sie sind notwendig als eine Vorbedingung des Fortschritts, sie sind durchaus nicht wegzumachen. Auch wenn sie mit starkem Temperament ausgefodert werden, so braucht das noch kein Grund zum Bedauern und zur Entrüstung zu sein. Aber wir wollen doch darauf hinwirken, daß in unserem politischen Leben die Parteien zu rechten Wertgemeinschaften werden, die in ihren Bestrebungen und Zielsetzungen immer das ganze deutsche Volk vor Augen haben. Es wäre ungemein viel gewonnen, wenn in unserem politischen Betrieb die Parteien keine größere Sorge hätten als die, jeden Verdacht abzustreifen, daß sie einseitige vortagende Interessengruppierungen seien. Hat jeder Politiker, hat jede politische Wertgemeinschaft in ihren Bestrebungen immer das ganze Volk vor Augen, dann wird gewiß niemand mehr wegen seines religiösen Glaubens verfolgt, dann wird gewiß kein Landsmann mehr wegen seiner politischen Überzeugung als national unzuverlässig verurteilt, dann werden sich auch die moralischen Kräfte finden, um die sozialen Gegensätze abzumildern, soweit das heute in dem auf diesem Gebiete bereits recht eng gemordenen Rahmen nationaler Zusammenarbeit noch möglich ist. Man hat dem deutschen Volke immer einen Trieb ins kulturell Große, einen ausgeprägt idealistischen Charakter nachgesagt.

Der Idealismus des deutschen Volkes ist seit Jahrzehnten fast

ein lebender Begriff geworden, wie der Begriff des militärischen Deutschlands während des Krieges. Es sei unser Selbstein in dieser Stunde, daß wir diese alte Flamme des Idealismus auf dem Herde unserer nationalen Einheit behüten wollen als ein ganz besonderes Gut. Wir wollen im Herzen Europas eine Kultur-nation sein und bleiben, an der jeder Volksgenosse seine Freude und seinen Stolz hat. Der deutsche Auswanderer soll überall in der Welt ein Gefühl innerer Erhebung empfinden, wenn er sich zu seinem Vaterlande bekennt. Auch angefüllt eines glänzenden Paris, eines machtvollen London und eines goldprunkenden New York. — Heute und immerdar. Wir wären schlechte Politiker, wenn wir das gewaltige Erbe nicht richtig zu nutzen wüßten, das Krieg und Revolution gerade mit ihrem Hinweis auf die Forderungen der Einheit und Kulturlichtheit unseres Reiches für uns geworden sind, wenn wir nicht festen Willens wären, aus der großen Heimkehrung der letzten Kriegsjahre mit geklärtem Willen und sittlich erneuerten Kräften ein neues deutsches Tagewerk zu versuchen.

Wenn ich vorhin von den Klammern sprach, die durch neue internationale Umwälzungen für die Festigung unserer staatlichen Einheit geschaffen worden sind, wenn ich glaube, daß die Zukunft uns deshalb nicht mehr so schwarz zu erscheinen braucht wie die Vergangenheit, so wissen sie alle, daß ich dabei an

das so schwer heringefachte besetzte Gebiet

im Besten gedacht habe. Die deutsche Diplomatie hat die Aufgabe, das für die Befriedung Europas und seine weitere wirtschaftliche Entwicklung so außerordentlich bedeutsame Verständigungswerk von London fortzusetzen. Das Abkommen von London muß in fruchtbringender Weise weiter gefördert werden. Wir wissen heute, daß wir zur Erhaltung des Friedens an der Westgrenze und zur Sicherung dieser Landesgrenze in unserem Wunsch nach Wiedervereinigung mit den durch den Versailler Vertrag dort von uns losgetrennten Volksgenossen Opfer bringen müssen. Der Sicherheitspakt, der heute so viel besprochen wird, wird Regelungen des Versailler Vertrages, die die deutsche Westgrenze betreffen, unterstreichen. Wir stehen vor Verzichtsbekräftigungen, die uns gewiß nicht leicht fallen werden.

Über das Werk der deutsch-französischen Verständigung ist ein wertvolles politisches Ziel und sicher uns kulturelle und wirtschaftliche Entfaltungsmöglichkeiten, die wir nicht unterschätzen sollen.

Aber weißt du um des Friedens willen zum Sicherheitspakt bereit sind, um so mehr dürfen wir und müssen wir an die unnatürlichen Grenzverhältnisse im deutschen Osten erinnern, müssen wir wieder die Wahrheit von der wahren und kulturellen Verwandtschaft ausprechen, die uns mit Österreich, dem geschichtlich so bedeutsamen Kernlande deutscher Kultur und Politik, verbindet. Die nationale Einigung mit Österreich, das Erleben des seit einem Jahrhundert vom deutschen Volke so sehnsüchtig herbeigewünschten Großdeutschland ist eine Forderung, die wir gerade heute, wo der Sicherheitspakt zur Debatte steht, wieder erheben müssen. Sie hat in der Weimarer Verfassung bereits einen starken Niederschlag gefunden.

Wir sehen sie sich hartnäckig immer wieder ausgesprochen in dem rauhen und unheimlichen Zusammenstoß der neuen deutschen Reichsfarben schwarzrotgold. Ja, wir alle wissen es: die großdeutsche Frage kann nur gelöst werden in diesem Zeichen des schwarzrotgoldenen Banners.

Für Österreich, für uns und für die übrige Welt.

Wir schmähen die alte Flagge schwarzweißrot keineswegs. Das deutsche Volk hat mit Stolz unter dieser Fahne der kleindeutschen Einigung gekämpft. Erinnerungen sind für uns mit ihr verbunden, die uns wert und teuer sind. Aber die neue Reichsflagge bedeutet uns mehr, sie sagt uns tieferes vom deutschen Volk, seinen politischen Charakter, seiner Geschichte und seiner kulturellen Mission. Schwarzrotgold ist uns mehr als nur die vorgeschriebene Flagge des Weimarer Verfassungsgesetzes. Es ist nicht nur eine gesetzliche Pflicht, die sie uns ehren heißt. Sie ist uns das Symbol des geeinigten, freien, kulturbewußten, selbstlebenden Großdeutschlands, des deutschen Volkes, das, wie es in dem bedeutungsvollen Einleitungsatz unserer Weimarer Verfassung heißt:

„Einig in seinen Stämmen und von dem Willen befeuert ist, sein Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern, dem inneren und äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern.“

Für die kleine Jose war es aber wirklich ein Glück, daß die seine Dame den Hans nicht verstehen konnte. Sie hätte sonst sicher wegen Ueberehrung ihrer Nachbarn die Stellung verloren, denn Hans hatte seiner Herrin viel zu sagen und jammerle unter erregtem Schilpen: „Das Frauzimmer hat mich in die Freiheit geworfen.“

### Altes aus Bayern.

Du weißt, lieber Leser, daß sich die Königlich Bayerische Republik stolz eine „Ordnungszelle“ nennt, und glaubst vielleicht, daß sie sich erst jetzt, in den letzten Jahren, im Kampf gegen den „Morgensinn“ zu einer solchen entwickelt hat. Wenn du solcher Meinung bist, befindetst du dich in einem Irrtum. In Bayern herrschte schon vor 100 Jahren derselbe Ordnungsgeist, der dort noch heute anzutreffen ist. Besonders sind es die „Friedensregeln“, die in der früheren und jetzigen Ordnungszelle beliebt sind und beliebt waren. Der Fall Fehdenbach ist noch gut in Erinnerung. Er steht aber in der Geschichte der bayerischen Justiz nicht einzig da, hat vielmehr einen Vorgänger, der in der Härte des Urteils den Fall Fehdenbach sogar noch übertrifft.

Das „Börsenblatt für den Deutschen Buchhandel“ berichtete in seiner Nr. 6 des ersten Jahrganges (7. Februar 1834) auf Seite 97 unter der Rubrik „Miszellen“ folgendes:

Aus München meldet man: Buchdrucker Volkhard aus Augsburg, der wie bekannt wegen Pressevergehen zu 16jähriger Zuchthausstrafe verurteilt worden war, soll begnadigt worden sein und statt jener nur 6 Jahre Festungsstrafe erhalten.

Welches Vergehen sich der Buchdrucker Volkhard hat zuschulden kommen lassen, konnte nicht mehr festgestellt werden. Festgestellt ist jetzt aber, daß in Bayern der jetzige Geist noch schlimmer ist als der frühere, denn Volkhard's Strafe wurde in Festungshaft umgewandelt, Fehdenbach aber wurde mit Bewährungsfrist begnadigt und seine bei „Nachtbewahrung“ eintretende Strafe in Gefängnis umgewandelt.

Und an diesem Geist soll — zum Glück nur nach Ansicht weniger — Deutschland bereinigt genesen. Karl Siefert.

Geldstrafen für den Gebrauch von Schimpfwörtern. Der Leiter der Kommission für Kinderfürsorge in Rußland Filippow hat dem russischen Zentralerziehungsausschuß ein Gesetzentwurf eingereicht, laut welchem unsittliche Schimpfen, Flüchen und der Gebrauch unanständiger und schamloser Worte mit hohen Geldstrafen geahndet werden soll, wobei die einlaufenden Summen zugunsten der Kinderheime und der Kinderfürsorge überhaupt verwendet werden sollen. Filippow ist der Meinung, daß die Unsitte des rohen Schimpfens und eine unsittliche Ausdrucksweise leider so verbreitet seien, daß bei Annahme seines Projekts mit dem Einlauf sehr bedeutender Summen gerechnet werden dürfte.

In der „Städtischen Kunstbibliothek“, Brunn-Platz-Str. 7a, wird am 20. eine Ausstellung „Wie Sitten und ihre Vorbilder“ eröffnet. Sie wird bis zum 30. Mai verständig von 9—3 Uhr bei freiem Eintritt zugänglich sein.

Die junge deutsche Demokratie hat ein großes Erbe zu verwahren, hat große Aufgaben zu erfüllen. Schwieriges hat sie schon vollbracht, vor neuen Problemen wird sie sich an jedem neuen Tag gestellt sehen. Aber das wissen wir, und dieses Bewußtsein stärkt unseren Arbeitseifer und unsere Zuversicht: Wir arbeiten und kämpfen im richtigen Geist. Seien wir nur einig, dann muß das stolze Wort neuen, schöneren Klang erhalten: O Deutschland hoch in Ehren!

Die Ausführungen von Marx wurden immer wieder durch stürmischen, minutenlangen Beifall unterbrochen. Nach dem Schluß seiner Rede sprachen die Redner zu den im Freien versammelten Massen.

(Weitere Berichte im lokalen Teil.)

### Vergeßt es nicht!

Wenn wir das große Ziel am 26. April erreichen wollen: Den Sieg für das Vaterland, für den Volksstaat, für die Republik, dann müssen alle Kräfte angepannt werden. Sammlung und Zusammenstoß aller verfassungstreuen Kreise ist eine unbedingte Notwendigkeit.

Vergeßt daher nicht, den Volksblock durch Zahlungen an das Volkshilfskonto (Deutscher Volksblock) Berlin Nr. 5400 zu unterstützen.

### Wahre Parole der Bayerischen Volkspartei: Ihr Bayern, wählt Marx!

Das Organ der Bayerischen Volkspartei, die „Augsburger Postzeitung“ liefert nachträglich einen Kommentar für die Wahlparole der Bayerischen Volkspartei. Offiziell und theoretisch heißt sie bekanntlich: wählt Hindenburg. Die „Postzeitung“ macht den Wählern der Bayerischen Volkspartei klar, daß sie dieser Parole durch die Abgabe des Stimmzettels für Marx nachzukommen haben. Sie schreibt:

Wir erhalten täglich eine Flut von Zuschriften zur Präsidentenwahl, die einzeln zu beantworten uns die Zeit fehlt. Aus allen Briefen, wie auch aus Mitteilungen, die an die Zeitungen anderer Parteien gerichtet sind, geht hervor, daß der Beschluß des Landesausschusses der Bayerischen Volkspartei, die Wahl Hindenburgs zu empfehlen, nicht in allen Wählerkreisen der Bayerischen Volkspartei gebilligt wird. Auch viele Freunde der Bayerischen Volkspartei draußen im Reich haben mißbilligende Zuschriften an uns gerichtet. So schreibt uns ein Major a. D. aus Württemberg, er habe bei der letzten Wahl für Held gestimmt, müsse aber jetzt für Marx eintreten, da er den Beschluß der Bayerischen Volkspartei außerordentlich mißbilligt.

Welche Stellung wir zu der Kandidatenfrage einnehmen, haben wir vor der Aufstellung Hindenburgs mit einiger Deutlichkeit zu erkennen gegeben. Die Parteizentrale verlangt von der Presse, den Beschluß der höchsten Instanz der Partei zu respektieren. Eine öffentliche Erörterung der Haltung des Landesausschusses der Bayerischen Volkspartei ist daher nicht angängig.

Der Bayerische Bauernbund und die Hannoveraner haben in ihren Beschlüssen ausdrücklich gesagt, daß die Partei keinen Gewissenszwang auf ihre Wähler ausüben wolle. Für die Wähler der Bayerischen Volkspartei ist es eine Selbstverständlichkeit, daß kein Gewissenszwang besteht. Einen solchen schließen für den Katholiken nur die göttlichen und kirchlichen Gebote in sich. Aber auch die Parteizentrale darf bei der Präsidentenwahl nicht so eng aufgefaßt werden, wie es bei Wahlen zu Parlamenten der Fall ist. Am 26. April gibt der Wähler seine Stimme nicht einem Manne der Partei, sondern einer Persönlichkeit, die über der Partei steht. Auch der Wortlaut des Beschlusses der Bayerischen Volkspartei, in dem es heißt: die Partei „empfiehlt“ die Wahl Hindenburgs, ist hier zu beachten.

Das ist zwar vorsichtig formuliert, aber so klar, daß es der Dummste verstehen muß. Es heißt: Ihr Bayern, wählt Marx!

Trotz soll wieder so weit hergestellt sein, daß er nach Moskau zurückkehren darf. Sollte die Sinowjew-Herrschaft erkrankt sein?

## Der Kanarienvogel.

Von Erna Büsing.

Er wurde in einer Hede groß, der Kanarienvogel. Seinem Vater gab man spanischen Pfeffer in kleinen Portionen, damit er ein schönes Gefieder bekam, und seiner Mutter verabfolgte man ausgeschüttes gutes Essen. Daher war sie eine bequeme Kanarienvogelweib. Es herrschte Zucht und Ordnung in der Ehe. Beide Gatten waren auf Nachkommenschaft bedacht, die sie in rührender Fürsorge betreuten, damit die Menschen singenden Vogelknäuelchen hatten. Und die Brut wurde voll Bewunderung und Demut vor den Menschen erzogen. Mithin taten die Eltern in allem ihre Pflicht, denn untertänige Geschöpfe haben für gewöhnlich ein ruhiges Leben und überdies merken sie es nicht so schmerzhaft, wenn sie getreten werden.

Der Kanarienvogel, von dem hier die Rede sein soll, kam, als er erwachsen war, zu einer vornehmen Dame. Sie sperrte ihn in ein Bauer mit buntem Glasgefäß, das in einem Messingständer hing und nahe am Fenster stand. Die Dame hielt viel von ihrem Hans und wenn sie guter Laune war, fütterte sie ihn mit allen möglichen Leckerbissen. Er bekam Weißbrot und Apfel, Vogelfutter und Sepiolchale, Ei und Zucker. Selbst in den Blumentöpfen steckte die seine Dame eigenhändig die schwarzen Rübsamenkörner, damit für Hans Salat auswuchs. So gab es für ihn allerlei peinlich beobachtete Sonderrechte. Hans war schließlich ein fetter Federvogel, der nur nach Futter schielte und stielig verbaute. Oft kamen auf das Fensterhans Vögel geflogen, die durch die Fenster Scheiben äugten, Hunger im Blick. Das rührte die vornehme Dame nicht. Warum sollte sie es auch, man war es doch gewohnt, daß sich der Vögel um das Futter baigt. Und Hans? Ach, warum sollte er sich um die anderen, die gewöhnlichen Vögel kümmern, ihn ging's doch gut. Er war ein Fress- und Verdauungskünstler und das genügte ihm.

Die seine Dame aber hatte ein Joffe. Diese hatte sonderbare Ansichten. Sie tat gewissenhaft ihre Pflicht, empfand es jedoch für eine Schmach, von den Grillen und Säunen der Dame abzuhängen. Mithin bekam sie sogar unmoderne Kleider geschenkt und fühlte sich dabei in der Seele verletzt, weil sie so tränkend deutlich sah, daß der Woll für sie gerade gut genug war. Mithin, sie fühlte ihre Unfreiheit. Und aus diesem Gefühl heraus bekam sie mit einem Male, als sie allein im Zimmer war, eine unüberwindliche Mühseligkeit für den Kanarienvogel. „Armes Tier, für ein paar Stunden, bis die Gnädige zurückkommt, will ich dir die Freiheit schenken“, sagte sie, nahm den Hans in die Hand und ließ ihn fliegen. Kengstlich klopfte er hin und her, setzte sich schnell, weil er den Eingang nicht fand, auf sein Bauer und klammerte sich dort fest. Er ging nicht von seinem Käfig fort. Sein Herz klopfte noch lange, als er wieder nachgeholfen in ihm gelandet war.

Die fernsten Welten. Ein ungelöstes Problem der Astronomie ist bisher die Frage, ob die Spiralnebel zu unserem Sternensystem gehören oder ob sie selbständige, entfernte Sternensysteme sind, die nach ihrer Ausdehnung und Sternanzahl mit dem Milchstraßensystem vergleichbare „Weltinseln“ darstellen. Diese Frage scheint jetzt eine bedeutendere Beobachtung auf dem berühmten amerikanischen Mount-Wilson-Observatorium zu beantworten. Die vielen neuen Sterne namentlich im Nebel der Andromeda führen nämlich unter der Annahme, daß sie dieselben absoluten Helligkeiten erreichen wie die neuen Sterne unseres Sternensystems, für jene Nebel zur Errechnung einer Entfernung von mindestens 600 000 Lichtjahren von uns aus. Bei dieser so fast unermessbaren Entfernung würde der Andromeda-Nebel weit außerhalb der Grenzen des Milchstraßensystems zu liegen kommen und müßte eine mit der Milchstraße vergleichbare räumliche Ausdehnung haben. Infolge der inneren Bewegungen der Spiralnebel hat man aber die Grundfrage der ganzen Rechnung bezweifelt. Da ist jetzt, wie die „Naturwissenschaften“ berichten, Hubbe auf dem amerikanischen Observatorium zur Entdeckung vieler veränderlicher Sterne im Andromeda-Nebel gekommen. Aus der Errechnung der Perioden von 12 dieser Sterne können ihre absoluten Helligkeiten abgeleitet werden, und diese gestatten dann, in Verbindung mit ihren direkt beobachteten scheinbaren Helligkeiten, sofort ihre Entfernungen zu berechnen, und damit auch die Entfernung des Nebels, in dem sie liegen. Diese erweist sich nun als wirklich ganz ungeheuer groß, nämlich gleich 980 000 oder rund 1 Million Lichtjahren. So lange Zeit müßte ein Lichtstrahl brauchen, um aus jener fernsten Welt zu uns zu dringen; ob unsere eigene Welt überhaupt schon dies Alter erreicht hat, steht ja noch dahin. Eine Entfernung von derselben Größenordnung hat Hubbe durch ein ähnliches Verfahren auch für einen anderen Spiralnebel gefunden. Da es ihm ferner gelungen ist, mit Hilfe des großen 100zölligen Spiegelteleskops des Mount-Wilson-Observatoriums die äußeren Partien des Andromeda-Nebels in Myriaden von schwachen Sternen zu zerlegen, scheint die Hypothese, daß die Spiralnebel entfernte „Weltinseln“ sind, wieder sehr stark an Wahrscheinlichkeit zu gewinnen.

Malaria-Bekämpfung mit dem Flügzeug. Eine großzügige Bekämpfung der Malaria und der diese Krankheit übertragenden Mücken wird jetzt zu Round in Louisiana durchgeführt. Man bemüht dazu Scharen von Flügzeugen, die die Brutplätze der Mücken in den Sumpfbereichen von Louisiana mit Giftstaub besprengen. Das Gift, arsenisaures Kalz, das man bei der Vernichtung des Baumwollspinners besonders wirksam gefunden hat, wird herausgumpelt, während die Flügzeuge ganz niedrig über die Sümpfe hinfliegen. Man hofft auf diese Weise die fährlichen Mücken zu vernichten und damit die Malaria aus Louisiana zu vertreiben.

Die Lamyasine der Juffo-Klamm-Gruppe, die auf den 19. September war, muß wegen eines Anfalls der Frau Klamm auf einen späteren Termin verschoben werden.

Der „Jüdische Kult- und Auswahlsch“, der am Karfreitag einfallen sollte, findet nunmehr am 19. abends 6 und 8 Uhr, sowie am 20. und 21. abends 7 Uhr, im kleinen Saal der Urania, Leubnitzstr. 48/49, statt.

Englisch Theatra. Die für den 19. angelegte Vorstellung von „Great Adventure“ im Neuen Theater am Zoo kann wegen Erkrankung von Kramel nicht stattfinden.

# Gefinnungslosigkeit!

Antwort, Ihr Herren!

Schindluder wird mit dem deutschen Volke getrieben! Die Aufstellung des 80jährigen geistig und bald körperlich unbeweglichen Kriegsherrn ist eine unerhörte Provokation der republikanischen Mehrheit des deutschen Volkes, eine Herausforderung aller politischen Vernunft, eine Beleidigung aller wirtschaftlichen Einsicht!

Außenpolitisch ist die Aufstellung allein schon eine Katastrophe. Hindenburg ist aufgestellt worden von den Deutschnationalen und der Volkspartei, von den Parteien der Regierung Luther-Stresemann. Eine parlamentarische Regierung ist ein Ausschuss der Regierungsparteien. Wie hat der Herr Luther den Mund voll genommen! „Als Reichkanzler bestimme ich die Richtlinien der Politik“. Hat sich was! In der Schicksalsfrage Deutschlands hat der Reichkanzlerkandidat der Deutschnationalen, Herr von Tirpitz, haben Schlange-Schönungen und Freitag-Loringhoven unter Beifall von Ludendorff und Hiller die Entscheidung bestimmt, und der Herr Voigt von der Bayerischen Volkspartei hat mehr zu sagen gehabt als der Herr Reichkanzler. — Die Katastrophe beginnt. Das Vertrauen ist zerstört, am meisten in England und Amerika.

Aber der Träger der politischen Verantwortung schweigt still: und doch ist er der Schuldigste. Er war es doch, der die große Koalition bewußt sabotierte, im Bunde mit der Deutschen Volkspartei sie zerstörte. Er war es, der Mary den Dolchstoß verleiht und den Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung unter seiner Kanzlerschaft erzwingt. Freilich, er hielt sich mehr im Hintergrund als Stresemann. Aber Luther, nicht Stresemann, der in seiner Fraktion nicht viel mehr hinter sich hat, war der eigentliche Vertrauensmann der Volkspartei und des gouvernementalen Flügels der Deutschnationalen.

Nun will er sich drücken? Zurückziehen hinter die Ausrufe, die Regierung dürfe die Wahl nicht beeinflussen? Aber nicht um die Wahl des Volkes handelt es sich, sondern um das Verhalten der Regierungsparteien bei der Aufstellung der Kandidatur. Da haben Luther und Stresemann als verantwortliche Politiker versagt, da haben sie nicht einmal gehandelt wie ein einfacher, seiner politischen Pflicht halbwegs bewußter Staatsbürger. Luther und Stresemann wissen, was mit der bloßen Kandidatur des alten Militärs angedeutet worden ist. Sie fürchten seine Wahl. Sie werden bestimmt Mary wählen. Schon aus Selbsterhaltungstrieb. Sie wissen, daß es nach der Wahl Hindenburgs für das Ausland keine verhandlungsfähige Regierung mehr geben würde. Es gäbe „keine diskontfähige Unterschrift“ mehr. Aber daß sie beide jetzt sich ducken, in der Hoffnung, die Republikaner, die von ihnen für regierungsunfähig erklärt sind, werden die Katastrophe schon verhindern, das ist erbärmliche Gefinnungslosigkeit.

O, sie sind nicht allein. All die Wirtschaftsführer, alle, die englische und amerikanische Kredite haben oder erhoffen, alle, die auf Belebung des deutschen Exportmarktes, sie alle werden wählen, Mary wählen. Die Wahl ist ja geheim. Die Wähler werden vertrauen es sogar einem schon jetzt unter vier Augen an. Aber den Mund macht keiner auf. Zu sagen, welcher unverantwortliche Wahnsinn dieses Teufelswerk des Kriegsherrn, Kriegsverlängerers, Kriegsverlierers Tirpitz ist, das mag keiner!

Luther und Reichkanzler der Politik! Aber der Mann soll doch sagen, wie er sich die innere Politik vorstelle, wenn Hindenburg gewählt wird. Er weiß doch wer gewählt wird. Hindenburg, das war der Strohmann Ludendorffs. Er erzählt ja selbst, daß nicht nur die militärischen, sondern auch alle politischen Entscheidungen im Kriege — Beseitigung Bethmanns, Beseitigung Rüstmanns, Aufrechterhaltung des Dreiklassenwahlrechts, Berechtigung aller Friedensmöglichkeiten, Herbeiführung des unbekanntlichen U-Boot-Krieges, überstürzte Erzwingung des Waffenstillstandes — stets uneingeschränkte Billigung des politisch völlig ahnungslosen, völlig unselbständigen Hindenburg gefunden haben. Pseudonym Ludendorffs bis zur Niederlage, war er dann Parabemmann der Deutschnationalen, deren eingeschriebenes Mitglied der ist, den man als überparteilich auszugeben mag. Wenn der Schlichter des Deserteurs von Doorn gewählt wird, wird ein Pseudonym, ein Strohmann gewählt. Wer wirklicher Reichspräsident sein wird, wird nicht gesagt. Herr v. Tirpitz, der ihn geführt, ist der nächste Anwärter. Herr v. Loebell man ein anderer sein. Wird Hindenburg etwa Ludendorff oder den Obersten Bauer, seine alten Beherrscher, aus dem Hause des Reichspräsidenten weisen? Eine anonyme Horde von Monarchisten, Putschisten, Staatsstreikern, Feinden der Republik und des Volkes wird gewählt, wenn Hindenburg gewählt wird. Aber Luther und Stresemann schweigen!

Wie stellt sich denn der Herr Reichkanzler dann seine politischen Richtlinien vor? Was denkt er zum Beispiel über die Reichswehr? Reichspräsident Hindenburg — Oberbefehlshaber der Reichswehr! Glaubt man General Seckt, der Ludendorff haßt und verachtet, werde unter Hindenburg bleiben? Soll er vielleicht von Ludendorff abgelöst werden oder einem Vertrauensmann des Tirpitz? Hindenburg Präsident und die Reichswehr würde völlig politisiert, würde zu einem monarchistischen Putschinstrument umgestaltet werden. Glaubt man, daß sich das die Republikaner gefallen lassen können?

Dem Pseudonym eines Tirpitz oder eines Loebell oder eines Ludendorff oder eines Schlange-Schönungen oder eines anderen reaktionären soll die Verfügung über den Ausnahmezustand oder das Verordnungsrecht des § 48 gegeben werden? Dem unpolitischen, in dem schlimmsten Nachwahn einer verunkelten Vergangenheit befangenen Militär außenpolitischer Einsicht, der Verfehr mit den ausländischen Diplomaten gestattet werden? Dem Monarchisten das Hüteramt der Republik?

Was denkt denn der verantwortliche Reichkanzler? Ahnt er vielleicht, daß die Wahl Hindenburgs Deutschland in innere Kämpfe stürzen würde von unerhörter Heftigkeit und Erbitterung? Wenn Hindenburg gewählt würde, wäre er der Erwählte einer Minorität, der seine Wahl nur der Sonderkandidatur der Kommunisten zu danken hätte. Hält Herr Luther einen solchen Präsidenten für moralisch möglich? Der Tag der Wahl des Reichspräsidenten wäre der Beginn des

Kampfes der republikanischen Majorität zum Sturze des Reichspräsidenten!

Hindenburg, das Pseudonym, und Ludendorff, der Akteur, haben schon einmal Geschichte gemacht und die Weltgeschichte war das Belagerer. War es an dem einen nicht genug, Ihr Herren. Haben Luther und Stresemann aus Gefinnungslosigkeit den Mut, ein zweites Belagerer über das deutsche Volk hereinbrechen zu lassen? Wir wollen wissen, was Ihre politischen Richtlinien sind, Herr Reichkanzler Luther, Herr Außenminister Stresemann! Stimmt ihr für Hindenburg?

## Die Regierung soll Rede und Antwort sehen!

Im Hauptauschuß des Reichstages versuchten gestern die Deutschnationalen, vom Reichswirtschaftsminister, ihrem Parteigenossen Reuhaus, eine Erklärung über die außenpolitischen Wirkungen der Kandidatur Hindenburg zu erlangen, die sie in der Bohlagitation zu benutzen gedachten.

Die Vertreter der republikanischen Parteien erhoben Einspruch und setzten durch, daß heute, Sonnabend, in einer besonderen Sitzung des Haushaltsausschusses der Reichsaußenminister zur Austunftserteilung aufgefordert wird.

Herr Stresemann wird sein Schweigen beenden und reden müssen!

## Die Grundschule im Reichsrat.

Preußens Einspruch abgelehnt.

Der Reichsrat beschäftigte sich in einer öffentlichen Vollversammlung am Freitag vormittag mit dem vom Reichstag angenommenen Gesetzentwurf über den Lehrgang der Grundschule, wonach besonders leistungsfähige Schüler schon nach dreijährigem Besuch der Grundschule in mittlere und höhere Schulen aufgenommen werden können. Preußen wiederholte seinen schon in den Ausschüssen abgelehnten Einspruch in der Vollversammlung. Der bayerische Bevollmächtigte erklärte, daß Bayern keinen Einspruch erheben werde. Er gab der Ansicht Ausdruck, daß schon das bestehende Grundschulgesetz den Ländern eine Ermächtigung im Sinne des Gesetzes zugestehen. Dem freien Ermessen der Länder müsse es überlassen bleiben, ob und in welchem Umfang sie von der Ermächtigung Gebrauch machen. Der Vertreter Württembergs wandte sich gegen den preußischen Antrag. Die württembergische Regierung lege den größten Wert darauf, daß sich alle Länder über Ausführungsbestimmungen einigten und behalte sich einen entsprechenden Antrag vor. Der Antrag Preußens, gegen den Reichstagsbeschluss Einspruch zu erheben, wurde mit 43 gegen 22 Stimmen abgelehnt. Für den preußischen Antrag stimmten außer dem Staatsminister der Provinz Brandenburg, Berlin, Westpreußen-Posen, die Vertreter der Provinz Sachsen, von Schleswig-Holstein und Westfalen, weiter von den Ländervertretern die Vertreter von Hamburg, von Anhalt, Elbe, Waldeck. Es zeigte sich, daß wieder einmal im Reichsrat Vertreter preussischer Provinzen anders stimmten als das Staatsministerium. Gegen den Einspruch stimmten die Vertreter von Ostpreußen, Pommern, Ober- und Niederschlesien, Hannover, der Rheinprovinz und der Provinz Hessen-Nassau.

## Kommunistenschwund.

In Oldenburg sind sie erledigt.

Im aufgelösten oldenburgischen Landtage war der Landesteil Birkenfeld auch durch einen Kommunisten vertreten. Er ist nunmehr zur sozialdemokratischen Partei übergetreten, nachdem ein anderer kommunistischer Abgeordneter bereits vor einiger Zeit aus der kommunistischen Fraktion ausgeschieden war. Die kommunistische Dreimännerfraktion des bisherigen Landtages ist damit auf einen Kommunisten zusammengeschrumpft. Alle Anwesenden deuten darauf hin, daß der neue Landtag, der am 24. Mai gewählt wird, überhaupt keinen Vertreter der Kommunisten mehr aufweisen wird.

# Painlevés Amtsantritt.

Vorstellung im Parlament nächste Woche.

Paris, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Das neue Ministerium, das um 11 Uhr vormittags unter dem Vorsitz Painlevés einen kurzen Kabinettsrat abhielt, hat sich um 11½ Uhr dem Präsidenten der Republik vorgestellt. Vor die Kammer, die mit Rücksicht auf die Vorbereitungen der Gemeindevahlen über das Wochenende verlagert worden ist, wird das neue Kabinett erst am Dienstag treten. Sonnabend vormittag wird das Kabinett die Regierungserklärung beraten.

Abg. Paul Boret hat das ihm zugeordnete Unterrichtsministerium für den Wiederaufbau abgelehnt; an seine Stelle tritt der radikal-soziale Abg. Schmidt.

Finanzminister Caillaux erklärte Journalisten, daß er noch nicht zu einem abschließenden Urteil über die Lage gekommen sei. Die Situation sei jedenfalls außerordentlich ernst und er selbst wäre von der Größe der Schwierigkeiten, die er vorgefunden habe, überrascht gewesen. Das Notwendigste sei, Geduld und Vertrauen zu haben, dann werde es gelingen, Ordnung zu schaffen.

## Kriegsschulddebatte in Sicht!

Paris, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Dem Senator Poincaré wird die Absicht zugeschrieben, das Ministerium durch eine Interpellation zu einer Erklärung über die Frage der Kriegsschuld zu zwingen. Caillaux hat die Verfaller These von der Kleinschuld Deutschlands wiederholt öffentlich auf das schärfste bekämpft. Man rechnet damit, daß die Senatsdebatte noch in der nächsten Woche geführt wird und die beiden Häuser des Parlaments sich dann über die Gemeindevahlen bis Mitte Mai vertragen werden. Die durch die Uebnahme der Ministerpräsidentenschaft durch Painlevés erforderliche Reuewohl des Kammerpräsidenten dürfte bis dahin verschoben werden. Als Kandidat der Linken wird dafür im Falle der definitiven Ablehnung Herriots der Abg. Godard, bisher Arbeitsminister, genannt.

## Das politische Gesicht der neuen Regierung.

Paris, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Die Reaktion hat ihr eigentliches Ziel nicht erreicht. Sie hat zwar das Kabinett Herriot durch eine mit den vergifteten Waffen geführte Hege aus den Angeln zu heben vermocht, aber das eigentliche Ziel ihres Kampfes, die Sprengung des Kartells der Linken, das Bündnis zwischen Sozialismus und bürgerlicher Demokratie, das dem politischen Wollen der großen Mehrheit des Landes entspricht, ist unversehrt. Die sozialistische Fraktion hat auf Grund der jüngsten Beschlüsse des Nationalrats zwar die aktive Beteiligung an einer neuen Regierung abgelehnt, jedoch die parlamentarische Unterstützung zugesagt, allerdings unter der Voraussetzung, daß die Politik der Demokratie und des sozialen

## Kriegszustand in Bulgarien.

Außer der Höllemaschine auch Bombenwürfe.

Sofia, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Es steht unweifelhaft, daß neben der Höllemaschine, die das Hauptgewölbe der Kathedrale zum Einsturz brachte, auch noch durch zwei Bombenwürfe anderer schwerer Schaden angerichtet worden ist. Es sind bis jetzt 150 Leichen geborgen. Die Zahl der Verwundeten steht noch nicht fest. Sämtliche Krankenhäuser der Stadt sind mit Verletzten überfüllt. Alle Minister haben bei dem Attentat Verletzungen erlitten. Die bulgarische Grenze ist vollkommen gesperrt, die Polizei hat in allen Städten Freilag zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Der Kriegszustand soll bis auf weiteres aufrechterhalten werden.

## Offiziell: eine Verhaftung.

Sofia, 17. April. (Bulg. Tel.-Agentur.) Nach den neuesten Feststellungen hat sich die Zahl der bei dem Bombenanschlag getöteten Personen auf 150 erhöht, unter denen sich mehrere Frauen und Kinder befinden. Aus der Provinz liegen keine weiteren Meldungen vor, außer daß auf dem Bahnhof von Kosteneh eine Person bei dem Versuche verhaftet worden ist, Explosivstoffe zu verbergen. Sonst ist alles ruhig. Die Jäger verkehren regelmäßig. Das Dekret über die Verhängung des Kriegszustandes wird heute veröffentlicht.

## Furchtbare Einzelheiten.

Sofia, 17. April. (TU.) Die Kathedrale, die ungefähr 2000 Personen faßt, war bis auf den letzten Platz gefüllt. Eine der beiden Kuppeln ist eingestürzt. Sofort nach der Explosion wurde eine Hilfsaktion eingeleitet. Die Straßen in Sofia sind heute menschenleer. Jeder Wagenverkehr ist verboten. Nur mit Soldaten besetzte Kraftwagen fahren hin und her. Die Bürgermilitär ist mobilisiert. In Kovasagora allein wurden 150 Personen verhaftet. Nur einzelne Reisende werden an der Grenze durchgelassen. Die Telegraphen- und Zugverbindungen mit dem Ausland sind teilweise unterbrochen. Ganz Sofia ist von Militär abgesperrt, um der Attentäter habhaft zu werden. Die Bank, die nach der Explosion entstand, läßt sich schwer beschreiben. Im Gedränge wurden Frauen und Kinder niedergedrückt. Der größte Teil der Verletzten sind Frauen und Kinder. Zweifellos haben die Attentäter geglaubt, daß auch der König an der Einsegnung des ermordeten ehemaligen Kriegsministers Abg. Costa Georgieff teilnehmen werde. Sämtliche Zeitungen verdammen das Attentat als einen besonders schandwürdigen Anschlag und weisen darauf hin, daß seit dem Attentat der Kommunisten auf eine Prozession in Madrid kein ähnliches Verbrechen begangen wurde.

## Was wird in Belgien?

Reinsozialistische oder sozialistisch-katholische Regierung?

Brüssel, 17. April. (Eigener Drahtbericht.) Wahgebende liberale Führer haben am Freitag Vanderweide erklärt, die liberale Partei würde einer rein oder überwiegend sozialistischen Regierung keine systematische Opposition machen; aber die liberale Partei wolle nach diesem Wahlausfall an keiner Regierung aktiv teilnehmen. Andererseits machen angeführte der wachsenden Möglichkeit einer rein sozialistischen Regierung einflußreiche katholische Kreise Stimmung für eine Koalition aus Sozialisten und Katholiken, mit gleichen Rechten für beide Parteien, wobei allerdings die Person des Ministerpräsidenten noch strittig wäre. Mit großer Spannung wird daher die für Sonnabend einberufene erste Sitzung der neu gewählten katholischen Parlamentsfraktion erwartet, die vielleicht die Lage klären wird.

Bei den Senatswahlen ist unter anderen der frühere Ministerpräsident de Brocqueville unterlegen.

Fortschritt im Innern und die Politik der friedlichen Verständigung sind des internationalen Ausgleichs nach außen wie bisher weitergeführt wird. Entscheidend für die sozialistische Fraktion war, daß Painlevé, wenn auch manche der von ihm zur Mitarbeit berufenen Politiker bei einzelnen innen- und außenpolitischen Problemen keineswegs auf dem Boden der sozialistischen Auffassung stehen, in der Zusammensetzung seines Kabinetts jedes Zugeständnis an die Rechte abgelehnt hat. Wohl hat sich Caillaux verschiedentlich als ausgesprochener Gegner der von der sozialistischen Partei beantragten direkten Erfassung des Vermögensbesitzes bekannt; aber seine ganze politische Vergangenheit bürgt dafür, daß er auch nicht entfernt die Absicht haben kann, die steuerliche Last der Finanzreform auf die Schultern der breiten Massen abzumägen. Es ist unter diesen Umständen nicht anzunehmen, daß ein

## Kompromiß in der Finanzfrage

auf unüberwindliche Schwierigkeiten stößt. Außenpolitisch ist das neue französische Ministerium der Fortsetzung der Politik internationaler Verständigung günstig. Briand, der neue Außenminister, hatte bereits vor drei Jahren auf der Konferenz von Cannes nicht nur in der Reparationsfrage, sondern auch auf dem Gebiete des Sicherheitsproblems Lösungen in Aussicht genommen, deren teilweise Durchführung erst Herriot nach dem Sturze des Nationalen Blocks vorbehalten geblieben ist. Painlevé ist ein überzeugter Pazifist, und Caillaux hat vor und während des Krieges zahlreiche Beweise seines aufrichtigen Friedenswillens gegeben. Am deutschen Volke liegt es, nicht seinerseits durch einen nicht wiedergutzumachenden Fehler, durch die Wahl des Militaristen und Monarchisten Hindenburg zum Reichspräsidenten die Tür für jede Verständigung auf Jahre hinaus zuzuschlagen, und damit nicht nur Frankreich, sondern die gesamte Erdkugel aufs neue in eine scharfe Kampfkampfung gegen Deutschland zu ziehen.

## Der Nationale Block gegen Caillaux.

Paris, 17. April. (WTR.) Die Fraktion der demokratisch-republikanischen Vereinigung der Kammer hat in Uebereinstimmung mit ihren 104 Mitgliedern in einer Tagesordnung die Ernennung Caillaux zum Minister als eine Provokation der öffentlichen Meinung bezeichnet. Caillaux sei vom Staatsgerichtshof wegen Verbrechen des Einverständnisses mit dem Feinde während des Krieges verurteilt worden. In der Tagesordnung wird ferner zum Ausdruck gebracht, daß das jetzige Ministerium entgegen der Tagesordnung des Senats vom 10. April sich unter Nichtachtung des inneren Friedens und der nationalen Einheit gebildet habe, weshalb die Fraktion schon jetzt erklärt, daß sie ihm ihr Vertrauen verweigere.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Sozialpolitik der Rechtsregierung.

Gegenzeichnet durch den Reichslandbund.

Die gesetzgebenden Körperschaften sind zurzeit mit einem Gesetzentwurf der Reichsregierung beschäftigt, der Änderungen in der Unfallversicherung beabsichtigt. Mit diesem Entwurf hat sich auch der Sozialpolitische Ausschuss des Reichslandbundes am 12. März befaßt. Die Niederschrift aus dieser Sitzung sagt dazu wörtlich u. a.:

„Die Regierung hat aber inzwischen dem Druck aller Verbände, der durch zahlreiche Gutachten allererster ärztlicher Autoritäten aufs wirkungsvollste unterstützt wurde, nicht standhalten können, sondern in wesentlichen Punkten ihren eigenen Entwurf bereits fallengelassen. Der Streit dreht sich zurzeit vornehmlich um die Frage: Wie kann nach außen hin etwas gezeigert, das nach etwas aussieht, ohne in Wirklichkeit viel zu ändern.“

Der letzte Satz sagt klipp und klar, daß der Reichslandbund der Meinung ist, die sozialpolitische Arbeit der Reichsregierung, die zum erheblichen Teile aus deutschen nationalen Ministern besteht, ist nicht ernst gemeint, vielmehr nur dazu bestimmt, der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen. Wir sind dem Reichslandbund dankbar für dieses Eingeständnis. Man kann mehr besser noch treffender die Sozialpolitik der Rechtsregierung kennzeichnen, als es hier durch den Reichslandbund geschieht ist. Man kann es auch nicht zynischer tun. Diese Rechtsregierung und ihre Sozialpolitik, die nach etwas aussehen soll, ohne in Wirklichkeit etwas zu sein, sie war und ist nur möglich durch die kommunistische Spaltung. Mit der Einigkeit der Arbeiterschaft steigt diese Rechtsregierung sofort auf. Vergessen wir das nicht.

## Die Urabstimmung in der Metallindustrie.

Bis 9 1/2 Uhr abends lag gestern das Ergebnis aus 231 von 420 Betrieben vor. Obwohl dieses Teilergebnis noch keine endgültigen Schlüsse auf das Gesamtergebnis zuläßt, scheint doch mit einer entschiedenen Mehrheit für Ablehnung des Schiedspruchs zu rechnen zu sein. Die die Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes mittelst, tritt das Metallkartell heute vormittag 10 Uhr am Sitz der Ortsverwaltung zu einer Sitzung zusammen, um zu dem Ergebnis der Urabstimmung Stellung zu nehmen.

## Kriegszustand in der chemischen Industrie.

Die Bestrebungen in der chemischen Industrie Groß-Berlins, zu einem neuen Tarifabschluß zu kommen, sind am gestrigen Tage endgültig gescheitert. Wie wir berichteten, war nach den ergebnislosen Verhandlungen der vergangenen Woche das tariflich vorgesehene Zentralkartell angerufen worden. Nach stundenlangen Verhandlungen mußte den Parteien die Mitteilung gemacht werden, daß ein Schiedspruch nicht zustande gekommen sei. Die Zustände, die die Unternehmervertreter machten, waren durchaus ungenügend. Es konnte von Arbeitgeberseite nicht bestritten werden, daß das Lohnniveau der Arbeiter der chemischen Industrie weit unter dem örtlichen Lohnniveau der ungelerten Arbeiter liegt. Dem sorgfältig ausgearbeiteten Material der Arbeitnehmervertreter hatten die Unternehmer nichts weiter entgegenzusetzen, als die bekannten Redensarten von hoher sozialer Belastung, feuertlicher Belastung, Abfahrtschwierigkeiten der Industrie usw. Die Arbeitnehmervertreter hatten schon im Laufe der Verhandlungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie an einem Tarifabschluß nur dann Interesse haben, wenn die bisherigen Stundenlöhne von 62 Pf. wesentlich erhöht werden. Wie hoch mutete es an, als die Unternehmer durchblicken ließen, daß sie eine „Stundenlohnenerhöhung“ von 2 Pf. vornehmen würden, wenn die Arbeiter mit einem Tarifabschluß bis zum 1. Oktober einverstanden wären.

Das Scheitern der Verhandlungen bedeutet den offenen Konflikt in den Betrieben der chemischen Industrie. Es ist nicht daran zu denken, daß die Arbeiter mit den derzeitigen Hungerlöhnen zufrieden sein könnten.

In einer gutbesuchten Funktionärerversammlung des chemischen

Industrie hat der Vertreter des Fabrikarbeiterverbandes, Genosse Reimann, keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Organisation ihren Mitgliedern in jedem Kampf, der in den Betrieben unvermeidlich ist, finanzielle Unterstützung angedeihen lassen wird. Auf das prozozierende Verhalten der Unternehmer werden die Arbeiter der chemischen Industrie die Antwort geben müssen. Die Organisation hat alle friedlichen Mittel erschöpft; jetzt haben die Arbeiter das Wort.

## An unsere Postbezieher

Die einlaufenden Beschwerden von Postbezieher veranlassen uns zu der Bitte, beim Ausbleiben der Zeitung zuerst eine schriftliche Beschwerde beim Vorsteher des Bestellamtes einzureichen. Sollte dieser Weg erfolglos sein, ist sofort dem Verlag Nachricht zu geben. Wir bitten, den vorgeschriebenen Weg einzuhalten.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

## Gehaltsforderungen der Metallangestellten.

Die Gehaltsverhandlungen am 15. April mit dem BMD haben erneut den Beweis erbracht, daß die bei Einführung des neuen „Leistungstarifes“ von den VZV-Verbänden geäußerten Bedenken im vollen Umfange zutreffend sind. Trotz der inzwischen eingetretenen Preissteigerung und Fahrpreiserhöhung hat der BMD jede Erhöhung der Tarifgehälter abgelehnt. Die Arbeitgeber mußten zwar anerkennen, daß seit Januar nicht nur eine Verteuerung der Lebenshaltung eingetreten ist, sondern auch in anderen Gruppen und Branchen — selbst bei höheren Gehältern — aus diesem Grunde Gehaltserhöhungen bewilligt sind. Wie üblich wurde die Ablehnung damit begründet, daß die Berliner Metallindustrie selbst bei guter Beschäftigung infolge Kreditmangels tech. eine Mehrbelastung „nicht tragen könne“.

Darüber hinaus hat der BMD die Angestelltenvertreter nicht im Zweifel darüber gelassen, daß nach seiner „Rechtsauffassung“ evtl. Erhöhungen der Tarifgehälter für die Gruppen A. und T. 3 und 4 bzw. 1 bis 3 R. nur für die tariflichen Mindestgehälter in Frage kommen. Auch bei der Erhöhung im Januar sind zahlreiche Mitgliedsfirmen des BMD, besonders bei den Angestellten der oberen Gruppen dazu übergegangen, bereits gewährte Leistungszulagen auf die Tarifserhöhungen völlig anzuzurechnen.

Selbst der Deutschnationale Handlungsgehilfenverband bzw. Gedag — der seiner Zeit ohne weiteres dem Arbeitgeberverband seine Bereitwilligkeit zum Abschluß eines Leistungsstarifvertrages erklärte — hat nun auch die Schäden derartiger Verträge erkannt.

Für die VZV-Funktionäre fand zur Berichterstattung am Verhandlungstage eine gutbesuchte Versammlung statt. Diese Stellungnahme des Arbeitgeberverbandes löste unter den Anwesenden eine ungeheure Erregung aus und wird sicherlich dazu beitragen, die Angestellten zum reiflichen Zusammenschluß innerhalb der VZV-Verbände zu veranlassen. Die Funktionäre stimmten dem Vorschlag der Verhandlungskommission, den Schlichtungsausschuß Groß-Berlin anzurufen, zu. Sie werden dieses „soziale“ Verständnis der Arbeitgeber den Angestellten eindeutig vor Augen halten.

## Die Volkshewisten demonstrieren.

Am 19. März veranstalteten die Kommunisten eine Demonstration aus Anlaß der Märzfeier. Auch die kommunistischen Betriebsräte der HEG-Brannenstraße stellten einen Demonstrationzug zusammen, der unter Vorantritt einer Musikkapelle zum

Friedrichshain zog. Diese Musiker verlangten für ihre Bemühungen 120 Mark.

Leider vergaßen die tapferen Kommunisten den musizierenden Proletariats ihren wohlverdienten Lohn zu zahlen. Nach Ablauf eines Monats sah sich nun die betreffende Organisation der Musiker genötigt, sich an den „Reformisten“ Koch, den Vorsitzenden des Gesamtbetriebsrats der HEG, hilfesuchend zu wenden, um zu ihrem Gelde zu kommen. Und nun kommt das Schöne.

Jeder Klassenbewußte, freiorganisierte Arbeiter wendet sich bei festlichen Veranstaltungen an die freigewerkschaftliche Organisation der Musiker, den Deutschen Musikerverband. Anders halten es die Kommunisten. Diese haben an den Grübern der Märzgefallenen am 19. März demonstriert unter Vorantritt einer gelben Musikkapelle, der Mitglieder des Vereins Berliner Musiker. Dem dieser war es, der versuchte, von dem SPD-Anhänger Koch die von den Kommunisten geschilderten 120 Mark zu erhalten. Der Besteller der Musikkapelle war ein Herr Lindner, der starke Anwartschaft auf den Posten eines Branchenleiters der Wietler des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes erhob. Er hat offenbar die besondere Eignung hierzu.

## Lohnbewegung der Hamburger Hafen- und Werftarbeiter.

Hamburg, 17. April. (Ill.) Ueber die neuen Tarifvorschläge der Vertrauensleute der Hafenarbeiter sind für den 20. April Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß anberaumt worden. Der Hafenbetriebsverein hat eine Lohnerhöhung abgelehnt. Ueber die neuen Tarifforderungen der Werftarbeiter haben Donnerstag die Vertreter der Seeschiffahrtswerften mit den Werftarbeitern ergebnislos verhandelt. Die Vertrauenskommission der Werftarbeiter hat das Reichsarbeitsministerium um Unterstützung in der Tarifrfrage gebeten.

## Die Lage der Gewerkschaften in Venezuela.

(S.S.) Auf einer in Washington abgehaltenen Konferenz von Vertretern des Pan-Amerikanischen Gewerkschaftsbundes wurde der neue Präsident des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes, Green, als Nachfolger Gompers zum Präsidenten des Pan-Amerikanischen Gewerkschaftsbundes gewählt. Bei dieser Gelegenheit hielt der Vorsitzende der Arbeitervereine in Venezuela, B. Suarez, eine Rede, in der er u. a. sagte, die Gewerkschaftsbewegung werde in Venezuela so behindert, daß die Ergebnisse in Washington ihre Arbeiten verrichten müßte. In Venezuela gibt es keine gewerkschaftlichen Aktionsmöglichkeiten, keine Vereins-, Versammlungs- und Pressefreiheit. Angesichts seiner gewaltigen natürlichen Reichtümer, seiner ausgebreiteten Goldfelder, Raffas- und Südrüchteleplantagen sowie eines Oelvorkommens, das demjenigen Mexikos an die Seite gestellt werden kann, ist das Land ein Opfer plumpster kapitalistischer Ausbeutung geworden, und zwar besonders durch amerikanische Finanzgruppen.

Volkspartei gegen Sonntagsruhe. Im Breuhühnen Landtag ist eine volksparteiliche kleine Anfrage eingebracht worden, die sich gegen die Bestrebungen wendet, im photographischen Gewerbe die vollständige Sonntagsruhe einzuführen.

Wahlung, Fabrikarbeiter, Chemische Industrie! Heute abend 7 Uhr im Arbeiterklub des Fabrikarbeiterverbandes, Engelsdamm 21-23, Deutscher Arbeiterklub der chemischen Industrie, Zutritt bei nur der Obman des Betriebes unter Beteiligung des Betriebsrates und seiner Organisation.

Anteilnehmer der Angehörigen. Heute abend 8 Uhr im Arbeiterklub des Arbeitervereins, Engelsdamm 21-23, Deutscher Arbeiterklub. Die Kollegen aller Hochgruppen sind zu dieser Veranstaltung geladen. Eintrittskarten zum Preise von 30 Pf. sind an der Abendkasse erhältlich.

WZV-Funktionäre der Metallindustrie. Die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß werden am Sonntag, den 20. April, stattfinden. Am gleichen Tage findet abend 7 1/2 Uhr wiederum eine WZV-Funktionärerversammlung im Arbeiterklub statt. Die Mitglieder des Metallkartells treffen sich bereits um 6 1/2 Uhr im gleichen Versammlungssaal. Die wichtige Entscheidung zu treffen sind, nach bestimmtem Ergebnis aller WZV-Funktionäre erwartet.

WZV-Funktionäre! Schlichter, Deutscher Arbeiterklub, Engelsdamm 21-23, Deutscher Arbeiterklub. Heute abend 7 Uhr Funktionärerversammlung. Am Sonntag morgen 19. April, 10 Uhr, Schlichtungsausschuß über die Verhandlungen betreffend Arbeitervertrags vom 16. April 1925. Beide Versammlungen finden bei Schlichter, Engelsdamm 21, Deutscher Arbeiterklub statt. Eintrittskarten sind erhältlich. S. A. Bongemann.

(Gewerkschaftliches siehe auch 1. Beilage.)

Verantwortlich für Inhalt: Ernst Reuter; Schriftföhrer: Arthur Cohnen; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Schöler; Funktionäre: Dr. John Schmalz; Sekretär und Schriftföhrer: Fritz Kersch; Angliederter: Familie in Berlin; Berlin: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag und Verlagsanstalt Carl Singer & Co., Berlin. Preis 20 Pf. (Einsendungsbeitrag 2 Pf.) 2 Beilagen und „Nachschlagung und Wissen“.

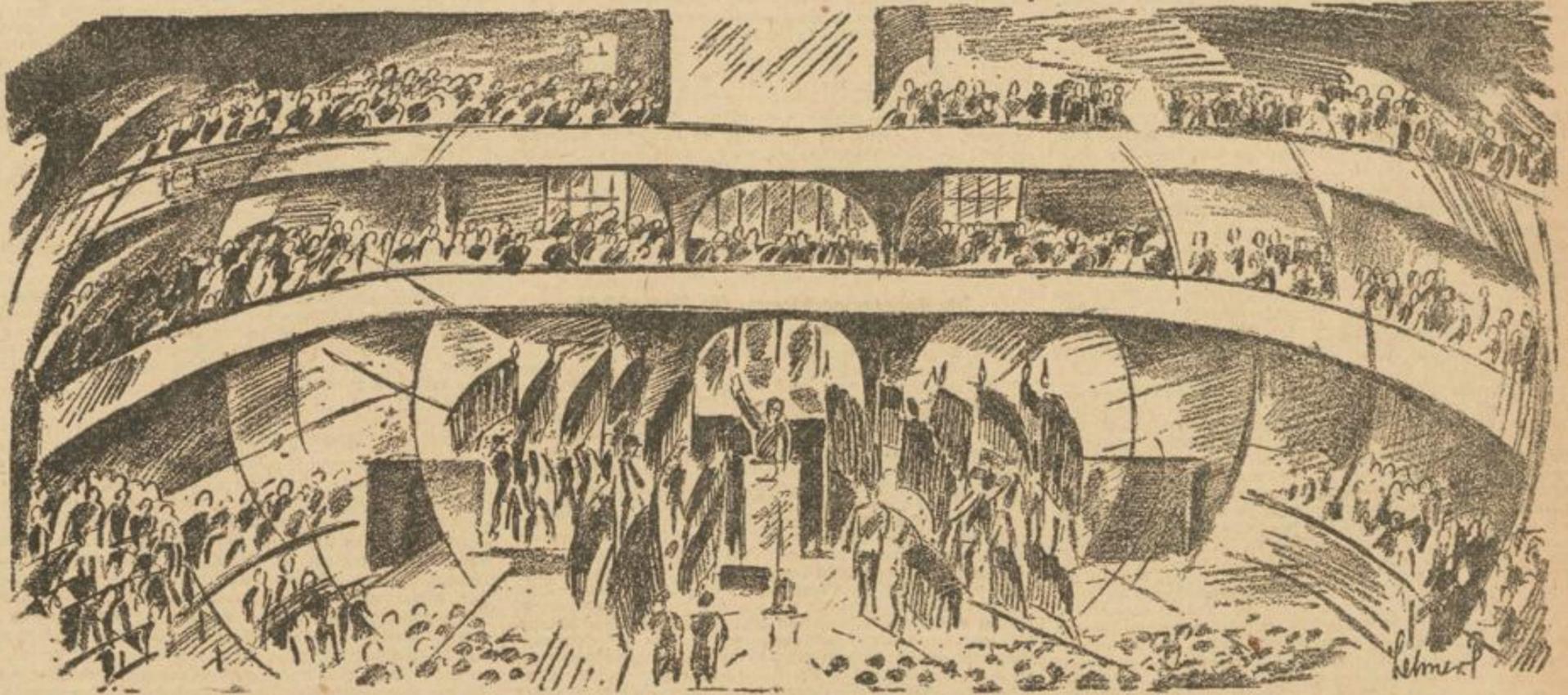
# BILLIGE ANGEBOTE

Mengenrabatte vorbehalten

<b>Damen-Frühj.-Mäntel</b> 9 <sup>75</sup> gew. Covercoat od. Donegal... 29 <sup>50</sup> 19 <sup>75</sup>	<b>Kasak</b> 4 <sup>75</sup> aus kunstseidenem Trikot, in schönen modernen Farben	<b>Kunstseiden-trikot</b> 5 <sup>90</sup> 140 cm breit, extra schwere Qualität, Meter	<b>Leibchenhosen</b> 1 <sup>75</sup> für 3-8 Jahre, aus kräftigen Buckleinstoffen, in guter Ausführung, ..... für ca. 3 Jahre Walters Größen 25 Pf. mehr	<b>Sandalen</b> 4 <sup>60</sup> Braun Leder, mit Doppelsohle, gute Fabrikat 36-42 31-35 27-30 25-28
<b>Damen-Regen-Mäntel</b> 19 <sup>75</sup> aus guten, imprägnierten Covercoatstoffen .....	<b>Kasak</b> 5 <sup>50</sup> aus gutem Vollwolle, mit Blenden u. farbiger Garnierung gut ausgeführt...	<b>Crêpe-Schotten reine Wolle</b> 3 <sup>50</sup> 100 cm breit..... Meter	<b>Trägerhosen</b> 2 <sup>75</sup> für 9-14 Jahre, aus kräftigen Buckleinstoffen, in guter Ausführung, ..... für ca. 9 Jahre Walters Größen 25 Pf. mehr	<b>Tennisschuhe</b> 4 <sup>20</sup> weles Segeltuch, mit Gummisohlen ..... 45-46 4 <sup>00</sup> 36-42
<b>Damen-Jacke-Kleider</b> 39 <sup>50</sup> aus hellen oder dunklen Stoffen... 59 <sup>00</sup> 49 <sup>50</sup>	<b>Damen-Schlüpfer</b> 95 aus gutem Trikot, in vielen Größen und Farben..... Pf.	<b>Imitiert Kleiderleinen</b> 98 einfarb., in viel. Farben, Mtr. Pf.	<b>Deckbett-bezüge</b> 5 <sup>95</sup>	<b>Herrn-Gummimäntel</b> 18 <sup>00</sup> Schlüpferform, 42" 28" viele mod. Farb.
<b>Damen-Wolikleider</b> 6 <sup>75</sup> in apertem Macharten 12 <sup>75</sup> 9 <sup>75</sup>	<b>Damen-PrinzeBröcke</b> 2 <sup>75</sup> moderne Jumperform... 3 <sup>75</sup> 3 <sup>25</sup>	<b>Füßlinge</b> 28 grau und beige, mit verstärkter Spitze und Ferg..... Paar Pf.	<b>Reinleinen-Tischtücher</b> 6 <sup>95</sup> 130 x 190 cm .....	<b>Herrn-Windjacken</b> 11 <sup>00</sup> komp. prakt. robuste geg. Wind u. Wetter 26 <sup>00</sup> 12 <sup>70</sup>
<b>Damen- u. Herren-Sportwesten</b> 6 <sup>90</sup> reine Wolle, einfarbig und gemustert.....	<b>Blusen-Schoner</b> 3 <sup>90</sup> reine Wolle, weiß und farbig	<b>Damen-Strümpfe</b> 58 mit Doppelsohle und Hochferse, schwarz u. farbig Paar Pf.	<b>Jumper-Schürzen</b> 1 <sup>15</sup> läßt Kettlinie und Water... Pf.	<b>Wiener Schürzen</b> 1 <sup>45</sup> in Water und hunt Kreuze...

# HERMANN TIETZ

# Der Volksblock rief . . .



## Der Aufmarsch in den Straßen.

Schon in den frühen Nachmittagsstunden zeigte sich gestern das gewohnte Bild der unteren Potsdamer Straße stark verändert. Unaufhörlich marschierten mit Gesang starke Kameradschaften des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold mit wehenden Fahnen heran. Stürmisch begrüßte das Publikum, das links und rechts den Fahrdamm säumte, die Anmarschierenden. Die Schar, tatkräftig unterstützt von Reichsbannerleuten, sorgte für eine glatte Abwicklung des Menschenstromes. Berlin sah als Hauptstadt der Deutschen Republik viele und gewaltige republikanische Kundgebungen. Aber was sich gestern in der Potsdamer Straße abspielte, läßt sich in Worten kaum ausdrücken. Bereits kurze Zeit, nachdem der Sportpalast seine Pforten geöffnet hatte, war er überfüllt. Und noch lange nach der polizeilichen Sperre des Haupteinganges versuchte das immer wieder andrängende Publikum, durch die Seiteneingänge sich Eintritt zu verschaffen. Vergeblich! Es bleibt nichts weiter übrig, als im Vorgarten Aufstellung zu nehmen. Inzwischen ist der Zeiger der Uhr vorgerückt. Er zeigt die achte Abendstunde an, und noch immer will der Insturm kein Ende nehmen. Schupo und Reichsbanner versuchen den Nachdrängenden, daß Marx auch vom Balkon sprechen wird. Hochrufe auf den Kandidaten des Volksblocks, die sich orkanartig fortpflanzen. Bald aber ist auch der Vorgarten überfüllt. Jetzt wird die Straße in Anspruch genommen. Und während draußen die Menge wie eine Mauer dicht gedrängt nebeneinander steht, ergreift im weiten Raume des Sportpalastes der erste republikanische Redner das Wort. . . .

## In der Kriesenhalle.

Der Volksblock rief und alle, alle kamen! Noch lag nicht über dem Kriesenstein Berlins das nächste Dunkel, noch wurden seine Straßenränder nicht von Lichtern durchhellt, noch waren die Kontore und die Werkstätten nicht geschlossen, die Federhalter und die Werkzeuge nicht beiseite gelegt — da öffneten sich die gewaltigen Tore des Sportpalastes, der nun bereits nachgerade zum Haus der Republik geworden ist. In dessen Reichsbanner von Anfang an in bewundernswürdiger Disziplin Ordnungsdienst versah, stürmten die Massen in das noch halbdunkle Haus, besetzten den Saal, den ersten Ring, den zweiten Ring, die Seitengalerien und alle freien Plätze vor und hinter dem gewaltigen Rednerpodium. Bald war der Kriesenbau überfüllt, so daß weiteren Besuchern kein Einlaß mehr gewährt werden konnte. Das Bild, das sich bot, ist so nun kein neues mehr, da bereits oftmals die Kundgebungen vorlag, die Anhänger der Republik aufzurufen, um den republikanischen Gedanken in seiner ganzen Größe zu demonstrieren. Aber gestern Abend war der Eindruck von seltener Zuvorsicht, man könnte beinahe sagen, von einer gewissen Festlichkeit. Der Proletarier sah neben dem Bürger, der Mann, der den ganzen Tag über am Schraubstock gewirkt hat, neben dem geistigen Arbeiter, die Frau aus der arbeitsamen Wohnung des Berliner Nordens neben der Bewohnerin behaglicherer Räume. Ein Gemeinsames führte diesmal alle zusammen, und der Geist williger Gemeinsamkeit, die das Notwendige, auch wenn es nicht sofort zum letzten Ziele führt, gern zusammenführt, lag über der Versammlung. Am Ende des Saales war ein langes und breites Podium aufgebaut, dessen Mitte vom Orchester eingenommen wurde. In den Seiten standen harmonisch schließende Säulen. Vor dem Podium ein langer Presserisch, außerdem eine Anzahl Plätze, die vorläufig für die Redner des großen Abends frei blieben. Und Schwarz-Rot-Gold! Von den Seitenbänken, an den Eingängen, vorn, hinten, am Rednerpult, das beim Orchester untergebracht worden war, überall grüßten die Farben der deutschen Nation. Am Ende des Saales, nicht nur symbolisch, sondern auch außerordentlich aufheißend wirkend, das Reichswappen. Auch in der Masse selbst pulsierte jenes rege Leben, das uns immer und immer wieder beweist, daß die Deutschen durchaus nicht so unpolitisch sind, wie ihre Verführer uns gern glauben machen möchten.

Zur sinnentprechenden Ausgestaltung des Saales trugen auch die zahlreichen angeschlagenen Plakate bei, teilweise zeigten sie den Kopf von Marx als den Träger der republikanischen Idee, zum Teil waren es Triplakate, die zur Entscheidung über die Frage „Kriegsgeneral oder Friedenspräsident“ aufriefen. Punkt 8 Uhr durchdröhnte stürmischer, immer und immer wieder neuauflaubender Beifall, so sogar heller Jubel das Haus: durch die vom Reichsbanner gebildete Ehrenkette schritt mit dem Demokraten Erkelenz und dem Sozialdemokraten Hermann Müller Reichsanwalt a. D. Wilhelm Marx, unser Präsidentschaftskandidat, dem Rednerpodium zu. Stühle wurden entzogen, Bänke erklettert, weit lehnte man sich auf den Galerien über die Brüstungen, alles drängte sich, um den kommenden Führer zu sehen und zu begrüßen. Der dankt lächelnd, befindet sich bald in regem

Gespräch mit seinen Begleitern und bleibt so ruhig bis zum eigentlichen Beginn der Versammlung auf seinem Platz sitzen, daß die vielen Photographen eine helle Freude haben. Wohl ein Dutzend mal durchzuckte und durchschredte auch Blitzlicht den Bau. Und dann, auf die Sekunde um 8 Uhr, intonierte die Musik den Reichsbannermarsch, während eine Abordnung des Reichsbanners selbst mit schwarzrothgoldenen Fahnen, Standarten und Wimpeln festlichen Einzug hält. Wieder endloser Jubel — ein Augenblick, so schön, so erhaben, so hoffnungsvoll stimmend, daß er kaum zu beschreiben ist. Rechts und links vom Podium nehmen die Bannerleute Aufstellung, dort verbleiben sie während der ganzen Veranstaltung, die sich ungestört und in schnellem Tempo abwickelt. Mit heller Stimme spricht nach der Begrüßung des Gausvorsitzenden Theodor Hardt einen Prolog, dann ergreift Hermann Müller für die Sozialdemokraten das Wort, Anton Erkelenz spricht für die Demokraten und Reichsanwalt a. D. Wilhelm Marx für uns alle. Sämtliche Redner wurden häufig von lebhaftem Beifall unterbrochen, stürmisches Händeklatschen und Bravourrufen bewies der Hörer Zustimmung stets am Ende, ungeheuerlich aber war der Jubel, nach dem Marx geendet hatte. Immer wieder jubelten die Massen „Marx“ und klatschten unaufhörlich in die Hände. Die Musik, die Variationen über das Deutschlandlied intonierte, machte alles verstummen. Stolz verließ die Fahnenkompanie des Reichsbanners die Arena. Stürmisches Jubel erklangen die schwarzrothgoldenen Farben abermals. Langsam leerte sich der Sportpalast, während unaufhörlich Hochrufe auf unseren Präsidentschaftskandidaten ausgedrückt wurden.

## Vor dem Sportpalast.

Um 8 1/2 Uhr war der große Vorgarten sowie die gesamten anliegenden Straßenzüge von gewaltigen Menschenmassen dicht gefüllt. Zehntausende warteten auf die Ansprachen, die vom Balkon, der mit schwarzrothgoldenen Fahnen festlich geschmückt war, an die draußen versammelten Massen gehalten werden sollten. Als kurz nach 8 Uhr der republikanische Präsidentschaftskandidat Wilhelm Marx inmitten eines Kreises faheltragender Reichsbannerleute auf dem Balkon erschien, brach die Menge spontan in Ovationen aus. Oft von stürmischer Begeisterung unterbrochen wandte sich Marx gegen die Zerfleischungspolitik der Nationalisten, die so antinational wie nur irgend möglich war. Wir lassen uns, so führte Marx mit erhobener Stimme aus, die Weimarer Verfassung und die demokratische Republik von niemandem mehr rauben. Ich schwöre es Ihnen, daß ich aus innerster Überzeugung diese demokratische Verfassung des Volksstaates mit allen Fasern meines Herzens verteidigen und hüten werde. Wählen Sie am 26. April so, wie es die Stimme Ihres Gemüses und Ihrer Vernunft verlangt. (Minutenlanges Beifall.) Genosse Müller-Franken, von den Massen ebenfalls mit lautem Jubel begrüßt, wandte sich gegen die Katastrophopolitik großer wahn sinniger Kadetten, die man dem deutschen Volke aufzuzwingen wollte. Wir werden die Republik zu verteidigen wissen. Welche Dem, der sie anzutasten wagt. Die Thälmann-Kandidatur der Kommunisten ist eine direkte Unterstützung des Monarchisten Hindenburg, und nur aus der verbogenen Perspektive fanatischer Verblendung überhaupt irgendwie verständlich. Der 26. April, er muß zu einer vernünftigen Niederlage der reaktionären Intriganten werden. Darum wählen die Republikaner Wilhelm Marx! (Stürmischer Beifall und Händeklatschen.) Der Demokrat Erkelenz führte aus, daß es am Wahltage darum gehe, Deutschland vor der Diktatur der 24 000 Großgrundbesitzer zu bewahren. Das ostelbische Junkertum und die Schwerindustrie werden sich die Zähne ausbeißten, wenn sie gegen den Turm der Republik anstürmen sollten. Wir gönnen Hindenburg die Ruhe seiner Pension und wollen ihm daher durch die Wahl von Wilhelm Marx die aufregenden Umzugskosten nach Berlin ersparen. Wer Hindenburg lieb hat, wählt Marx! (Stürmische Heiterkeit und Händeklatschen.) Unter dem Gesang republikanischer Lieder stuzten die Massen in die Potsdamer Straße zurück, die einem wogenden Menschenmeere glich. Trotdem Rechts- und Linksradikale versuchten, durch Zwischenrufe Unruhe anzustiften, ist es zu keinem Zusammenstoß von Belang gekommen.

Nach gegen 11 Uhr war die Potsdamer Straße dicht belebt.

Die große Kundgebung der republikanischen Jugend für Wilhelm Marx findet am Sonntag, den 19. April, statt. Als Redner sind gewonnen: Dr. Friedländer (Soz.), Dr. Weber (Z.), Frau Dr. Gertrud Bäumer, M. d. R., und Ernst Lemmer, M. d. R. Der Eintritt ist nur gegen Karten gestattet, die an folgenden Stellen unentgeltlich zu haben sind: Geschäftsstelle des Jungdemokratischen Verbandes, Bernburger Str. 18, der Bindhorst-Bünde, Französische Str. 62, sowie in sämtlichen Wästein- und Wölfe-Fässeln. Zur Kundgebung sind alle Freunde der Republikanischen Jugend, auch ältere, eingeladen.

## Ein Jahrestag.

Vor etwa Jahresfrist trat an Stelle der Emmingerischen Revisionsordnung vom Januar 1924 eine abgeänderte Gerichtsverfassung in Kraft. Sie hatte den Schwurgerichten endgültig den Garaus gemacht — ausgehört hatten sie eigentlich schon im Januar, als durch die „Spar“-Verordnung „Rei“-Gerichte eingeführt wurden. Die neuen Schöffengerichte, bestehend aus drei Richtern und sechs Schöffen, wurden trotzdem ungerechtfertigterweise offiziell und in der Presse auch weiter als „Schwurgerichte“ bezeichnet — ein beschämendes Zeichen der Zeit, in der die Oberflächlichkeit im Denken und Fühlen ruhig Bezeichnungen hinnimmt, die inhaltlos und sinnwidrig sind.

Emmingers „Schwurgerichte“ besaßen keines der Merkmale der wahren Schwurgerichte: die „geschworenen“ Richter schufen nicht mehr Recht aus den Tiefen ihrer Menschlichkeit heraus. Sie besaßen dafür aber alle Nachteile der Schöffengerichte. Die Laien bildeten nur noch Anhängel der autoritativ handelnden gelehrten Richter, mit denen sie nun gemeinsam den Buchstaben des Gesetzes in Anwendung brachten. Die „Lai“ feierte ihre traurigen Triumphe über den Lächer. Es gab aber für die Urteile der Emmingerischen „Schwurgerichte“ im Gegenlag zu den üblichen Schöffengerichten, von denen sie sich im übrigen nur dadurch unterschieden, daß sie sich noch größere Verantwortung in bezug auf das Sein oder Nichtsein ihrer Mitbürger ausfluden, auch keine Berufung. Ihr Urteil war endgültig, mochte es juristisch wie menschlich noch so fragwürdig sein. Alle Versuche der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages, die Emmingerischen Gerichte rückgängig zu machen, sind bis zurzeit erfolglos geblieben. Seine Nachfolger haben sich von den unheilvollen Wirkungen der neuen Schwurgerichte noch nicht überzeugen können. Daß die früheren wahren Schwurgerichte, bei der Rückständigkeit unseres Strafrechtbuchs und der beruflichen Ueberheblichkeit einzelner Richter, ein notwendiges Regulativ waren, davon wollen sie nichts wissen. Daß die Todesurteile, die auf Grund des Wortparagrafen, der den Tod als einzige Sühne kennt, sich ungeheuerlich gehäuft haben, schert sie wenig. Daß jung und alt wegen geringfügiger Meineide, die früher ohne weiteres zum Freispruch geführt hätten, nun ins Zuchthaus kommen, macht auf sie nur geringen Eindruck. Was tut es zur Sache, daß Berufs- und Laienrichter nicht selten selbst die Ungerechtigkeit ihres eigenen Urteils bitter empfinden? — Das Gesetz muß angewandt werden. Die Statistik des Jahres 1924/25 wird darüber Aufschluß geben, um wie vieles die Zahl der Todesurteile und der Zuchthausstrafen im Vergleich zum Vorjahre gestiegen ist und um wie viel die Zahl der Freisprüche sich verringert hat.

Der jetzige Reichsjustizminister Dr. Frenken hat neuerdings im Reichstage erklärt, man müsse die Resultate der Emmingerischen Reform noch abwarten. Kenn man es verantworten, wenn junge Menschenleben zerstört und in der Gemeinschaftsarbeit des Zuchthauses selbst zugrunde gerichtet werden? Es wäre nur zu beargwöhnen, wenn alle Schöffen und Verteidiger aus dem ganzen Reiche alle die Fälle, in denen die Ungerechtigkeit der Urteile besonders trotz jütage treten, in einer Sammelstelle niederlegen würden, damit auf diese Weise ein überwältigendes Material als Beweis für die Unhaltbarkeit der Emmingerischen Revisionsordnung herbeigeschafft würde. Daß aber die große Masse mit so großer Ruhe diese neue Entdeckung hienahm, daß es sich nicht in stürmischen Versammlungen gegen diesen Gewaltstreich auflehnte, liefert einen neuen Beweis dafür, wie wenig Verständnis für die Bedeutung der Straffurteil in den breiten Massen der Bevölkerung vorhanden ist. Am Todestage der deutschen Schwurgerichte darf jedoch ein Wunsch nicht unterdrückt werden. Man lege doch endlich ein, daß es in Deutschland keine Schwurgerichte mehr gibt, und hore auf die Schwurgerichte zu profanieren, indem man die Emmingerischen Schöffengerichte als solche bezeichnet.

## Zählung im Stadt-, Ring- und Vorortverkehr.

Am Donnerstag, den 7. Mai, wird auf den Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen eine besondere eingehende Verkehrsählung unter Zuhilfenahme besonderer Zählarten vorgenommen werden. Diese Zählung soll der Reichsbahn im Interesse des reisenden Publikums eine klare und genaue Bild über die Verkehrslage schaffen. Sie steht mit einer Erhöhung von Fahrpreisen in keiner Verbindung, vielmehr sollen aus ihr die Belastungen der einzelnen Stationen und Strecken zu bestimmten Zeiten, die Tageschwankungen im Verkehr, die Uebergangsverkehr von Ring- und den Vorortstrecken zur Stadtbahn und umgekehrt, die Verkehrsbeziehungen der einzelnen Stationen und Strecken untereinander u. a. genau erkannt werden, um auch für die spätere elektrische Inbetriebnahme der Stadt-, Ring- und Vorortbahnen genaue Unterlagen zu erhalten. Eine Verkehrsählung ist bei der Reichsbahn wegen der Räumigkeit der Fahrpläne mit erheblichen Schwierigkeiten verknüpft als bei den Hoch- und

Untergrundbahnen, wo derartige Erhebungen ständig auf Grund der Vorzeichen der abgenommenen Fahrkarten vorgenommen werden. Die Zählung wird bei der Reichsbahn so vorgenommen, daß am Tage der Zählung jedem Reisenden beim Passieren der Sperre der Reisentrittsstation neben seinem Fahrausweis eine besondere Zählkarte ausgehändigt wird, die der betreffende Reisende an der Sperre der Zielstation — also nach Beendigung der ganzen Fahrt — abzugeben hat. Die Zählkarte selbst ist in drei Sorten eingeteilt. Es werden je besondere Karten für Monatskarten, für Wochenkarten und für Einzelfahrkarten ausgegeben. Je nach der Streckenlänge des Bahnstabs haben die Zählkarten ihre besondere Farbe, auf ihnen ist die Strecke selbst durch einen großen Buchstaben und der betreffende Bahnhof mit seiner Nummer angegeben. Sollten sich durch die besondere Ausgabe von Zählkarten an den Sperren der Bahnhöfe mit großem Verkehr wider Erwarten kleinere Verzögerungen in der Flüssigkeit nicht vermeiden lassen, so wird das reisende Publikum gebeten, diese mit Ruhe und Besonnenheit der Sache wegen hinzunehmen. Die Reichsbahndirektion Berlin bittet die Reisenden, die Zählung durch williges Einhalten der auf allen Bahnhöfen aushängenden Bestimmungen zu unterstützen.

### Die Unterschlagungen bei der Hauptfundstelle. Polizeioberinspektor und seine Freunde unter Anklage.

Die fortgesetzten Unterschlagungen bei der Hauptfundstelle des Polizeipräsidiums fanden gestern vor dem erweiterten Schöffengericht Mitte unter Vorsitz von Amtsgerichtsrat Liebig ihre gerichtliche Aburteilung. Auf der Anklagebank erschienen der Polizeioberinspektor Friedrich Gaul, der Polizeisekretär Richard Schmalz, der Amtshilfs Friedrich Böh und der Polizeibeamte Gustav Fischer.

Es handelte sich um eine ganze Reihe von Unterschlagungen von Fundgegenständen, insbesondere von Geldern, sowie um die Erhebung höherer Verwaltungsgebühren und die Eintragung größerer Forderungen, als tatsächlich vereinnahmt worden sind. Durch falsche Eintragungen sind die Verurteilten verurteilt worden. Gaul und Schmalz, die beiden Hauptbeteiligten, sind geständig, sie waren betrunken, Trinkumpans und Säuer, Schmalz außerdem großer Liebhaber von Frauen. Teils gemeinsam, teils allein haben sie große Trinkgelage veranstaltet und Orgien gefeiert. Wenn das Geld ausging, haben sie sich aus der Kasse des Fundamtes und aus den abgelieferten Fundgegenständen neue Mittel geholt. Oft wurde die Sache so gemacht, daß Schmalz von den Deuten zwei Quittungen bei der Aushändigung der Fundgegenstände unterschreiben ließ. Auf dem dem Abholer ausgehändigten Formular waren die Gegenstände richtig angegeben; auf dem zweiten Formular, das als Durchschlag zurückblieb, waren aber auch noch andere Funde mit aufgeführt. Der Angeklagte Schmalz dagegen behauptete, daß Gaul der Anreger gewesen sei, indem er sagte: „Wir können uns auf leichte Weise Geld verschaffen.“ Er gibt auch zu, daß der Verstoß für Alkohol und für Wein er durchgebracht worden ist. Die Verletzungen des Mitangeklagten Böh erstrecken sich nur darauf, daß er mit Gaul und Schmalz zusammen drei Flaschen Sekt, die im Keller als ein Fund aufbewahrt wurden, ausgetrunken habe. Gaul habe ihm eines Tages die Weisung gegeben, eine Flasche Sekt zu öffnen. Es sei auch eine Frau dabei gewesen. Der Angeklagte will der Meinung gewesen sein, daß Gaul berechtigt war, darüber zu verfügen. Gaul und Schmalz müssen auch zugeben, daß sie sich gegenseitig unterstützt haben, um die Unterschlagungen bei vorkommenden Revisionen zu decken. Medizinalrat Dr. Störmer hat eingehende Untersuchungen über die Trinkgewohnheiten Gauls vorgenommen. Er bezeichnet ihn als einen chronischen Trinker. In seinem Bureau hatte er ständig Schnapsflaschen stehen, und er hat sich auch degradiert, indem er mit Untergeordneten zechte. Vorher war Gaul Direktor des Polizeigefängnisses und hat auch da sich mit den Untergeordneten derartig eingelassen, daß er aus dem Gefängnis eine Art Fiebermaus-Betrieb machte. Er kam dann in den Verdacht, der Entweichung eines Einbrechers Vorlauf geleistet zu haben. Die Disziplinaruntersuchung verfiel jedoch glimpflich, und er wurde nur verurteilt. Trotz aller Begehrte hat Gaul die Fähigkeit beibehalten, seinen Posten voll auszuführen. Er war daher durch die Trunksucht nicht derartig verkommen, daß er für seine Taten nicht verantwortlich gemacht werden konnte. Der wertige Angeklagte, Fischer, wird beschuldigt, in 22 Fällen sich strafbar gemacht zu haben, indem er höhere Verwaltungsgebühren für ausgehändigte Fundgegenstände und höhere Forderungen erhob und die Differenz für sich verwendet hatte. Im ganzen soll er auf diese Weise 46 Mark in die Tasche gesteckt haben. Der Angeklagte erklärte sich für unschuldig, er habe keine Unterschlagung begangen und könne sich zu den einzelnen Fällen nicht äußern. Es sei ja möglich, daß er gelegentlich infolge Arbeitsüberlastung eine irrtümliche Eintragung gemacht habe, aber das sei nie bewußt geschehen. Allerdings habe es sich manchmal nicht umgehen lassen, Trinkgelde anzunehmen, obwohl das verboten war.

Diese Beträge habe er aber an Gaul abgeführt, der ihn dazu aufgefordert hatte, weil er verschiedene Posten zu dessen hatte. Gaul gab auch zu, daß er etwa 7—10 Mark von Fischer erhalten habe, aber niemals 46 Mark. Nachdem die Angeklagten Gaul und Schmalz erklärt hatten, daß Fischer von ihren Verfehlungen keine Kenntnis gehabt habe, wurde auf Antrag der Verteidiger der Anklagefall Fischer abgetrennt, um nachher besonders verhandelt zu werden. Staatsanwaltschaftsrat von Spenda beantragte gegen Polizeioberinspektor Gaul eine Gesamtstrafe von 1 Jahr 9 Monaten Gefängnis, gegen Polizeisekretär Schmalz 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und bei dem Angeklagten Böh Freisprechung.

Das Gericht erkannte den Polizeioberinspektor Gaul und den Polizeisekretär Schmalz schuldig, der schweren und einfachen Amtsentsetzung, der schweren Urkundenfälschung und gegenseitiger Begünstigung und erkannte unter Jubilation mildernder Umstände gegen Gaul auf 1 Jahr 9 Monate Gefängnis, gegen Schmalz auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Beiden Angeklagten wurden fünf Monate Untersuchungshaft angedroht. Ein Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls wurde abgelehnt. Der Angeklagte Böh wurde freigesprochen. In den Urteilsgründen wurde betont, daß es in hohem Maße bedauerlich sei, wenn Beamte an der Spitze der Verwaltung ihre Stellung in so schamloser Weise mißbrauchen. Trotzdem hat das Gericht mildernde Umstände zugebilligt, weil Gaul eine minderwertige Persönlichkeit sei und neue empfinde. Schmalz habe im Kriege den Arm verloren und sei durch den älteren Vorgesetzten verführt worden.

### Die Fahrpreiserhöhung für Jugendliche. Ein Protest der deutschen Jugendverbände.

Der Ausschuss der deutschen Jugendverbände teilt mit: „Der Ausschuss der deutschen Jugendverbände als Vertreter von 69 Reichsjugendverbänden, die mehr als 3 1/2 Millionen Mitglieder aller Weltanschauungen und Richtungen umfassen, hat gegen die Erhöhung der Reichsbahngesellschaft, die Fahrpreiserhöhung zugunsten der Jugendpflege von 50 Proz. auf 33 1/2 Proz. herabzusetzen, entschieden Einspruch bei der Reichsregierung und bei allen Fraktionen des Reichstages erhoben. Der Ausschuss der deutschen Jugendverbände hat mit großem Befremden festgestellt, daß die Reichsbahngesellschaft der deutschen Jugend ein jahrelang gewährtes soziales Recht genommen hat, ohne es für nötig befunden zu haben, mit den Vertretern der deutschen Jugendverbände sich vorher ins Benehmen zu setzen. Alle gesundheitsstatistischen Erhebungen der Nachkriegszeit bezeugen immer wieder die dringende Notwendigkeit, daß die Jugendlichen aus den Großstädten durch Wanderungen und Freizeiten auf das gesündere Land geführt und dadurch in ihrer Widerstandskraft gefestigt werden müssen. Andererseits wird durch die Wanderungen und Fahrten ein nicht abzuschätzender geistiger und seelischer Gewinn der Jugendlichen erzielt, die dadurch Land und Leute, Natur und Kultur kennen lernen. Gerade die großstädtische Jugend bedarf dieser Fahrten besonders, da nur auf ihnen das in der Stadt nicht zu erzeugende Heimatgefühl und die Vermurzung mit unserem deutschen Volk und Vaterland erweckt werden können.“

### Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 18. April.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:  
8.35 Uhr nachm.: Hans-Bredow-Schule. (Abteilung Bildungskurse). Sprachunterricht: Direktor Julius Glöck: „Esperanto“.  
9.30 Uhr nachm.: Jugendbühne. Leitung: Alfred Braun. Prinz Friedrich von Homburg. Ein Schauspiel von Heinrich v. Kleist. Friedrich Wilhelm, Kurfürst von Brandenburg; Die Kurfürstin; Prinzessin Natalie von Oranien, seine Nichte, Chef eines Dragonerregiments; Feldmarschall Dörfling; Prinz Friedrich Artur von Homburg, General der Reiterei; Obrist Kottwitz, vom Regiment der Prinzessin von Oranien; Hennings und Graf Truchsess, Obersten der Infanterie; Graf Hohenzollern, von der Suite des Kurfürsten; Rittmeister von der Goltz; Graf Georg v. Sparran, Stranz, Siegfried v. Mörrer, Graf Rüdiger, Rittmeister; Ein Wachtmeister; Offiziere, Korporale und Reiter, Hofkavalier, Hofdamen, Pagen, Heideucken, Bedienten, Volk jeden Alters und Geschlechts.  
6.40 Uhr abends: Generaloberarzt Dr. Cornelius: „Die Nervenzusammenhänge“.  
7.15—8.15 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule. (Abteilung Hochschulkurse). 7.15 Uhr abends: Professor Dr. Gustav Leithäuser: „Ueber die Empfangstechnik der drahtlosen Telegraphie und Telephonie“.  
7.50 Uhr abends: (Abteilung Bildungskurse). Literatur und Kunst: Dr. Richard H. Stein: „Einführung in die russische Musik“.  
8.30 Uhr abends: Funkrevue in sechs Hörbildern. Das hat Berlin noch nicht gehört! 200 Mitwirkende. Zwei Dirigenten. Zwei Orchester. Massenchor. Nie gehörte Ausstattung. Ein Ensemble von Funkstars. Anschließend: Dritte Bekannthatgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wettordienste, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30—12 Uhr abends: Tanzmusik.

Nachdem die Herabsetzung der Fahrpreiserhöhung am 1. April d. J. stattgefunden hat, zeigt sich, daß der von der Reichsbahndirektion durch die Erhöhung erhoffte Mehrgewinn nicht eintreten wird, da die wenig oder nichts verdienen Jugendlichen jetzt weniger als zuvor in der Lage sind, weite Fahrten mit der Eisenbahn zu machen. Die zu Ostern abgehaltenen Jugendtagungen und Kurse haben erwiesen, daß die Teilnehmerzahl an diesen Veranstaltungen durch die Verteuerung des Fahrgeldes stark abgenommen hat. Dadurch ist auf der einen Seite der Reichsbahngesellschaft ein Gewinnausfall entstanden, und auf der anderen Seite sind Jugendliche verhindert worden, aus den Städten hinaus in die Natur zu wandern. Der Ausschuss der deutschen Jugendverbände als Ausgabestelle der Berechtigungscheine zur Erlangung der Fahrpreiserhöhung hat beobachtet, wie die Fahrpreiserhöhung von 50 Proz. auf die Ortsgruppen der Verbände in zunehmendem Maße anreizend wirkte, größere Fahrten durch Deutschland zu machen. Jetzt werden das für die Gesundheit unseres Volkes unbedingt wichtige Jugendwandern und das dieses unterstützende Jugendherbergwesen durch die bevölkerungspolitisch unverständliche Maßnahme der Reichsbahngesellschaft auf das stärkste bedroht. Es ist klar, daß in den zurückbleibenden Jugendlichen ein vielleicht nicht wieder gänzlich zu beseitigendes Gefühl der Erbitterung entsteht gegen das unsoziale Verhalten einer öffentlichen Körperschaft und damit zugleich gegen den Staat.

Die Folge der Beschränkung des Jugendwanderns infolge der Herabsetzung der Fahrpreiserhöhung wird sein, daß ein Teil der Jugendlichen nicht mehr den Gefahrenquellen ungewöhnlicher Beschäftigung in ihrer Freiheit entzogen werden können und leichter der Verwahrlosung anheimfallen, als wenn sie in Gemeinschaft von Kameraden hinauswandern können und gestärkt an Leib und Seele heimkehren. Die in der Jugendwohlfahrt allgemein bekannte Erkenntnis, daß Vorbeugen besser, billiger und bevölkerungspolitisch weiser ist als Heilen, hat sich die Reichsbahndirektion bedauerlicherweise nicht zu eigen gemacht.“

### Karl Fischers letzter Weg.

Im Wilmersdorfer Krematorium haben wir gestern nachmittag von unserem Karl Fischer Abschied genommen. Im die Witwe und die Verwandten unseres jäh verstorbenen Mitarbeiters gruppierten sich neben anderen seiner Freunde die Kollegen vom „Vorwärts“, unter ihnen sein ältester, nun schon im Ruhestand lebender Verlegerkollege G. Reine. Der Sarg verschwand unter Blumen, Kränzen und letzten Worten der Liebe und Kollegialität. Karl Fischer war in der Wilmersdorfer Parteiorganisation wohlbekannt, war ein Freund und Förderer der Arbeiterjugend, und darum sangen ihm ein Sängerkvartett den parteigenössischen Totenruhm nach: „Ein Sohn des Volkes wollt er sein und bleiben.“ Franz Kühls entrollte in bewegter Rede das Lebensbild des Zeitungsschreibers, der in jugendlichem Idealismus diesen Beruf der harten, alle Rücksicht auf sich selbst abblendenden Arbeit sich zugewendet hat und in ihm sein Genügen, seine Befriedigung findet, obgleich er materiellen Besitz den allermeisten seiner Jünger nicht bringt. In Karl Fischers Sinn sei es, daß das Leben den Tod überwinde; weiterleben — weiterarbeiten!

Als diese Worte im Beisein an Karl Fischers Witwe verklingen waren, hallte der Song „Ueber allen Gipfeln ist Ruh“ durch die Halle und unter Orgelwehen versank der Schrein in die Tiefe.

Draußen aber brauste der Frühlingswind, und die Sonne leuchtete dem Leben, das Karl Fischer so gut zu sehen und zu schildern wußte.

Auch weiter billige Milch für Hilfsbedürftige. Das Jugendamt der Stadt Berlin teilt mit: In letzter Zeit werden vielfach Meldungen verbreitet, daß die Milchverbilligung zugunsten Hilfsbedürftiger aufhöre, weil das Reich keine Mittel mehr für diesen Zweck sozialer Tätigkeit lieiere. Diese Angabe trifft nur insoweit zu, als das Reich keine Mittel mehr zur Verfügung stellt. Die Milchverbilligung wird aber im bisherigen Umfang fortgeführt, wird aber aus städtischen Mitteln. Die Stadt wird voraussichtlich etwa 800 000 M. im Etat 1925 für die Milchverbilligung aussetzen. Dieser Betrag bleibt nur wenig hinter dem Betrage zurück, der für die 20 Bezirke im abgelaufenen Rechnungsjahre 1924 verfügbar gewesen ist.

Der Lunapark hat die Eröffnung der Saison 1925 auf Sonnabend, den 2. Mai, festgesetzt.

Ordnung der proletarischen Feiertage. Treffpunkt zur Frühlingsfeier der 10 altkämpfer Arbeiterjugend Sonntag, den 19. April, vorm. 9 Uhr, im Großen Schauspielhaus.

## Anthony John.

Roman von Jerome K. Jerome.

Vielleicht hätten ihm auch die Armen, die nicht so streng auf Etikette halten, das Weigenpiel, ja sogar, da ihnen das strenge Anstandsgefühl des Mittelstandes fehlt, die Oden an „Irene“ verziehen. Ein exzentrischer, wunderlicher Schulmeister, der sich seinen Träumen zuliebe mit der Armut abgefunden hätte, wäre imstande gewesen, sich sein eigenes Leben zu leisten. Hätte er doch nicht Erfolg gehabt! Hätte ihn doch nicht der Erfolg, dieses energische Wesen, so fest beim Arm gehalten, ihm unentwegt von den herrlichen Dingen erzählt, denen es ihn zuführte: ein großes vielzimmriges Haus, schön möbliert, umgeben von einer hohen Steinmauer mit mächtigem Eisentor, livrierte Männer und Frauen, die für seine Nahrung, Kleidung und für seinen Schlaf sorgen. Und an den hierzu bestimmten Tagen wird er in die Kirche gehen. Eine festgesetzte Anzahl Stunden wird der Körperbewegung und auch ehrbaren Vergnügungen gewidmet sein. Bismweilen werden ihm seine Freunde besuchen. Emanuel Letteridge kam es vor, als lauschte er der Schilderung eines Gefängnislebens, aber Frau Letteridge versicherte ihm, es handle sich um einen Palast. Was den Eindruck des Gefängnisses in ihm noch stärker erweckte, war Frau Letteridges Mitteilung, daß er, ehe er diese herrliche Welt betrete, seine gewöhnlichen Kleidungsstücke ablegen und einen schwarzen Rock mit hohem schwarzen, hinten am Hals zugeknöpften Kragen anziehen müsse. Dies wird, so lange er im Dienst ist, seine Tracht sein. Zuerst hatte er sich gewehrt; Frau Letteridge jedoch hatte zu weinen begonnen, und wenn sie weinte, verfiel ihm die Härte aus ihren Augen, und sie sah hübsch und rührend aus. Letteridge fühlte sich als Kahlhau und Berräter an der Liebe. Deshalb kam der Tag, da er für immer und ewig die bequemen Alltagskleider ablegte und den langen schwarzen Rock mit dem hinten zugeknöpften Kragen anzog. Frau Letteridge hatte ihm beim Zuknöpfen des Kragens geholfen, dabei sahend in die Hände geklatscht und ihn gefaßt. Als sie ihn verließ und hinter sich die Tür schloß, fiel Herr Letteridge auf die Knie und bat Gott, ihm seine Heuchelei zu verzeihen. Er kniete lange auf der Erde, und Tränen rannen über sein Gesicht. Als er sich erhob, dachte es ihm, als ob Gott, auf ihn niederblickend, traurig lächelte und ihn „armer Junge“ nannte. Deshalb tröstete er sich ein wenig mit dem Gedanken, daß Gott begreife, wie

schwer das Leben sei und ihm vielleicht noch eine andere Chance gewähren würde.

Frau Letteridge behauptete, es sei an der Zeit, in eine andere Gegend zu ziehen. Das Endziel, ein Landhaus mit eigenem Grund und Boden, war noch nicht in Sichtnähe. Inzwischen begnügte sie sich mit einer Uebergangsstation, einem geräumigen, seltsam geformten Haus, südlich von der St. Aldons-Kirche. Das Gebäude war einst ein Kloster gewesen; später hatte es ein alter indischer Kaufmann, der Witwer dreier Frauen, häuslichen Zwecken dienstbar gemacht. Seine zahlreiche Nachkommenschaft hatte bei ihm gewohnt, und er bedurfte vieler Räume. Da das Haus den meisten Deuten zu groß und zu häßlich erschien, stand es viele Jahre unbewohnt. Es gehörte einem Klienten der Firma Mowbray, und Frau Letteridge meinte, dieser würde selbst eine billige Miete für besser halten, als gar keine. Auf ihre Bitte traf sie eines Tages mit Anthony vor dem Haus zusammen; er brachte die Schlüssel mit. Das rostige Eisentor knarrte; sie überquerten einen gepflasterten Hof, stiegen Steintrittern hinauf. Das Schloß der mächtigen Eisentür schloß sich, als Anthony es zu öffnen versuchte. Schließlich gab es nach; frostige Luft kam aus den Kellerräumen geströmt, hüllte die beiden ein. Frau Letteridge vermochte kaum ihre Begeisterung zu verbergen. Die langen tunnelförmigen Räume im unteren Stockwerk hätten eigens für Klassenzimmer erbaut sein können. Im oberen Stockwerk befand sich ein großer Empfangssaal. Es gab Schlafzimmer für etwa ein Duzend Pensionäre. Der von einer hohen Mauer umfriedete Garten war leer bis auf einige verfallene Bäume und Büsche, die leicht forgeräumt werden konnten. Eilige Karrenladungen Ries würden ihn in einen idealen Spielplatz verwandeln. Sie kehrten ins unterste Stockwerk zurück. Am Ende des Steinkorridors entdeckte Frau Letteridge eine Tür, die sie früher nicht bemerkt hatte. Sie führte in ein hohes Kuppelzimmer mit einem riesigen schwarzen Marmorkamin, der zwei Elefanten darstellte, die einen Krienen Tempel trugen. Frau Letteridge betrachtete ihn beschränkt. „Dies wird Emys Studierzimmer sein“, sagte sie entschlossen. Sie sprach zu sich selbst, hatte Anthony völlig vergessen. Dieser lehnte sich gegen einen der Elefanten. „Armer Teufel!“ brummte er.

Frau Letteridge bläute auf, sein seltsames Lächeln um den hübschen Mund. „Sie können mich nicht leiden“, sagte sie. „Ich hätte Sie ganz gern“, entgegnete Anthony, „wenn ich Emys weniger gern haben würde.“ Sie trat auf die andere Seite des Kamins, stützte sich auf

die Marmorplatte. „Nun, da wir allein hier sind, will ich mich einmal mit Ihnen aussprechen. Es tut mir leid, daß ich Ihnen unympathisch bin, denn ich kann Sie gut leiden. Aber nicht darum handelt es sich: ich will nicht, daß Sie bei Emys gegen mich Partei ergreifen. Sie besitzen großen Einfluß auf ihn, und ich fürchte Sie.“

Anthony wollte etwas erwidern; sie machte eine Gebärde. „Lassen Sie mich ausreden, damit wir beide wissen, woran wir sind. Sie glauben, daß ich sein Leben verderbe, ihm seine Träume raube? Ein wenig komponieren, ein wenig Dichten. Er hätte nie genug verdient, um davon leben zu können. Vielleicht wäre es ihm vor seinem Tode gelungen, etwas zu komponieren, das dem Musikverleger Tausende eingebracht hätte. Oder seine Gedichte würden ihm, wenn es zu spät ist, Berühmtheit verliehen haben. Einen tatsächlichen, greifbaren Erfolg hätte er nie gehabt. Und bei dieser Art Arbeit könnte ich ihm nicht helfen, er aber ist ein Mensch, der ohne Hilfe nicht weiterkommt. Bei seiner Schulmeisterarbeit hingegen vermag ich ihn zu unterstützen. Er besitzt die Begabung und ich besitze den Geschäftsgest. Ich will nichts mit Träumern zu tun haben. Mein Vater war ein Träumer; er machte chemische Entdeckungen, die ihm, würde er sie verwertet haben, ein Vermögen eingebracht hätten. Aber die Verwertung langweilte ihn. Er entdeckte ein Mittel, um die Atmosphäre zu verändern. Ich erinnere mich nicht an die Einzelheiten, entweder ein Gas wurde entbunden, oder ein Gas wurde ausgeschaltet, oder ein anderes Gas wurde hinzugefügt. Es hatte mit Gas zu tun, mehr weiß ich nicht. Anstatt Ermüdung und Niedergelassenheit einzunehmen, werden die Menschen Frohsinn und Kraft aus der Luft saugen. Es klingt wie ein Märchen; aber wenn Sie meinen Vater reden gehört hätten, so würden Sie überzeugt gewesen sein, es handle sich hier nur um eine Frage der Zeit; war einmal das Geheimnis entdeckt, so würde der ganzen Menschheit zumute sein, wie einem Gefangenen, der aus dem Verließ gelassen ist. Das war sein Traum, und er hielt die Verwirklichung für möglich. Diesem Traum zuliebe unterrichtete er an der St. Aldons-Schule für hundertjährig Pfund im Jahr. Weil er derart über genügend freie Zeit verfügte. Und wir Kinder mußten dafür zahlen. Meine beiden Brüder waren intelligente Knaben. Wären ihnen Möglichkeiten gewährt worden, sie hätten in der Welt Erfolg errungen. Der eine ist heute ein Handlungsreisender und der andere arbeitet, wie Sie ja wissen, in Ihrem Bureau, erhält im Jahr achtzig Pfund.“

(Fortsetzung folgt.)



# Gewerkschaftsbewegung

(Gewerkschaftliches siehe auch 4. Seite Hauptblatt.)

## Arbeitgeber als Volkswirt.

Am 2. Januar dieses Jahres machte Dr. Kornicker in der „Textil-Woche“ die folgenden, den Unternehmern höchst unangenehmen Feststellungen, die wir feinerzelt in unserem Wirtschaftsteil zum Abdruck brachten:

„Die Kalkulation der wirtschaftlichen Unternehmungen bemegt sich noch zu sehr im Rahmen der Inflationsgewohnheiten. Das Wort von dem großen Umsatz und dem kleinen Nutzen ist eine schöne Phrase geworden, nichts weiter. In Wirklichkeit sind die Aufschläge, die heute auf die Waren genommen werden, zu hoch. Wenn man in Wirtschaftskreisen immer wieder auf die Höhe der Steuern hinweist, die unsere heutige Produktion belasten, so muß dem entgegengehalten werden, daß auch im Zustand Steuern gezahlt werden, und daß für etwaige höhere Steuern niedrigere Arbeitslöhne in Deutschland einen hinreichenden Ausgleich finden. Es ist eine zu einfache Methode, immer nur die Steuern als einen schützenden Schild vor die dicke alte Rajastat der Preise zu halten.“

Die Richtigkeit dieser Ausführungen wird von keinem Einsichtigen bestritten werden. Wie nun Korus in der „Weltbühne“ mittels, erhielt der Vorsitzende der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels auf unsere Veröffentlichung hin von der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände einen Brief, der die Gefinnungskorruption, wie sie im Unternehmerlager ganz planmäßig betrieben wird, auf das schärfste kennzeichnet. In dem Brief wird gesagt:

„Wir halten uns daraufhin (d. h. auf den „Vorwärts“-Artikel hin) vertraulich erkundigt, wer Herr Kornicker ist, und erfahren, daß er der Schriftleitung der „Textil-Woche“ angehört. Die „Textil-Woche“ vertritt die Interessen des Einzelhandels, und wir meinen deshalb, daß der Einzelhandel, auch in seiner Eigenschaft als Arbeitgeber, sich mit den von Herrn Kornicker geäußerten Absichten einmal befassen sollte. Es dürfte gewiß auch nicht im Interesse des Einzelhandels liegen, wenn aus seinen eigenen Reihen den Gewerkschaften Material gegen die übrige deutsche Arbeitgebererschaft in die Hände gespielt wird. Wir haben schon bei früherer Gelegenheit darauf hingewiesen, daß gewiß zwischen Einzelhandel und Industrie verschiedene Auffassungen in wirtschaftspolitischer Hinsicht und auch in der Lohnfrage bestehen können. Es wäre aber jetzt, wie früher, völlig verfehlt, wenn etwa der Einzelhandel sich der Meinung der Gewerkschaften anschließt, daß nur durch ein weiteres Nachgeben der Industrie gegenüber der Lohnforderungen der Gewerkschaften die sogenannte Hebung der inneren Kaufkraft auch im Interesse des Einzelhandels erreicht werden könnte. In, das Wort von der Hebung der inneren Kaufkraft droht gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt ein Schlagwort zu werden, das viel mißbraucht wird. Wir werden uns den Gewerkschaften gegenüber nach

mit vor dagegen zur Wehr zu setzen haben, daß das Problem der inneren Kaufkraft einseitig von der Lohnseite anstatt gleichzeitig von der Produktionsseite und damit also auch von der Seite der Arbeitszeit wie der sonstigen Produktionssteigerung und Verbilligung betrachtet wird. In diesem Punkt kann doch wohl zwischen Einzelhandel und Industrie, auch in der Lohnfrage, keinerlei Meinungsverschiedenheiten sein. Auch schon deshalb wäre es wünschenswert, wenn sich Ausführungen wie die des Herrn

## Sozialistische Arbeiter-Jugend Groß-Berlin

Sonntag, den 19. April, vormittags 11 Uhr, im „Großen Schauspielhaus“, Karloffstraße:

# Frühlings-Feier

Programm:

Mädelchor mit zwei Geigen / Jungenchor mit Geigen und Klaviers / Rezitationen / Volkstänze / Märchenpiel: „Frühling im Waldreich“ von Fr. Dierckh.

Einkaufskarte 60 Pf.

Verkaufsstellen: Jugendtheater, SW, Lindenstr. 2, geöffnet von 9-5. Mittwochs u. Freitags von 9-7, Sonnabends von 9-1 Uhr. S. Joseph, NW, Wilhelmshagenstr. 48. P. Pils, NO 55, Immunitätsstr. 24. S. Schulz, N 65, Urechter, Ecke Mühlenterrasse. P. Kroll, N 58, Urechter Str. 21. W. Hoffmann, N 58, Engerer Str. 5. H. Lorenz, N 58, Gleimstr. 56. R. Andriessen, N 21, Straßburger Straße 19. S. Richter, N 20, Pottsdamer Str. 7. R. Hartmann, O 34, Königberger Straße 27. L. Wittig, O 34, Petersburger Straße 5. R. Kelle, O 34, Petersburger Straße 4. „Vorwärts“-Expedition Ostern, Markushofstr. 26. P. Her, SO 26, Rannstr. 9. „Vorwärts“-Expedition Süden, Körwaldstr. 47. „Vorwärts“-Buchhandlung, Lindenstr. 2. „Vorwärts“-Expedition, Streifenberger Straße 22, und am Sonntag im Schauspielhaus.

Kornicker in der „Textil-Woche“, dem Organ des Einzelhandels, jetzt nicht mehr finden würden.“

Der langen Rede kurzer Sinn: Maul gehalten, die ganze Richtung poßt uns nicht. Wahrheit ist zu verschweigen oder unzulässig, bis sie der Arbeitgeberpolitik in den Kram paßt.

Es lohnt jedoch noch darauf hinzuweisen, daß das „Schlagwort“ von der Hebung der inneren Kaufkraft keine Erfindung der Arbeitnehmer, sondern daß sie eine Waffe aus dem Arsenal der Großunternehmer ist! „Hebung der inneren Kaufkraft“ — so lautet die Parole, mit der man die Agrarzülle schmachtlich machen will, und das nicht seit heute und gestern, sondern seit 45 Jahren! Die Agrarier sollen höhere Preise bekommen, um von der Industrie kaufen zu können, ohne daß man vorher von ihnen höhere Leistung verlangt. Bei den Industriearbeitern ist es umgekehrt. Von ihnen verlangt man höhere Leistung, um sie dann damit zu verfrachten, die Industrie könne doch keine höheren Löhne zahlen, bis die Arbeiterchaft sich die Lohnsteigerung erkämpft hat. Heute, wo es der Landbund selbst bestätigt, daß die Landwirtschaft zu den kaufsfähigsten Bevölkerungsteilen gehört, ist daher auch die Lösung der Industriekrise von einer weiteren Steigerung der Kaufkraft der Landwirtschaft nicht zu erwarten. Trotzdem sind die Großunternehmer nach wie vor bereit, den Großagrariern mit Schutzgöllen ohne weiteres eine „Lohnerhöhung“ zu bewilligen, die auf Kosten der breiten Bevölkerungsmassen geht. Wieder muß die Phrase vom inneren Markt dazu herhalten! Daß in Wirklichkeit eine Steigerung des industriellen Abzuges nur von einer Steigerung der Kaufkraft der breiten Volksmassen, die nach Waren hungern, zu erwarten ist, das auszuspochen, ist verboten! Herr Kornicker ist, soweit wir unterrichtet sind, heute nicht mehr an der „Textil-Woche“. Sollte sein Ausscheiden aus der Redaktion auf den Schritt der Unternehmerverbände zurückzuführen sein?

Wie dem auch sei: Die ganze Affäre macht manches verständlich, was sonst unverständlich schien. Wir haben in den letzten Jahren Unternehmertumgebungen erlebt, die nicht nur den einfachsten Tatsachen Gewalt antun, sondern auch einen geradezu beschämenden Mangel an volkswirtschaftlicher Einsicht im Lager der Arbeitgeberverbände verraten. In wissenschaftlichen Kreisen z. B. gab es beim Erscheinen der Denkschriften über die Lohn- und Arbeitszeitpolitik der Arbeitgeber nur ein allgemeines Schütteln des Kopfes. Die Zollpolitik der Großunternehmerverbände hat bei 90 Proz. der Vertreter der deutschen Fachwissenschaft scharfste Ablehnung hervorgerufen! Trotzdem fahren die Herren in ihrer kurzfristigen Politik fort. Man

bräut sich nicht darüber zu wundern. Wenn jeder ihrer wissenschaftlichen Berater, der einmal den Mut zur Wahrheit findet, den Stuhl vor die Tür gefegt bekommt, so kann man nicht mehr über das Gemisch von Unfähigkeit und Byzantinismus erstaunt sein, das in dem großen „wissenschaftlichen“ Apparat der Arbeitgeberverbände Platz gegriffen hat. Die Herren Borfig, Siemens können manchmal ganz vernünftig sein, und sie sind es, wie ihr Erfolg beweist, oft in ihren privatwirtschaftlichen Funktionen. Als Volkswirte sind sie zu fortgesetzter Bismarck verurteilt. Denn sie selbst haben keine Zeit für die Durcharbeitung der Probleme. Sie sind dabei auf ihre wissenschaftlichen Helfer angewiesen. Und diese haben ihre Bureaufraße für sich. Jeder muß den anderen fürchten, weil jedes gegen die offizielle Meinung gerichtete Wort den Verlust der Stellung und des Einflusses bedeutet.

Und diese Leute sind es, die mit dem Gewicht ihres Kapitals die öffentliche Meinung in der von der Industrie gelenkten Presse machen, die jetzt mit der Hindenburg-Litrappe für „Wahrheit und Recht“ kämpfen. . . .

Verhandlungen in der westfälischen Montanindustrie. In Gleichzeit haben paritätische Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberverband und Vertretern der Bergarbeiterverbände stattgefunden, um eine Einigung über die von den Arbeitern zum 30. April geforderte Arbeitszeit herbeizuführen. Wie dem Jahrbuch „Industrie-Courier“ berichtet wird, sind die Verhandlungen ergebnislos verlaufen, und es wird daher am nächsten Mittwoch ein Schiedsgericht zusammentreten, in dem auch gleichzeitig über die Bergarbeiterlöhne beraten wird. Was die Lohnforderungen der Hüttenarbeiter anbelangt, so fanden am 15. d. M. Schlichtungsverhandlungen statt, die zu dem Schiedspruch führten, daß der Stundenlohn für im Afford arbeitende Hüttenarbeiter von 44 auf 45 Pf. und für im Stundenlohn tätige von 44 auf 48 Pf. erhöht wird. Abgelehnt wurden die von den Arbeitnehmern erhobenen Forderungen auf unentgeltliche Lieferung von Deputatkohle und Urlaubsgemährung.

**Krafttrad und Gummi**

sind aufeinander angewiesen. Versagt die Bereifung, tritt Sturzgefahr ein. Der für das Krafttrad speziell konstruierte

# Continental

**Cord-Block**

ist zuverlässig, griffig und elastisch; auf ihm fährst Du sicher.

(Fakt nach der „Continental-Strassenkarte“)

**WEIT AUS GRÖSSTE PRODUKTION DER WELT!**

1887 1900 1905 1910 1915 1920 1925

**NUR EDELSTE ARBEIT FÜHRT ZU SOLCHEN ERFOLGEN**

General-Vertretung und Fabriklager: Richard Siebert, Berlin SW. 61, Belle-Alliance-Str. 6.

# Sonnabend bei JANDORF

*Billing*

<p><b>Strumpfwaren</b></p> <p>Damenstrümpfe schwarz u. farbig, fein-fädig, halbbare Qualität, Ferse u. Spitze verstärkt <b>0.58</b></p> <p>Damenstrümpfe Seidenstrümpfe, schwarz u. farbig, Doppelsoble und Hochferse <b>0.85</b></p> <p>Herrensocken farb. gute Qual., Doppelsoble u. Hochferse <b>0.58</b></p> <p>Herrensocken moderne Farben mit Längsstreifen <b>0.75</b></p> <p><b>Trikotagen</b></p> <p>Schlupfhosen für Damen, gute Qual., farb. m. verstärkter Schrit <b>1.35</b></p> <p>Schlupfhosen für Damen, Knüttel, viele Farben <b>2.95</b></p> <p>Hemdsocken 1. Dam., weiß, patentge-typt, m. schmal. Achsel <b>1.75</b></p> <p>Einsatzhemden Herren, weiß od. makro-farbig, Rumpf, 3 Größen <b>2.95</b></p>	<p><b>Herren-Artikel</b></p> <p>Oberhemden durchgeh. Perkal, gelbt. Faltenbrust, Kragen u. Umschlagmanschetten <b>4.90</b></p> <p>Stehumlegekragen gute Qualität <b>0.75</b></p> <p>Sporikragen aus weißem Pikee <b>0.35</b></p> <p>Selbstbinder bt. Form, mod. Muster <b>1.25</b></p> <p>Garnitur <b>vorhand</b> mit passendem Kragen <b>1.50</b></p> <p>Sporthemd Panama, weiß od. farb. 2 Kragen od. Schillker <b>7.90</b></p> <p><b>Damen-Konfektion</b></p> <p>Schottenkleid halbbare Stoff, reifende Muster, mit Bubikragen <b>4.95</b></p> <p>Frottékleid schöne dunkle Stroifen, fesche Fazon, farb. Lackbüchel, Bubikragen mit Schließe <b>5.95</b></p> <p>Gabardinekleid marine, geschmack-volle Tessengarnier reizende Fazon <b>12.50</b></p>	<p><b>Hauswäsche</b></p> <p>Wischluch rot kariert gesäumt und gebündert <b>0.35</b></p> <p>Küchenhandtuch Gerstenkorn m. roter Kant. ca. 46/100, gesäumt u. geb <b>0.68</b></p> <p>Stubenhandtuch Dreif. gebündelt ca. 46/100 gesäumt und gebündert <b>0.98</b></p> <p>Schlafdecke m. Kante <b>1.45</b></p> <p>Kaffeedecke Javagewebe <b>2.75</b></p> <p><b>Korsetten</b></p> <p>Büstenhalter aus Wäschestoff, Rückenstich <b>0.55</b></p> <p>Hüthalter grau oder modelfarb. Dreif. durchgehend Gummi, mit 4 Haltern <b>1.95</b></p> <p>Hüthalter gemusterte Stoffe in verschiedenen Farben mit Gummi und Haltern <b>2.45</b></p> <p>Hüftgürtel guter Dreif. mit breiten Gummistreifen u. 4 Haltern <b>2.65</b></p>	<p><b>Schuhwaren</b></p> <p>Spangenschuhe braun, Lackverleierung, moderner Absatz <b>13.90</b></p> <p>Spangenschuhe leibbraun Chromrind, moderne Form <b>10.90</b></p> <p>Spangenschuhe braun Chevreau, 27-30 <b>3.95</b></p> <p>Kinderspiel schwarz, Größe 18-20 <b>2.75</b></p> <p>Hausschuhe für Damen, farb. Molton, Kerdehohle <b>1.75</b></p> <p><b>Schürzen</b></p> <p>Jumperschürzen blauweiß gepunkt. <b>1.45</b></p> <p>Wiener Schürzen türkisch gemustert <b>1.75</b></p> <p>Jumperschürzen gute gestrich. Stoffe <b>2.25</b></p> <p>Mädchenschürzen m. Tasche, Gingham, Gr. 49 <b>1.10</b></p> <p>Jede weitere Größe 15 Pf. mehr</p>	<p><b>Gardinen</b></p> <p>Gardinen engl. Tüll volle Breite . . . Meter <b>0.85</b></p> <p>Etamine ca. 150 cm breit . Meter <b>0.98</b></p> <p>Bettdecken engl. Tüll <b>3.95</b></p> <p>Madrasgarnitur buntfarbig, dreiteilig <b>7.95</b></p> <p>Steppdecken Satin mit Trikot-Rückseite <b>12.75</b></p> <p><b>Schreibwaren</b></p> <p>Schulhette sämtliche Linienarten halbtrotz . . . 10 Stück <b>65 Pf</b></p> <p>Diarien stark <b>20, 40 Pf</b></p> <p>Ordnungsmappe <b>35 Pf</b></p> <p>Federkasten <b>8, 15 Pf</b></p> <p>Schulbleistifte Dard. <b>45 Pf</b></p> <p>Handschuhe für Damen, Zwirn mit breit. Aufsatz, farbig <b>0.75</b></p>	<p><b>Baumwollwaren</b></p> <p>Hemdentuch Leicht. Qual., ca. 46 br. Meter <b>0.68</b></p> <p>Mako-imitat feinfädiger Gewebe Meter <b>0.85</b></p> <p>Louisiana für Leib- u. Bettwäsche . . . Meter <b>0.85</b></p> <p>Inlett rot und violett gestr., Kissenbr., Mtr. <b>1.75</b></p> <p>Inlett rot und violett gestr., Mtr. <b>2.95</b></p> <p><b>Handarbeiten</b></p> <p>Küchenpapier aus grauem Stoff mit Vorzeichnung und Blindengarnierung <b>2.45</b></p> <p>Besenhandtuch <b>2.45</b></p> <p>Paradehandtuch <b>1.45</b></p> <p>Küchentischdecke <b>1.45</b></p> <p>Bestecktasche für Herren u. Damen, für 1 Duz. Paar <b>2.75</b></p> <p>Handschuhe für Damen, Leinwand-imitation, farb. mit breiter Aufsatz <b>1.25</b></p>
--	--	---	--	---	--

Belle-Alliance-Str. \* Gr. Frankfurter Str. \* Brunnenstr. \* Kottbusser Damm \* Wilmersdorfer Str.

# Der Barmat-Ausschuß in Moabit.

## Selbst die Vernehmung Barmats zieht nicht mehr!

Mit Hilfe einer beispiellosen Pressehege hatte die Reaktion versucht und gehofft, durch die Barmat-Affäre die Sozialdemokratie vernichtend zu treffen. Der erste Wahlgang vom 29. März hat aber bereits gezeigt, daß der gesunde Sinn der Millionen von Wählern, die hinter der Sozialdemokratie stehen, sich nicht so leicht betören läßt, vielmehr haben gerade diese maßlosen Lebertreibungen eine instinktive Abneigung gegen diese allzu plumpe Art der politischen Standalmscherei bewirkt. Und wenn es noch eines weiteren Beweises bedurfte hätte, wie sehr der ganze Kummel der Deffensivität zum Falle heraushängt, so hat die gestrige Verhandlung des Untersuchungsausschusses des Reichstages diesen Beweis deutlich erbracht. Julius Barmat sollte in öffentlicher Sitzung im großen Schwurgerichtssaal von Moabit vernommen werden. Diese Vernehmung war schon seit Tagen mit genauen Ort- und Zeitangaben in der Presse angekündigt. Nach vor zwei Monaten hätte eine solche Mitteilung hundert von Zuhörern gelockt, es hätten sich vor dem Eingang lange Kolonnen gebildet. War doch sogar bei weit weniger wichtigen Zeugenvernehmungen der große Saal des preussischen Untersuchungsausschusses mit Abgeordneten, Journalisten und vor allem Publikum überfüllt gewesen.

Gestern, wo der Mann, der im Mittelpunkt der ganzen Affäre steht, endlich vor die Deffensivität treten sollte, da war der Zuschauerraum nicht einmal zur Hälfte gefüllt und dabei dürfte von den knapp 40 Zuhörern nahezu die Hälfte in irgend einer Beziehung zum Barmat-Konkern gestanden haben. Ein Dutzend Journalisten, zwei oder drei Abgeordnete — und Schluß! Mit einem kleinen Seufzer muß sogar der Stribent des „Total-Anzeigers“ diese Gleichgültigkeit feststellen. Der kleinste Raubmord wäre in der Tat für die Liebhaber Moabit-Verhandlungen eine größere Attraktion gewesen als jetzt die ganze Barmat-Affäre. Und vermutlich wäre jede noch so banale Raubmordgeschichte auch sachlich interessanter als jene Wiederfäuerarbeit, zu der sich der Reichstagsausschuß selbst freiwillig verurteilt hat.

Es lohnt sich deshalb wirklich nicht, auf Einzelheiten der gestrigen Verhandlungen näher einzugehen — Sensationen gab es in keinem Augenblick der vierstündigen Sitzung, höchstens einige lebendige Momente. Auch Barmat selbst ist keine Sensation, sondern äußerlich ein Mensch wie hunderttausend andere Kaufleute, dem vielleicht die geschäftliche Gewandtheit auch eine gewisse dialektische Geschicklichkeit verliehen hat. Seine „Lebensart“ auf geschäftlichem Gebiete trat höchstens dann in Erscheinung, wenn der kaufmännische „Fachmann“ des Ausschusses, der Hamburger Volksparteiler Dauch laienhafte Fragen stellte. Das ist also auch kein Maßstab. Im übrigen befand sich Barmat in einer höchst paradoxalen und schwierigen Lage: Er soll über eine ungeschwehrt ausgedehnte Materie aus dem Gedächtnis Fragen beantworten, zu denen die Fragesteller die Unterlagen allein besitzen. Er soll diese Fragen als Zeuge beantworten. Jedes Wort von ihm kann aber später von den anwesenden Vertretern der Staatsanwaltschaft als Material für eine Anklage herangezogen werden, die noch kein Mensch kennt, vermutlich nicht einmal die Staatsanwaltschaft selbst. Schweigt er, dann wird es als belächelt gedeutet, spricht er, dann wird es ihm natürlich nicht geglaubt oder jedenfalls nicht so geglaubt, wie jenen Zeugen, die man aus aller Welt herangeholt hat, um ihn zu belasten, und die, im Gegensatz zu ihm verurteilt werden durften. Irrt er sich bei einer Antwort, die er ohne Kenntnis der Akten auf hundert meist lächerliche Fragen geben muß, dann stellt dies mit der Miene des Gerechten ein Freitag-Vorringhopen oder ein Rosenberg triumphierend fest — und die Bleistifte deutscher Redakteure kriechen lieberhastiger den Hof. Der Wirtschaftsparteiler Hampe fühlt sich: Sechs Fragen in einer Minute und nach jedem dritten Wort der Auskunft schneidet er den Satz mit spitzer Stimme ab: „Das genügt!“

Jede von der Weimarer Verfassung eingeführte Neuerung entsprach einem durchaus vernünftigen Gedanken, einem öffentlichen Bedürfnis und einem politischen Fortschritt. Aber die Gegner der Weimarer Verfassung haben es planmäßig darauf abgesehen, alle diese Neuerungen durch Mißbräuche zu diskreditieren. Dieses Schicksal droht auch der an sich ersprechlichen Einrichtung der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse. Voraussetzung dafür, daß sich die Untersuchungsausschüsse als eine Art politischer Gerichtshöfe bewährten, wäre gewesen, daß alle Parteien sich bemühten, bei der Auswahl ihrer Vertreter für ein Mindestmaß von Objektivität und Sachkenntnis zu sorgen, wie dies einst bei den Ausschüssen der Nationalversammlung zur Untersuchung des U-Boot-Krieges, der gescheiterten Friedensvermittlungen usw. der Fall war.

Seitdem aber als kommunistischer Vertreter im Preussenausschuß der Unterschläger von Arbeitergelder, Stoll über Fragen der politischen Moral richten darf, seitdem ein Mann wie der Herausgeber der „Wahrheit“, der Bruhn, im Auftrag der Deutschnationalen Korruption bei den anderen untersuchen soll, seitdem ist natürlich die Fiktion der Unparteilichkeit solcher Ausschüsse unhaltbar geworden.

So lange ein Bruhn, so lange ein bornierter Klassenfanatiker, wie Freitag-Vorringhopen, so lange ein Rosenberg, der sich zum leninistischen Standpunkt der erlaubten Lüge und List bekennet und die proletarische Klassenjustiz predigt, so lange ein Dauch, der sich als die Verkörperung des „legitimen Handels“ betrachtet, in diesem Ausschuß Richter spielen dürfen, so lange kann von einer überparteilichen Objektivität bei Leuten nicht die Rede sein, für die ein negatives Ergebnis der Barmat-Untersuchung eine politische Katastrophe wäre.

(Fortsetzung aus der Abendausgabe.)

Abg. Breitscheid wünscht von Barmat Auskunft darüber, mit welchen politischen Persönlichkeiten er in Verbindung gestanden und welche politische Beziehungen er zu ihnen unterhalten habe. Diese Frage müßte soweit als möglich geklärt werden, allerdings handelt es sich jetzt nicht darum, wo und was gegessen worden ist. Wann haben Sie Krüger kennengelernt?

Barmat: Im Jahre 1910.

Breitscheid: Haben Sie mit ihm irgendwie über wirtschaftliche Dinge verhandelt?

Barmat: Wir haben nie über geschäftliche Angelegenheiten verhandelt. Ein- oder zweimal hat er mir gestattet, sein Telefon zu einem Gespräch mit Amsterdam zu benutzen, ohne daß ich ihm gesagt habe, was ich sprechen wollte.

Breitscheid: Haben Sie Krüger aufgefordert, Ihnen wirtschaftliche oder wirtschaftspolitische Mitteilungen zu machen? Sind Ihnen solche Mitteilungen jemals gemacht worden?

Barmat: Das ist mir geschehen.

Breitscheid: Hat Krüger Sie mit Personen zusammengebracht, die für Sie geschäftlich von Vorteil sein konnten?

Barmat: Nein!

Breitscheid: In welchem Verhältnis standen Sie zu Krüger?

Barmat: Er war mein Parteifreund. Als er sich auf eine Erholungsreise begab, habe ich ihn eingeladen, ein paar Tage bei mir in Amsterdam zu wohnen. Das geschah auch, als Krüger als Mitglied der Delegation während des Hafenarbeiterstreiks nach Holland kam.

Breitscheid: Hat auch der Abgeordnete Koenen bei Ihnen gegessen?

Barmat: Ich habe darin keinen Unterschied gemacht, auch Koenen ist meinen Einladungen gefolgt.

Breitscheid: Sollte Krüger seinen Einfluß beim Reichspräsidenten für Sie geltend machen?

Barmat: Nein, was konnte der Reichspräsident mir helfen? Es hätte mir bei den Reichsstellen nur geschadet, wenn ich mich auf Ebert hätte berufen wollen, denn dort hatte man nicht so große Sympathien für ihn.

Breitscheid: Hatten Sie zu anderen führenden Sozialdemokraten politische Beziehungen, die Sie zu wirtschaftlichen Vorteilen ausnützen? Haben Sie von Robert Schmidt irgendwelche Förderung erfahren?

Barmat: Niemals. Als ich mich einmal an den Minister Schmidt wandte, hat er mich sofort an Breitscheid verwiesen.

Breitscheid: Sind Ihnen jemals von sozialdemokratischen Ministern irgendwelche mündliche oder schriftliche Mitteilungen über die wirtschaftliche Lage oder dergleichen gemacht worden, die ausnahmsweise vertraulich zu verhandeln waren?

Barmat: Nein, das ist nie geschehen.

Breitscheid: Haben Sie sich vielleicht deshalb auf die freundschaftlichen Beziehungen zu sozialdemokratischen Ministern bezogen, weil Sie nach Ihrer politischen Bergangenheit in Rußland und Holland ein Recht dazu zu haben glaubten?

Barmat: Nein, das hätte mir mehr geschadet als genützt! Ich habe im Gegenteil oft Schwierigkeiten bei der Uebernahme der Waren gehabt und vielfach bin ich bei der Unterbreitung von Offerten abgewiesen worden.

Breitscheid: Haben Sie sich mit Ihren Beziehungen gebrüht?

Barmat: Ich habe nie damit renommieren wollen. Ich brauchte das übrigens nicht besonders hervorzuheben, denn die Leute wußten, daß ich zu einigen führenden Sozialdemokraten in freundschaftlichen Beziehungen stand.

Breitscheid: Wie verhielt sich das mit dem Darlehen an Koenen?

Barmat: Koenen schickte es an Geld und ich ließ ihm jetzt 400 Gulden. Davon hat er mir etwas die Hälfte zurückgezahlt.

Darauf wünscht der Abg. Schulz-Bronberg als Zeuge vernommen zu werden. Es wird festgestellt, daß er zu Barmat keine Beziehungen gehabt habe, und daß er auch nicht der Geheimrat ist, der einen Aufsichtsratsposten von Barmat gewünscht hat. Am Schluß seiner Vernehmung meint der Abg. Schulz, er wolle sich seinen guten Namen „nicht vermanischen lassen“.

Abgeordneter Schred (Soz.): Sie haben uns gesagt, daß nach dem Friedensschluß von Brest-Litowsk russische Kommunisten zu Ihnen gekommen sind, um sich 3000 Gulden zu leihen. Sie haben das abgelehnt. Sind sonst noch Kommunisten zu Ihnen gekommen, die Geld haben wollten?

Barmat: Der holländische Kommunist Rosenfeld war wiederholt bei mir, Gelder hat er jedoch nicht erhalten.

Abg. Dauch (D. N.) wünscht zu wissen, ob Barmat für politische Persönlichkeiten oder Beamte Geld ausgelegt oder vorgehoffen habe.

Barmat: Nach meiner Erinnerung hat nur der frühere Vizepräsident Richter bei der Wertur-Bank ein Konto gehabt. An verschiedene Bekannte habe ich gelegentlich Aktien zum Selbstkostenpreis abgegeben, ohne daß ich dabei nach der politischen Gesinnung oder Stellung gefragt hätte. Barmat beschwert sich in großer Erregung darüber, daß man ihm hier bestimmte Fragen vorlege, die er ohne Kenntnis des Aktematerials, das man ihm vorenthalte, nicht beantworten könne. Er müsse befürchten, daß man ihn aus seinen Worten später wieder einen Strich drehe.

Vorsitzender Seeger: Wenn Sie glauben, eine Frage ohne Unterlagen nicht beantworten zu können, so sagen Sie das einfach.

Barmat: Ich bemühe mich hier alles in voller Offenheit auszusagen, aber wenn ich nicht aus dem Gedächtnis antworten kann, dann wird nachher der „Total-Anzeiger“ wieder behaupten, ich habe nicht ausgesagt wollen.

Kun wird der inzwischen herbeigeholte Geheimrat Glaeser, stellvertretender Präsident der Preussischen Zentral-Bankenschausstelle, als Zeuge vernommen. Er sagt aus, daß er Barmat den früheren konterrevolutionären Landtagsabgeordneten Wolff, der aus der Gegend von Osnabrück stammt, zugeführt habe, um ihm einen Aufsichtsratsposten zu verschaffen. Der Zeuge muß zugeben, daß er von den sehr guten Beziehungen Wolffs gesprochen habe.

Abg. Dauch will wissen, welches Kapital Barmat zur Verfügung gestanden habe, als er im Jahre 1919 mit dem Reich Kontrakte in Höhe von rund 15 Millionen Gulden abschloß. Barmat bezieht es auf mindestens 1 1/2 Millionen Gulden. Dauch fragt weiter, ob er mit dem Geld, das er vom Reich bekommen habe, erst die Kontrakte finanziert habe oder ob er sich die finanziellen Möglichkeiten zu ihrer Durchführung schuf. Barmat erklärt, darüber ohne Einsichtnahme der Akten und Verträge keine genaue Auskunft geben zu können. Tatsache sei, daß er der einzige war, der auf Markt-Kredite dem Reich Angebote gemacht habe und den das Reich erst nach 6 oder gar 12 Monaten bezahlt hat. Wie er die Beträge finanziert habe, sei eine andere Sache.

### Koeners Darlehen.

Abg. Koenen wird auf seinen Wunsch noch einmal als Zeuge wegen des Darlehens von Barmat vernommen. Er behauptet wiederum, daß er das Geld zurückgezahlt habe, Quittungen darüber besitze er jedoch nicht.

Barmat: Es handelt sich um einen Betrag von ca. 400 Gulden, der bei mir gebucht worden ist. Ich habe das Geld Herrn Koenen geliehen, ohne irgend etwas dafür zu verlangen. Davon ist nur die Hälfte zurückgezahlt worden. Später ist einmal Frau Koenen bei mir erschienen und hat eine Quittung verlangt, ihr Mann wäre nicht da, weil der Reichstag aufgelöst sei. Koenen behauptet wiederholt, daß er den Betrag zurückgezahlt habe. Die Sozialdemokratie näherte sich nach 5 Jahren die Angelegenheit gegen ihn aus. Die Differenz sei nicht bei ihm, sondern bei Barmat zu finden. Barmat sei früher sein Parteifreund gewesen, jetzt sein Parteigegner, darum sei seine Erinnerung getrübt.

Barmat: Ich habe niemals meine parteipolitische Gegnerchaft gegenüber Koenen zum Ausdruck gebracht.

### Die Geschäfte mit Reichsstellen.

Abg. Dauch wünscht zu wissen, welche persönlichen Beziehungen Barmat zu Breitscheid gehabt habe. Barmat erklärt mit Bestimmtheit, daß Breitscheid niemals irgendeinen Vorteil weder direkt noch indirekt von ihm gehabt habe, er habe nur rein geschäftlich mit ihm verkehrt. Wenn Klagen über Lieferungen erfolgt seien, so sei es doch ganz selbstverständlich, daß er zuerst darüber informiert wurde, dazu brauchte er doch nicht Herrn Breitscheids Informationen.

Vorsitzender Seeger fragt, wie es mit der Klage gegen Breitscheid über der Firma Heinemann gewesen sei, die zu einer Anklage geführt habe. Barmat erklärt, er habe den Beweis dafür in Händen, daß die 50 Waggons Butter, um die es sich damals gehandelt habe, greifbar waren, und daß er einen betreffenden Abkäufer verlangt habe. Heinemann habe aber selbst das Geschäft mit dem Reich machen und ihn ausschalten wollen.

Abg. Aufhäuser: Haben Sie während des Krieges Lieferungen nach Teutland gemacht und dabei mit Breitscheid zu tun gehabt? Wie waren die Bedingungen während des Krieges?

Barmat: Bei meinen Lieferungen während des Krieges hatte ich mit Breitscheid nichts zu tun. Die Ware wurde in Holland gegen Akkreditiv bezahlt. Es ist eine Unwahrheit, wenn behauptet wird, daß mir Lieferungen abgegeben hätten, ohne daß mir greifbare Ware hätten. Wir haben Lieferungen nur dann abgegeben, wenn Ware da war. Breitscheid sei ein einziges Mal während einer Familienfeierlichkeit bei ihm gewesen. Auf eine Frage des Abg. Rosenberg erwidert Barmat, er sei dem Minister Robert Schmidt als Parteigenosse vorgestellt worden, dieser habe ihn aber sofort an Herrn Breitscheid verwiesen. Schmidt habe ihn nicht gerade freundlich empfangen. Später habe Barmat sich bei Stauberding beklagt, daß er bei den Reichsstellen schlecht behandelt werde.

Darauf wird die Verhandlung auf Sonnabend, vormittag 9 Uhr, vertagt. Barmat soll sich besonders über das Geschäft mit der Büchsenmilch äußern, bei dem er angeblich einen Betrugsversuch unternommen habe.

## Schlussworte in Leipzig.

### Das Geheimnis um Stobieski. — Neumann verteidigt noch einmal seine Anklagen.

BS. Leipzig, den 17. April 1925.  
In der Freitagssitzung plädierte Rechtsanwalt Dr. Goldstein nochmals für Neumann, dem, nach seiner Meinung, in allen wesentlichen Punkten Glaube geschenkt werden müsse. Dabei kam der Offizialbeizehler zu teilweise anderen Schlüssen als die Wahlverteidigung. Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld ging dann zunächst auf die Lasten ein, die er als letzter Verteidiger sich verlagert hätte, politische Verurteilungen zu machen, da man in dem Prozeß bereits zuriel Politik getrieben habe. In bezug auf seinen Mandanten unterjuchte der Anwalt

die Frage, ob „Helmuth“ mit Stobieski identisch sei und ob er außerdem Neumann angeklagt habe. Beide Fragen müßten bewiesen werden, wenn man Stobieski verurteilen wolle, und nach seiner Meinung seien beide nicht bewiesen. Für die Frage der Identität ist

das Hauptbeweismittel der Angeklagte Neumann.

Die Zeugen, die zur Stützung der Annahme des Reichsanwalts, um die Identität zu beweisen, vor Gericht erschienen, haben Identität verneint. Niemand sei von der Verteidigung Stobieski irgend etwas Unwahres unterstellt worden. Auf Befragen habe Neumann bezüglich des amlichen Byjomas ausgesagt, daß er nicht mit Bestimmtheit beweisen könne, daß dieser Paloma mit dem von „Helmuth“ in der russischen Gesellschaft getragenen identisch sei. Die Beweisaufnahme habe sogar eine ganze Reihe von Dingen ergeben, die beweisen, daß

„Helmuth“ mit Stobieski nicht identisch

sei. So sind in der Beweisaufnahme mindestens vier „Helmuths“ aufgetaucht. Ein quälender Gedanke sei es, daß eines Tages der „Helmuth“ antauchen könne, wenn Stobieski nicht mehr lebt. Während der Aufnahme der Schriftproben vor dem Sachverständigen, wo jeder Federstrich über sein Schicksal einschreiben konnte, hat sich „Helmuth“ außerordentlich ruhig und liebenswürdig gehalten; das sei doch auch ein Beweis für seine Nichtidentität.

Wohl könne er sich vorstellen, daß eine Zwischenperson zwischen der SPD. und der Gruppe „Haus“ gefunden habe. Er stand auch in Verbindung mit dem Führer-Kopf, und war persönlich mit Brandler gut bekannt.

In ironischem Ton bemerkte dann der Verteidiger, daß der tüchtige Untersuchungsrichter Deutschlands, Landgerichtsdirektor Vogt, hineingefallen sei auf die plumpe Behauptung, daß Stobieski der russische General Sorokoff sei. Das beweise, wie richtig Neumann seine Situationen und sein Verhalten einschätzt habe. Neumann habe zuriel beweisen wollen, und das sei immer verkehrt. Der Zeuge Tänger war der einzige Zeuge, der dem Stobieski gänzlich unbedeutend gegenüberstand, und der habe auf Befragen ausgesagt, daß er Stobieski die ihn zur Last gelegten Taten nicht zutraue. Für die Stützung seiner Anschauung, daß „Helmuth“ bisher der Anführer war, habe der Reichsanwalt keinerlei Argumente vorgebracht. Wenn wir dem Herrn Reichsanwalt folgen wollten, so würde das heißen: Nicht das Gericht, Neumann allein spricht das Urteil!

Nichts ist in dem Fall Stobieski erwiesen, und deshalb ist eine Verurteilung unmöglich!

Der Verteidiger verwies sodann auf den Fall Dente, in dem ein Unschuldiger 12 Jahre in des Zuchthaus gekommen sei. Man dürfe auch nicht daran denken, daß der Gnadenbeweis noch offen stehe, denn die benachteiligten Instanzen seien gerade im Hinblick auf den Kampf um den Reichspräsidenten völlig unberechenbar. Vielleicht gibt Neumann nach der Wahrheit die Ehre und wird im Schlusswort das sagen, was er noch nicht gesagt hat.

Nach der Mittagspause erließ der Vorsitzende den Angeklagten das Schlusswort. Es spricht als erster

### Angeklagter Neumann:

„Seien wohl ist ein Prozeß so Gegenstand des öffentlichen Interesses gewesen wie dieser und seien wohl hat ein Angeklagter eine solche Rolle gespielt, wie ich sie bedauerlicherweise zu spielen gezwungen bin. Ein wesentlicher Teil des Prozesses hat die Frage beantragt: Ist der Angeklagte Neumann glaubwürdig oder nicht? Wie ein roter Faden hat sich diese Frage durch den ganzen Prozeß gezogen. Von allen Seiten ist ein jaher Kampf eröffnet worden, meine Glaubwürdigkeit zu erschüttern. Von allen Seiten hat die Verteidigung versucht, mich als einen Menschen hinzustellen, der nach jeder Richtung unglaubwürdig ist. Bei der Fülle des Materials ist jedes Wort von mir in eine andere Bedeutung ausgelegt worden. Jeder einzelne Satz ist, wenn ich mich einmal anders ausgedrückt habe, in einen anderen Sinn unterstellt worden, ja man gibt sogar so weit, daß man nebenfällige Äußerungen von mir, Bräutern, die mich in Gesprächen mit meinen Freunden unterlaufen sind, als Beweise für meine Unglaubwürdigkeit ansieht. Meine Herren, die Frage meiner Glaubwürdigkeit ist nicht allein für mich, sondern auch für meine Mitangeklagten von eminenter Bedeutung. Man mag zwar sowohl, mich als Spilgel und schließlich als Opfer der Politik zu bezeichnen. Vor allem ist von der Verteidigung Stobieski

behauptet worden, daß ich, wenn auch nicht in allen Punkten ungläubwürdig, so doch ein Mensch wäre, dessen Aussagen nach jeder Richtung hin eingehend geprüft werden müßten. R. L. Dr. Rosenfeld sagte heute, daß meine Aussage nur dann als echt angesehen werden dürfte, wenn sie sich auf andere Aussagen stützen könnten. Der Verteidiger Marschner sagte, es hätte an mir gelegen, mich zu entlasten, und das sagte er in einer Form, die nicht schön ist. Er sagte, ich hätte bereits bei der Polizei vor dem Untersuchungsrichter nach Entlastungsmomenten gesucht. Ich berufe und stütze mich auf die Aussagen des Zeugen Koppenhöfer, der unter Eid ausgesagt hat, daß

ich bestrebt gewesen bin, bei der polizeilichen Vernehmung niemand zu belasten, und daß ich im Anfang die Absicht gehabt habe, alles das, was hier verhandelt worden ist, auf meine Schultern zu nehmen, und daß ich erst, als die Aussagen Voeges bekannt geworden sind, mich gezwungen gesehen habe, zu sagen, wie die Dinge liegen.

Neumann, der in gutem Deutsch sehr fließend sprach, ging dann noch einmal die Einzelheiten seiner ihm zur Last gelegten Handlungen durch. Er betonte jedoch mit aller Entschiedenheit, daß er sich bei seinen Handlungen in Uebereinstimmung mit der Parteileitung der SPD. befunden habe. Neumann verwahrte sich mit allen Kräften dagegen, daß man ihn für einen Spitzel halte, und erklärte, daß, wenn Brandler mit auf der Anklagebank läge, diese, seine Ausführungen, nicht widerlegen würde. Er habe weder in der Vorverhandlung noch im Prozeß sich selbst geschont und die Angriffe der Verteidiger, daß er, Neumann, ein Polizeispitzel sei, seien zusammengebrochen. Er habe Rausch nicht töten wollen und man könne auch deshalb um des Schusses auf den Fiskus willen unmöglich vier Menschen aufs Schafott schicken.

Auch der Angeklagte Voege hat das Gericht, ihm zu glauben, daß er niemals vorsätzlich einen Menschen habe töten wollen. Der Angeklagte Spon verzichtete auf das Schlüsselwort, während der Angeklagte Margies bis zuletzt das Gericht angriff. Er behauptete, daß der Reichsanwalt und das Gericht schon vorher die Todesurteile beschlossen hätten, und daß die Verhandlung nur eine Fassade zur Begründung des „Schreckensurteils des Bourgeois“ gewesen sei. „Mich schreckt“, so erklärte der Angeklagte, „ein Todesurteil nicht und ich würde mich freuen, wenn Sie es auch an mir vollziehen würde. Denn das würde Wasser auf die Mühlen meiner Partei geben. Mit der Fällung des Todesurteils können Sie mir hier, meine Herren, nicht imponieren. Sie verüben dann einen Justizmord. Dann bin ich ein Märtyrer und ich kann mir keine schönere Rolle denken, als noch nach dem Tode meiner Partei zu dienen. Geben Sie dem neuen Reichspräsidenten Hindenburg Gelegenheit, seine Bestimmung als Massenmörder durch die Unterscheidung von fünf Todesurteilen in seiner Urteilsurteilung zu bekunden und dann das Proletariat Gelegenheit, diesen Mann doch zu schänden, wohn er gehört. Tun Sie, was Sie wollen.“ Damit schloß der Angeklagte Margies seine von bitterer Ironie getragenen Ausführungen, die beim Gericht und bei den Zuhörern wiederholt Heiterkeit auslösten.

Nachdem der Angeklagte Mörsner auf das Schlüsselwort verzichtet hatte, wurde die Verhandlung auf Samstag morgen verlegt, um den anderen Angeklagten Gelegenheit zu geben, sich zu äußern.

## Wirtschaft

### Verbraucher und Präsidentenwahl.

— einem bekannten Genossenschaftler wird uns geschrieben: Die Reichspräsidentenwahl scheint noch mehr als die alte Reichstagswahl so ohne jede Beziehung zur genossenschaftlichen Verbraucherbewegung zu stehen, daß man schon das Kopfschütteln mancher Partei- und Gewerkschaftsgruppen innerlich fühlt, wenn dieser Stoff auch noch Gegenstand eines genossenschaftlichen Aufsatzes ist. Aber wenn es schon richtig ist — und es ist dem so! —, daß die Genossenschaften eine demokratische Wirtschaftsform darstellen gegenüber der autokratischen kapitalistischen, so liegt der Schluss nahe, daß es den über 4 Millionen Familien der deutschen Konsumgenossenschaften nicht gleichgültig sein kann, ja nicht einmal sein darf, ob die Spitze des demokratischen Deutschlands ein Vertreter der politischen Demokratie oder der industriellen Autokratie ist. Denn es kommt ja nicht so sehr darauf an, ob der Vertreter der Autokratie ein General oder ein höherer Verwaltungsbeamter ist, sondern auf die Tatsache, daß die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei als die unerschütterlichsten Interessenvertreter des Industrie-, Handels- und Agrarkapitals den Mann ihrer Interessen an die Spitze der Republik stellen wollen, um eine weitere nicht unwichtige Machtposition bei der Entscheidung über die nächsten wichtigen Wirtschaftspragen zu besitzen.

Und da nun die verfassungsmäßige Spitze der Republik einen im ganzen zwar unsichtbaren, aber darum desto stärkeren Einfluß auf die Zusammensetzung der Reichsregierung auszuüben in der Lage ist, so ergibt sich daraus ohne weiteres für alle konsumgenossenschaftlich organisierten Verbraucher die zwingende Notwendigkeit, in dieser scheinbar nur politischen Frage entschiedene Stellung zu nehmen, weil ihre Auswirkung in der wirtschaftlichen Entwicklung der Republik von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung des konsumgenossenschaftlichen Deutschland sein kann.

Der sozialdemokratische Ministerpräsident in Preußen und ein demokratischer Präsident im Reich können auf alle Fälle schon von dem Gesichtspunkte aus fördernd die Entwicklung der genossenschaftlichen Wirtschaftsform beeinflussen, indem sie verhindern, daß durch die jeweilige Regierung in den Fragen der Zoll- und Steuererhebung ein genossenschaftsfeindlicher Kurs eingeschlagen wird. Außerdem kann es als eine nahezu zwangsläufig eintretende Tatsache angesehen werden, daß die gegenwärtig deutschnational und deutschvölkisch eingestellte Reichsregierung im Fall der Wahl eines demokratischen Reichspräsidenten der Koalition weichen muß, die den letzteren gestellt hat.

Und dies ist einer der wichtigsten Punkte bei der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl für die konsumgenossenschaftlich organisierten Verbraucher. Nicht als ob Marx eine in konsumgenossenschaftlichen

Fragen irgendwie besonders engagierte Persönlichkeit wäre, wie es beispielsweise Ebert war, der durch eigene genossenschaftliche Tätigkeit in Bremen und später persönliche Beziehungen zu den Hamburger Zentralen der deutschen konsumgenossenschaftlichen Bewegung durchaus „im Bilde war“ und manches gefördert hat, was der Genossenschaftsbewegung nützlich und manches verhinderte, was ihr schädlich sein konnte.

Aber es ist keine Frage, daß das hinter Marx stehende Zentrum, wie es einen gewissen sozialpolitischen Einschlag hat und ihn mit Rücksicht auf Hunderttausende seiner Wähler praktisch auswirken lassen muß, auch einen stärkeren genossenschaftlichen Einschlag besitzt, auf den es ebenfalls Rücksicht nehmen muß. Im Gegensatz dazu sind die deutschnationalen und deutschvölkischen Reichstagsfraktionen unerschütterliche Gegner der konsumgenossenschaftlichen Bewegung, wie es sich bei den verschiedensten Anlässen gezeigt hat.

So ergibt sich aus diesen Tatsachen und Zusammenhängen der politischen Lage, die ja vor allem der Ausdruck der wirtschaftlichen Machtverhältnisse ist, daß die konsumgenossenschaftlich organisierten Verbraucher ein Lebensinteresse daran haben, daß der demokratischen Wirtschaftsform ihrer Unternehmungen eine demokratische Staatsform, vor allem aber ein demokratischer Reichspräsident und eine ebensolche Regierung entspricht. Und deshalb müssen sie das Gewicht ihrer Zahl — abgesehen von der notwendigerweise vorausgesetzten Einsicht in die politischen Verhältnisse — in die Waagschale der Präsidentenwahl werfen. Es ist, wie bei Wahlen für sie überhaupt, das einzige Mittel, um dem Gewicht ihrer Interessen den gegnerischen Parteien gegenüber Ausdruck zu verleihen.

Das Gewicht dieser Zahl ist nicht gering. Die konsumgenossenschaftlichen Organisationen zählen gegenwärtig über vier Millionen Familien als Mitglieder. Dies dürften mindestens acht Millionen Wahlstimmen sein. Und wenn auch darin ohne weiteres mindestens 4-5 Millionen sozialdemokratischer und gewerkschaftlicher Stimmen enthalten sein mögen, so enthält der „Rest“ noch ein so starkes Gewicht der Zahl, daß alles darauf ankommt, dieses Gewicht für einen demokratischen Reichspräsidenten nutzbar zu machen. Und es kann und soll nutzbar gemacht werden.

Von sozialistischen und demokratischen, zentrumsparlamentarischen und parteipolitisch unbeschriebenen Nationalökonomien ist gleichfalls anerkannt, daß die konsumgenossenschaftliche Bewegung die Trägerin einer neuen, höheren und besseren Wirtschaftsform ist — wofür, wenn sie sich auch politisch durchsetzen will, ohne deshalb das geringste ihrer notwendigen parteipolitischen Neutralität aufzugeben, dann müssen ihre Mitglieder und wahlberechtigten Angehörigen wissen, daß die Reichspräsidentenwahl am 26. April im Sinne ihrer Interessen und nach ihrem Willen entschieden werden muß.

Es gilt einen Meilenstein zu setzen, der auch für die demokratische Wirtschaftsform der Konsumgenossenschaften wichtige Bedeutung besitzt.

### Konventionskonflikte.

In der Tuchbranche bellagte man sich bis vor ganz kurzer Zeit noch über den Mangel an Beschäftigung. Die meisten Tuchfabriken hatten so wenig Aufträge, daß sie nur an drei Tagen der Woche arbeiten lassen konnten. Woran das lag, das bedarf keiner großen Schilderung. Die Preise waren eben zu teuer, so daß die tuchverarbeitende Konfektion nicht in der Lage war, ihre Fabrikate bei diesen hohen Rohstoffpreisen abzusetzen. Die Wollpreise stiegen nun Anfang Februar und seitdem ist ein ständiger Rückgang der Wollpreise festzustellen. Für Kamming Austral hat der Zentralausfuhr der Wollhandelsvereine folgende Preise festgesetzt: 1. Januar 15,85 M. pro Kilogramm, 15. Januar 16 M., 1. Februar 15,55 M., 15. Februar 14,55 M., 1. März 13,75 M., 15. März 13,30 M., 1. April 12,90 M.

Unter dem Druck der mangelnden Beschäftigung und der fallenden Wollpreise hat sich die Tuchkonvention entschlossen, ihrerseits eine Herabsetzung der Tuchpreise vorzunehmen. Jetzt gehen die Bestellungen etwas zahlreicher ein. Aber nun kommt das Beste. Die Tuchverarbeiter, die vor dem Herabsetzen der Tuchpreise ihre Bestellungen aufgegeben haben, verlangen, daß auch ihre Beseitigung zu den niedrigeren Preisen erfolgt, indem sie erklären, daß die Tuchkonvention stets die höchsten Preise für ihre Fabrikate kalkuliert hat, während sie die Rohstoffe auf den Londoner Wollauktionen schon zu sinkenden Preisen kaufte. Und sie argumentiert weiter, daß die Tuchkonvention ja aus der Praxis erschen habe, daß große Umsätze nur mit billigen Preisen zu erzielen seien und da sie an den großen Umsätzen Interesse haben, müsse sie eine entsprechende Senkung der Preise vornehmen. Wir sind sicherlich nicht Freunde der Tuchkonvention. Aber in diesem Falle können wir uns der Beweisführung der Tuchverarbeiter nicht anschließen. Diese hätten ja auch, wenn sie zu niedrigeren Preisen Abschlüsse getätigt hätten, bei Preissteigerungen nicht die höheren Preise gezahlt und hätten sich nötigenfalls die Erfüllung ihrer vertraglichen Rechte durch die Gerichte erstritten. Warum wollen sie jetzt Vorteile haben, die ihnen weder nach Recht noch nach Billigkeit zustehen? Die gesamte Wirtschaft hat ein so starkes Interesse daran, daß endlich wieder mit normalen Geschäftsgebräuchen gearbeitet wird, als daß man irgendwie die Rückkehr zu Weltpreisen befürworten könnte.

### Praktische Versuche im Gildensozialismus.

In England kann eine Idee nur dann im öffentlichen Leben Wurzel fassen, wenn ihr praktische Versuche auf dem Fuße folgen und gewisse Erfolge dabei anerkannt werden müssen. So hat auch die gildensozialistische Bewegung eine Reihe von Versuchen hervorgebracht, die schon unter dem bestehenden Wirtschaftssystem verschiedene Formen der Kontrolle der Unternehmungen durch die Arbeiter selbst entwickeln suchen. Der „Manchester Guardian“ gibt einen Ueberblick über die bisherigen Gildenerperimente. 1920 schufen als erste die Bauhandwerker und Arbeiter von Manchester und London die ersten Gildensomitees. Ihr Zweck war, mit lokalen Behörden in Verbindung zu treten, um Häuser für die Arbeiterbevölkerung zu bauen. Zugleich wurden Beiträge mit genossenschaftlichen Versicherungsgesellschaften zur Sicherung des Kostenrisikos abgeschlossen. Das Wohlfahrtsministerium mußte die Arbeitsverträge genehmigen, wenn Regierungsgelder dabei verwendet wurden. Auf diese Art wurde Arbeit für 20 Millionen Mark unternommen.

Die Bewegung griff um sich, und 1921 schlossen sich die einzelnen Gilden zur Nationalen Baugilde zusammen. Provinziale Ausschüsse wurden errichtet, um innerhalb jedes Bezirkes lokale Komitees zu bilden. Die Nationale Baugilde konzentrierte ihre Arbeit dabei auf Finanzierung, Versicherung und Beseitigung mit Material. Die Abschlüsse der Bauverträge blieben in der Hand der Provinzialausschüsse, die teils aus Handwerkerverbänden des betreffenden Bezirkes (einschließlich Techniker und Verwaltungsbeamten), teils aus lokalen Gildensomitees gewählt wurden. Letztere wurden von den lokalen Baugewerkschaften gewählt und waren für die Stellung der Arbeiter zu den Verträgen dieses Bezirkes verantwortlich. Vom Provinzialausschuß wurde ein Direktor und Aufsichtsrat gewählt, während der Leiter jedes übernommenen Geschäftes vom Lokalkomitee ernannt wurde und dem einzelnen Arbeiter unter seiner Leitung nicht verantwortlich war. Kapital wurde von der Genossenschaftsbank, den Gewerkschaften und einzelnen privaten Geldgebern zu festem Satz aufgenommen. Löhne sollten zu vollen Gewerkschaftstarifen bezahlt werden, auch während Krankheit, Unfall, schlechtem Wetter und Urlaub.

Dieses Programm konnte jedoch nicht durchgängig eingehalten werden. Neue Vertragsformen wurden sodann eingeführt, so diejenigen auf Grund einer Höchstsumme, über die die Kosten nicht hinausgehen dürften. Oder der Vertrag wurde über die Ausführung der Arbeit ohne jede Stellung von Material abgeschlossen. Im ersten Jahre wurden Verträge auf der Basis einer Höchstsumme von zwei Millionen Mark abgeschlossen. Ueberträge wurden lediglich zur Verbesserung des Betriebes und Verminderung der Kosten verwendet. Bis Mai 1922 hatte die Nationale Baugilde für 400 Millionen Mark Arbeit eingeleistet. 1920 und 1921 wurden Verträge mit 80 Millionen Mark von Lokalkomitees angenommen, aber vom Wohlfahrtsministerium dann auf 25 Millionen reduziert.

1923 trat dann ein plötzlicher Rückschlag ein. Die Nationale Baugilde hatte mehr Arbeit abgeschlossen, als sie finanzieren konnte, und ging darauf freiwillig in Liquidation. Die Gilden bestehen seitdem selbständig auf schmalerer Basis in einzelnen Bezirken weiter und taufen vorsichtig in die Zukunft. Immerhin gibt es solche im Baufach, in der Holz- und Bekleidungsindustrie, im Ingenieurfach, in der Musikinstrumentenindustrie und in der Landwirtschaft. Die bedeutendste von allen ist zurzeit die Guild Laying Ltd., die von Malcolm Spottes nach bestimmten Statuten geleitet wird.

Nach Ansicht selbst des „Manchester Guardian“ ist die wirtschaftliche Bedeutung der Gildensbewegung keineswegs erschöpft. Die Hauptschwierigkeiten lagen allerdings in der Sicherung geliehener Kapitalien. Denn außer dem Kündigungsrecht nach kurzer Zeit hat der Geldgeber keine Kontrolle auf das Unternehmen. Wenn es möglich wäre, eine Form der Sicherung zu finden, die das beste Vertrauen rechtfertigt, und wenn die Unternehmungen nicht auf zu schmaler Basis gehalten werden könnten, so würde die wirtschaftliche Gildensbewegung langsam und sicher wachsen.

Allgemeiner Deutscher Sparkassen- und Kommunalfinanztag zu Köln. Der diesjährige Allgemeine Deutsche Sparkassentag findet am Freitag, den 10. Juli d. J., in Köln statt. Am 9. Juli finden Sitzungen der Ausschüsse sowie des Vorstandes statt, für den 11. Juli ist eine Besichtigung der Jahrtausend-Ausstellung geplant. Die Tagung im Rheinland soll zu einer besonders mächtigen Rundgebung des öffentlichen Kapitals ausgefallen werden, da den westdeutschen Provinzen in der Entwicklung der deutschen Sparkassen eine besondere Bedeutung zukommt.

Patentanmeldungen. — Die letzten erschienenen Statistiken des Reichspatentamts für das Jahr 1924 läßt erkennen, daß sich der Arbeitsumfang der Behörde in starkem Maße vergrößert hat. Im Jahre 1924 sind 56831 Patentanmeldungen gegen 45209 im Vorjahre eingegangen. Das Jahr 1924 übertrifft damit das bisherige stärkste Inflationsjahr 1921 (mit 56721) und das stärkste Vorkriegsjahr 1913 (mit 49532). Man kann annehmen, daß jetzt nach zehnjähriger Unterbrechung durch Krieg und Nachkriegsercheinungen (1914 bis 1923) der Anstoß an die stetige Aufwärtsentwicklung vor dem Kriege gewonnen ist und daraus eine Prognose für die kommenden Jahre stellen. Ende 1924 waren in Kraft 75466 Patente. Am stärksten sind gewachsen die Patentanmeldungen in den Klassen Elektrotechnik (Radioelektronik), Motorwagen und Chemie. Den Löwenanteil an der Zunahme haben die deutschen Erfinder (+ 31,6 Proz. gegenüber dem Vorjahre); das Ausland hat nur 2,5 Proz. Anmeldungen mehr eingereicht. — Noch stärker sind im Jahre 1924 die Gebrauchsmusteranmeldungen gestiegen (53884 gegen 37200 im Jahre 1923). Der Stand von 1913 (mit 62678) ist hier allerdings noch nicht erreicht. — Die Warenzeichenanmeldungen haben um 82 Proz. gegenüber dem Vorjahre zugenommen und ebenso wie die Patentanmeldungen das letzte Friedensjahr 1913 und das Inflationsjahr 1921 übertroffen.



ROSODONT

A. H. Bergmann, Waldheim, Sa.  
Herballe der beliebten Wäldergeruchs „Malerzauber“

**„Kommet-Freilauf“**  
ES GIBT KEINEN BESSEREN!

## Kein Irrtum

ist so gross wie der, dass Sie mit Mondamin-Backpulver nur Kuchen aus Mondamin backen können. Jede Art von Kuchen, jede Sorte von Gebäck gerät mit Mondamin-Backpulver, denn es ist ein Universal-Backmittel wie jedes andere Backpulver. Nur hat es den grossen Vorzug, dass es dem Kuchen keinen Beigeschmack gibt. Also nehmen Sie stets

**MONDAMIN-BACKPULVER**  
ohne Färbeschmack.

## Der Strillone.

Von Edward Stillebauer.

Vater und Mutter hatte er nie gekannt. In einem Findelhaus in Parma hatte man ihn eines Abends, in Lumpen eingewickelt, abgeliefert, und die weiß getünchten Wände des Kinderzimmers, wo die Bettchen der Findlinge standen, waren das erste, worauf sein erstaunter Kinderblick aus großen, weitgeöffneten, braunen Augen gefallen, jener ziellos starrende Blick des Kinderauges, der noch nicht weiß, was die Gegenstände, die er erblickt, bedeuten sollen.

Als er laufen konnte und zu sprechen anfang, hatte ihn die Stadt einem auswärtigen wohnenden Schuster gegen eine jährliche Vergütung von 85 Lire in Pflege gegeben, und in dem Hause dieses Schusters hatte er zum erstenmal das Bewußtsein von dieser Welt erlangt.

In einem kleinen Dorfe, durch dessen Gassen Hühner liefen und Enten watschelten, hatte das kleine, rebenumrankte Holzhäuschen seiner Pflegeltern gestanden. Hier hatte man ihn auf der Erde aus alten Kleidern ein Lager bereitet, das er mit den vier Kindern des Schusters zu teilen hatte. Nera, wie die Bauern des Dorfes seinen Pflegevater in Kürze nannten, und dessen Weib waren wortfahige Leute. Er stiftete den Leuten die Schuhe, eine Ausbesserung kostete 20 Centesimi, und Giuseppa trug die fertige Ware in die Hütten der Bauern zurück und holte die zerfetzten wieder heim.

Eine Schule gab es in diesem Dorfe damals noch nicht. Die Kinder, die lesen und schreiben lernen wollten, mußten eine Stunde weit in den nächsten großen Ort wandern.

Das Pflegekind konnte Frau Giuseppa nicht erbechten. Wenn sie von Haus zu Haus ging, die Schuhe zu holen, mußte dieses in dem Häuschen die Kleineren hüten und nach der Polenta auf dem Herde sehen, und wachte ihm, wenn der Brei nach Frau Giuseppas Rückkehr angebrannt war.

Nera saß den ganzen Tag auf seinem Holzstuhle vor der Tür des Hauses unter dem Nebendache und hämmerte auf die Stiefel der Bauern, als ob er seinen Groll gegen die Welt dahinein hämmern wollte.

Da der Findling am Johannistage eingeliefert worden war, hatte man ihm den Namen Giovanni gegeben, und weil man keinen Nachnamen für ihn mußte, nannte man ihn einfach Parmigiano, weil er doch aller Wahrscheinlichkeit nach das Licht der Welt in Parma erblickt hatte.

Als Giovanni Parmigiano acht Jahre zählte, erlebte er zum ersten Male ein entscheidendes Ereignis.

In einem heißen Sommertage war Frau Giuseppa wieder einmal in das Dorf gegangen, um die Bestellungen der Bauern entgegenzunehmen. Ihre Familie hatte sich in der Zwischenzeit beträchtlich vermehrt, so daß der kleine Giovanni nun über sieben die Aufsicht zu führen und die Polenta für zehn Esser vor dem Anbrennen zu bewahren hatte.

Nera saß gerade drüber in der Trattoria, um die Hitze des Tages und den Staub der Gasse mit einem Quinto hinunterzuspülen.

Giovanni stand auf einem Schemel am Herde und rührte unermüßlich den dampfenden und lodenden Maisbrei, damit dieser ja nicht anbrennen sollte, indessen die beiden jüngsten der Frau Giuseppa, Marietta und Giuletta, auf dem Boden umhertrödelten.

Da näherte sich durch einen unglücklichen Zufall die zweijährige Giuletta dem Schemel, auf dem Giovanni stand.

Der Knabe verlor das Gleichgewicht und fiel hintenüber, indessen der große Holzstiel seinen brodelnden Inhalt über Giuletta's Kopf vernehmen ergoß. Das Kind hing gottsdämmernd an zu schreien.

Giovanni mußte sich keinen Rat. Er ließ daher den dampfenden Maisbrei und die Kleinen im Stiche, lief hinaus und trock vor lauter Angst in den Regenfall, wo er sich unter einen Haufen Stroh versteckte.

Hier klopfte sein kleines Herz hörbar. Er wagte nicht, sich zu regen, ja, kaum zu atmen... und plötzlich... er mochte kaum eine Viertelstunde unter dem Stroh gefeckt haben... plötzlich war es ihm, als stehe sein Herz still. Neros derbe Hand hatte ihn am Beine gefaßt und er sah nur noch, wie der wütende Schuster mit dem schweren Holzstiel über ihm ausholte. Dann aber verlor er die Besinnung unter fürchterlichen Schmerzen.

Als er wieder zu sich gekommen, fand er sich in einem reinlichen Bette liegen. Er schloß seine Augen wieder, der Arm schmerzte. Eine weiche Hand, wie er sie seiner Lebtag noch nie gefühlt, strich über seine Stirn. Wieder schlug er die Augen auf und schaute in das Gesicht einer milden Frau, die ein weißes Häubchen auf dem Kopfe hatte und sich über ihn neigte. Da lächelte er und schlief wieder ein.

Als man ihn aus dem Kinderhospital entließ, war sein rechter Arm steif. Er kam nicht zu Nera zurück. Das Dorf mit dem rebenumspannenen Häuschen, der Schuster und Frau Giuseppa, Giuletta und der dampfende Maisbrei schwanden aus seiner Erinnerung.

Eines Morgens sah er in der Eisenbahn und fuhr in Begleitung einer Wärterin in die Stadt. Hier hatte man ein neues Unterkommen für ihn ausgemacht.

Der Blechschmied Martinoni und seine Frau, die sich zur Aufnahme des von der Behörde ausgeschriebenen Knaben gemeldet hatten, wohnten in einer kleinen, engen Gasse, wohin das Licht des Tages kaum zu fallen vermochte und in der es nach gekochter Salami und mit Knoblauch gewürztem Risotto roch. Denn im gegenüberliegenden Hause befand sich eine Volkstüche, vor deren Tür immer ein Kupfertessel mit tosendem Reisbrei dampfte, aus dem sich die Passanten ihr Mittagmahl verabreichen ließen.

Auch in Martinonis Kellerwohnung herrschte kein Liederfluß, allein der Blechschmied hatte keine Kinder, und so konnte die Frau für den Mann und Giovanni kochen. Die Kunden kamen selber mit den rinnenden Eimern und den durchlöchernten Töpfen, und niemand brauchte die Arbeit auszutragen.

Da durfte Giovanni in die Schule gehen und lesen und schreiben lernen. Allein das Lernen ging nur schlecht in seinen Kopf. Als er zehn Jahre zählte, war er kaum dazu imstande, seinen Namen Giovanni Parmigiano richtig zu schreiben, und beim Lesen buchstabierte und stotterte er wie ein Sechsjähriger. Martinoni, ein gutmütiger Mann, hätte ihn gern zum Blechschmied gemacht, allein, der steife Arm hinderte Giovanni, dieses oder auch ein anderes Handwerk zu lernen.

Als er fünfzehn Jahre geworden, wollte die Gemeinde den Martinonis kein Kostgeld mehr für ihn bezahlen. Der alte Blechschmied hatte aber Mitleid mit seinem Pflegekind. Er durfte wohnen bleiben, mußte sich seinen Unterhalt aber von nun ab selbst verdienen, und so wurde er „Strillone“ in Parma. Viel war das freilich nicht ab. Aber mit 30 Centesimi vermochte damals ein Italiener einen Tag zu leben, wenn er sich mit Polenta oder Risotto

## Armer Jarres!



Nun hast Du auch erfahren, was deutsche Treue ist.

begnügte. Und Giovanni Parmigiano begnügte sich. Ja, er mochte sogar noch einige Ersparnisse, da er keine Miete zu bezahlen brauchte, so daß er Martinoni und dessen Frau noch etwas abgeben konnte.

Da brach in der unkonfortierten Gasse, in der Martinoni wohnte, eine Seuche aus. Das Wasser schien vergiftet. Fast alle Anwohner, die aus demselben Brunnen getrunken, erkrankten an Lypus und Martinoni und seine Frau starben in einer Woche.

Nur Giovanni blieb wie durch ein Wunder von der Krankheit verschont.

Jetzt stand er ganz allein in der Welt da. Man hatte ihm gesagt, daß in den großen Städten mit dem Zeitungsurufen weit mehr zu verdienen sei. Darum schnürte er sein Bündel in Parma und fuhr nach Mailand.

Und wirklich, hier in Mailand gelang es ihm. Der Verlag des „Secolo“ suchte Leute, die die Zeitung in die Cafés und Restaurants trugen, und Giovanni mit seinem bleichen, seidvollen Gesicht und seinem steifen Arm erschien gar nicht ungeeignet, das Müßel der Gasse zu erregen, so manchen kauslufsig zu machen, der die Zeitung nur nahm, um dadurch dem armen Schüler ein Almosen zu geben.

So brachte er es auf 60 Centesimi und manchmal auf eine Lira am Tage.

Wiel war das in Mailand freilich nicht. 40 Centesimi mußte er für seine Schlafstelle geben, da blieben nur 20, manchmal aber auch 30 und 60 für seine sonstigen Bedürfnisse übrig. Und den ganzen Tag und die halbe Nacht hatte er zu laufen, um seine Nummern an den Mann zu bringen. (Schluß folgt.)

## Wieviel Knaben, wieviel Mädchen?

Es gibt überall in der Welt, in jedem Staat, in Stadt und Land durchschnittlich mehr weibliche als männliche Personen. Wie stimmt das aber mit der Tatsache überein, daß viel mehr Knaben als Mädchen geboren werden? Auf 100 Mädchen entfallen 106 bis 107 Knaben, wenn man die zur Landesamtlichen Meldung kommenden Geburten zugrunde legt. Das „Geschlechtsverhältnis“ ist aber noch viel höher bei den Totgeburten: es beträgt 125 bis 130, bei Frühgeburten sogar 160. Man hat alle möglichen Gründe für diese merkwürdigen Erscheinungen gesucht, auf die verschiedenste Art wollte man sich diese eigenartigen Dinge erklären. Es ist ein Verdienst des Berliner Arztes Dr. Karl Freudenberg, eine höchst interessante und wissenschaftlich haltbare Abhandlung über den „Knabenüberschuß und sein Schwanken“ gebracht zu haben, die alles Wichtige und Wissenswerte auf diesem Gebiete aneinanderreicht. (In der „Zeitschrift für Schulgesundheitspflege und soziale Hygiene“, 38. 2.)

Manche glaubten, das Geschlechtsverhältnis sei von dem Altersunterschied der Eltern abhängig; andere meinten, die knappere Ernährung der Frucht habe einen Einfluß, einige dachten, der Wunsch der Mutter bestimme das Geschlecht des zu erwartenden Kindes. Später glaubte man, die Häufigkeit der Aborte (Fehlgeburten), die sich bei der Mutter ereignen haben, beeinflusse das Geschlechtsverhältnis.

Sicher ist, daß das Geschlechtsverhältnis um so höher sich gestaltet je jünger der Vater ist. Es erhöht sich auch deutlich, wenn der Vater jünger ist als die Mutter. Man hat das Geschlechtsverhältnis auch zu der Geburtenfolge in Beziehung gebracht. Es liegt bei den Erst- und Zweitgeborenen über dem Durchschnitt, bei den Dritt- und Spätgeborenen dagegen darunter. Es braucht aber die Geburtenfolge nicht die tatsächliche Ursache zu sein, da ja die Kinder mit niedrigerer Geburtennummer meist von jungen Vätern kommen. Das Geschlechtsverhältnis der Lebendgeborenen sinkt aber schnell, da die Knaben im Säuglingsalter gegenüber den Mädchen eine beträchtliche Uebersterblichkeit aufweisen. Vom

zweiten Lebensjahr ab ist aber die Sterblichkeit bei beiden Geschlechtern gleich groß bis zum Alter von 40 Jahren; dann folgt wieder eine starke Uebersterblichkeit der Männer ein. So führt die große Uebersterblichkeit der Knaben im ersten Lebensjahre einen fast völligen Ausgleich zwischen den Zahlen der Ueberlebenden herbei.

Sehr merkwürdige Einflüsse haben nun das Geschlechtsverhältnis und die Geburtenzahl auf das Heiratsalter. Im allgemeinen ist der Bräutigam etwas älter als die Braut. Als Normalzahlen für das junge Paar rechnet man männlich 27, weiblich 24 Jahre. Steigt die Geburtenzahl an, so sind die heiratsfähigen Männer, die aus früheren, schwächer besetzten Geburtsjahrgängen stammen als die heiratsfähigen Mädchen, diesen gegenüber in der Minderzahl. Ganz besonders schlimm ist dieses Verhältnis durch die Kriegsverluste geworden. Nach der Volkszählung vom Oktober 1919 waren 394.769 männliche Personen des Geburtsjahrganges 1892, aber 577.651 weibliche Personen des Geburtsjahrganges 1895 vorhanden. Daraus ergibt sich ein Geschlechtsverhältnis von 68,2. Dieses Verhältnis, das die Heiratsausichten vieler Frauen außerordentlich stark beeinträchtigt, wird noch einige Jahre dauern. Später aber wird, wie Dr. Freudenberg sehr richtig bemerkt, eine noch nicht dagewesene groteske Umkehrung des jetzigen Verhältnisses folgen, wenn die in den Zeiten des ununterbrochenen seit 1915 sehr starken Geburtenrückganges in den Jahren 1906—1917 Geborenen ins heiratsfähige Alter kommen werden. Im Oktober 1919 zählte man 642.371 Knaben des Geburtsjahrganges 1913 und nur 376.677 Mädchen des Geburtsjahrganges 1916. So kommt ein außerordentlich starker Männerüberschuß zustande, und ein Ausgleich kann nur dadurch erfolgen, daß der Heiratsaltersunterschied der Geschlechter verschwindet oder gar sich umgekehrt gestaltet wie bisher.

In allerjüngster Zeit hat der Direktor der Universitäts-Frauenklinik in Halle, Prof. Sellheim, gemeinsam mit zwei Mitarbeitern eine auffachenerregende Entdeckung gemacht, die auch für das Problem des Knabenüberschusses von außerordentlich großer Bedeutung ist. Prof. Sellheim hat eine Reaktion angegeben, nach deren Auslösung man mit einer Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit schon lange vor der Geburt sagen kann, ob die im Mutterleib befindliche fühlbare Frucht männlichen oder weiblichen Geschlechts ist. Hierdurch wird die Feststellung des Geschlechtsverhältnisses bereits während der Schwangerschaft in sichere Bahnen gelenkt. Auf die große Gefahr, die darin liegt, Früchte, deren Geschlecht dem besonderen ertelichen Wunsche nicht entsprechen, abzutreiben, hat schon Prof. Sellheim selbst mit großem Ernst hingewiesen. (Dr. med. Alfred Korach.)

Das menschliche Auge als Mikroskop. Für eine regelrechte Vergrößerung als Vergrößerungsapparat kommt das menschliche Auge natürlich nicht in Frage, daß es aber wie ein Mikroskop wirkt, zeigt ein Naturphänomen, welches wohl den meisten Menschen völlig unbekannt ist. Jeder kann nämlich ohne Hilfsmittel seine eigenen Blutkörperchen sehen, obwohl sie so winzig klein sind, daß in einem Kubikmillimeter ungefähr 5 Millionen Platz finden. Jedes Blutkörperchen hat einen Durchmesser von 7 Mikromillimeter (= 1/1000 Millimeter). Würde man diese kleinen Gebilde aneinanderschleichen, so würde man eine Strecke von 175.000 Kilometern erhalten. Denn in den 5 Liter Blut des Menschen befinden sich etwa 5 Billionen Blutkörperchen. Um nun diese mikroskopisch kleinen Gebilde sehen zu können, ist es nur nötig, gegen den Himmel zu schauen. Jeder wird dann gewisse kleine schwarze Punkte wahrnehmen können, die mit feinerer oder größerer Geschwindigkeit durch das Gesichtsfeld huschen. Diese kleinen Punkte sind die eigenen roten Blutkörperchen, die durch die feinen Nadelchen der Reghaut wandern. Noch besser kann man diese Erscheinung beobachten, wenn man durch eine ultramarine Glasplatte zum Himmel blickt. Diese beweglichen kleinen Punkte werden vom Himmelsraum zum Himmelsraum durch die Tränenflüssigkeit zurückgeführt. In Wirklichkeit sind es sogen. „Nachbilder“ der roten Blutkörperchen, die dicht über die Reghaut eilen.

Theater, Lichtspiele usw.

Staats-Theater Opernhaus 8 Uhr: Intermezzo Opernhaus am Kölnigsplatz 7 1/2 Uhr: Zar und Zimmermann

Lessing-Theater Tägl. 7 1/2 Uhr: Cesar Borgia von Victor Hahn

Gr. Volksooper im Theat. d. Westens 7 1/2 Uhr: Samson und Dalila

Kleines Th. Tägl. 8 Uhr: Leopoldine Konstanza in Die Großfürstin

Volksbühne 7 1/2 Uhr: HAMLET

Trianon-Th. Täglich 8 Uhr: Yoshiwara

Deutsch. Theater 7 1/2 Uhr: Die heilige Johanna

Rose-Theater 7 1/2 Uhr: Graupenmüller

Kammerspiele 7 1/2 Uhr: Michael Kramer

Deutsches Theater Tägl. 8 Uhr: Die Bar aus Nonnenrotte

Central-Theater 7 1/2 Uhr: Moral

Lustspielhaus 8 Uhr: Die Töchter D. wahre Jakob

Deutsches Opernhaus 6 Uhr: Siegfried

Operettenhaus in Schöneberg 8 Uhr: Der blonde Traum

Metropol-Theater 8 Uhr: Tansend ohne Belohnung

Herrnfeld 7 1/2 Theater im Isarim Theater

Neues Th. am Zoo Tägl. 8 Uhr: BABY

Wintergarten

Th. in Romand. Str. Täglich 8 Uhr: USCHI

Wintergarten

Theater d. Westens Berl. Obergastsp. Sonntg. nachm. 3 Uhr: Martha

Rennen zu Karlshorst

Residenz-Th. Tägl. 8 Uhr: Eine galante Nacht

Waldhalla-Theater

Ensemble-Gastspiel des Metropol-Theaters

Waldhalla-Theater

Gräfin Mariza

Waldhalla-Theater

Original-Besetzung & Ausstattung

Waldhalla-Theater

Preis: 0.75 - 4.50 M.

Waldhalla-Theater

Berliner Konzerthaus

Mauerstraße 81 („Clou“) Mauerstraße 82 Täglich geöffnet Vier-Uhr-Kaffee

Apollo-Theater 8 U. Dir. James Klein 8 U. Die Nächte v. Paris

Casino-Theater 8 U. Dir. James Klein 8 U. Der Überschieber

Reichshallen-Theater 8 U. Sonntag nachm. 3 Uhr Stellinger Sänger

Rose-Theater 7 1/2 Uhr: Graupenmüller

Circus Busch Tägl. 7 1/2, 8, 9, 10 Uhr

Kunsthaus 8 Uhr: Die Töchter D. wahre Jakob

Operettenhaus in Schöneberg 8 Uhr: Der blonde Traum

Herrnfeld 7 1/2 Theater im Isarim Theater

Wintergarten

KAR MITRI Achten Sie auf dieses Zeichen für Qualitäts-Zigaretten es wird sich durchsetzen

Komische Oper 8 U. Dir. James Klein 8 U. 200 mal Der Sensationserfolg d. Berliner Theaterlebens

Nachruf! Am 14. dieses Monats verstarb plötzlich im 76. Lebensjahr Herr Direktor Julius Enigk

Verkäufe Teppich-Schöner verkauft Teppiche zu ungläublich billigen Preisen

Weder gehen noch stehen Jenni Genz geb. Scheffler

Deutscher Metallarbeiter-Verband Bau-, Geldschrank- und Nibbelschlosser!

Arbeitsmarkt Klätzig Klompert für Spedition

Gummi-Mäntel Herrrn Damen und Kinder

Verjammung aller in den Innungsbetrieben beschäftigten Kollegen

Sekretärin gesucht! Der Ortsverband für Arbeiterwohlfahrt Duisburg

Möbel Glühföfen, Moquetteföfen, Lebergerichte

Fahrräder und Nähmaschinen Auf Teilzahlung Zettha, Berlin

Musikinstrumente Klaviers, Pianinos, Harmoniums

Fahrräder Reparatur, Schornstein, Preiswürdig

Kaufgesuche Gebraucht kauft Einlenstraße 19

Unterricht Klavier, Oberstufe, Verbuchlehrer

Arbeitsmarkt Klätzig Klompert für Spedition

Arbeitsmarkt Klätzig Klompert für Spedition

Sekretärin gesucht! Der Ortsverband für Arbeiterwohlfahrt Duisburg